

# INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

## Die ethnische Säuberung Palästinas von 1948



## Der Rückzug und die Grenzen des Zionismus

Außerdem: **Frankreich** Kosovo **Russland**  
Sri Lanka **Tibet** Ökologie **Ökonomie**

## IMPRESSUM

Inprekorr ist das Organ der IV. Internationale in deutscher Sprache. Inprekorr wird herausgegeben von der deutschen Sektion der IV. Internationale, von RSB und isl. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit GenossInnen aus Österreich und der Schweiz und unter der politischen Verantwortung des Exekutivbüros der IV. Internationale.

Inprekorr erscheint zweimonatlich (6 Doppelhefte im Jahr). Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des herausgebenden Gremiums wieder.

Konto: Neuer Kurs GmbH,  
Postbank Frankfurt/M.  
(BLZ: 500 100 60), KtNr.: 365 84-604

Abonnements:  
Einzelpreis: € 4,-  
Jahresabo (6 Doppelhefte): € 20,-  
Solidarabo: ab € 30,-  
Sozialabo: € 12,-  
Probeabo (3 Doppelhefte): € 10,-  
Auslandsabo: € 40,-

Website:  
<http://inprekorr.de>

Redaktion:  
Michael Weis (verantw.), Birgit Althaler, Daniel Berger, Wilfried Dubois, Thies Gleiss, Jochen Herzog, Paul Kleiser, Oskar Kuhn, Björn Mertens

E-Mail: [Redaktion@inprekorr.de](mailto:Redaktion@inprekorr.de)

Satz: Grafikkollektiv Sputnik

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
Inprekorr,  
Hirtentaller Weg 34, 25761 Büsum

Kontaktadressen:  
RSB,  
Revolutionär Sozialistischer Bund  
Postfach 10 26 10,  
68026 Mannheim

isl, internationale sozialistische linke  
Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln

SOAL, Sozialistische Alternative  
Postfach 395, A-1070 Wien

Inprekorr, Güterstr. 122,  
CH-4053 Basel

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung bleibt Eigentum des Verlags Neuer Kurs GmbH, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.

„Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

### Frankreich

Vereinigen, um gemeinsam etwas Neues aufzubauen, *Interview mit Olivier Besancenot*....3  
Nach den Kommunalwahlen von März 2008, *Pierre-François Grond* .....4

### Kosovo

Kosovo – was kommt nach der Unabhängigkeit?, *Adam Novák*.....9  
Unabhängigkeit – und was nun?, *Gespräch mit Catherine Samary*.....11  
Die Kosova-Frage und der Ahtisaari-Plan, *Andreas Kloke* .....12

### Russland

Erste Schritte zur Erneuerung der antikapitalistischen Linken,  
Dritter Kongress von „Wperjod“, *Jan Malewski* .....16

### Palästina

Die ethnische Säuberung Palästinas von 1948, *Ilan Pappé*.....21  
Dimensionen der palästinensischen Katastrophe von 1948, *Birgit Althaler* .....35  
Der Rückzug und die Grenzen des Zionismus, *Darryl Lee* .....37

### IV. Internationale

Tagung des Internationalen Komitees .....41  
Resolution des Internationalen Komitees der IV. Internationale zum Klimawandel .....42

### Sri Lanka

Die UNO muss die Unabhängigkeit der Tamilen anerkennen,  
*Vickramabahu Karunaratne* .....42  
Linke ruft weltweit zur Unterstützung der Tamilen auf .....44

### Tibet

Für das Recht auf Selbstbestimmung des tibetischen Volkes, *Pierre Rousset* .....45

### IIRE-Seminare

Erfolgreiche Gramsci-Konferenz, *Bertil Videt und Sara Farris*.....46  
Internationales Seminar zum Klimawandel, *Laurent Garrouste*.....47

### Film

Wie der Mensch zur Ware wird – „It’s a Free World“ von Ken Loach .....50

### Ökonomie

Spekulation und Börsenkräche: Jetzt reicht es! .....52

### Ligue communiste révolutionnaire

Einladung zum internationalen Treffen „Mai 1968 – Mai 2008“ in Paris am  
31. Mai und 1. Juni 2008.....52

### Die Internationale

Die Tet-Offensive: entscheidende Schlacht des Vietnamkriegs, *Phil Hearse* .....23  
Rede auf dem Vietnam-Kongress Berlin 18. 2. 1968, *Ernest Mandel* .....27

Liebe Leserinnen und Leser,

Leider können wir in diesem Heft nicht auf die neue Lage in Italien nach den Wahlen vom 13. und 14. April eingehen. Wir hoffen, dass wir in der nächsten Ausgabe einen umfassenden Artikel zu der Wiederwahl von Silvio Berlusconi sowie zu den Verlusten und neuen Konstellationen dessen, was alles zur „Linken“ gezählt wird, veröffentlichen können. Unsere GenossInnen von „Sinistra Critica“ haben bei der Wahl der Abgeordnetenversammlung nur 0,459 % erhalten (was aber immerhin 167.673 Stimmen sind), wichtiger war ihnen ohnehin der Wahlkampf, zu dem sie mit Flavia D’Angeli als Spitzenkandidatin aufgestellt haben. Auch zu den Ereignissen in Asien (Nepal, Tibet und China) wollen wir dann ausführlichere Analysen bringen. Wir mussten die zum größten Teil bereits ins Deutsche übersetzte Einleitung zur Analyse der internationalen Lage aus der Sicht der IV. Internationale, die François Sabado Anfang März auf der Tagung des Internationalen Komitees gehalten hat, zurückstellen; die Übersetzung ist auf der Inprekorr-Homepage veröffentlicht: <http://inprekorr.org>

Die Redaktion

Thies Gleiss Sonderkonto; Kto.Nr. 478 106-507  
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

# Vereinigen, um gemeinsam etwas Neues aufzubauen

Interview mit Olivier Besancenot

**Gibt es in der Geschichte der französischen oder internationalen Arbeiterbewegung ein Beispiel für den Aufbau einer Neuen Antikapitalistischen Partei (NAP), wie sie auf dem Kongress der LCR projiziert worden ist?**

Wir haben nicht den Anspruch, das Rad neu zu erfinden. Aber in der Tat ist dieses Projekt in gewisser Hinsicht beispiellos. Es passiert nicht oft, dass eine politische Organisation, die nicht nur nicht abgewirtschaftet hat, sondern durchaus Erfolge verzeichnet, ihre eigene Auflösung anstrebt. Es geht natürlich nicht darum, die Gewinne und Verluste unserer Geschichte als politische Strömung zu bilanzieren. Wir wollen vielmehr eine neue Seite aufschlagen – zusammen mit Anderen. Mit vielen Anderen. Es geht auch nicht um eine bloße Fusion mit anderen politischen Strömungen, obwohl wir uns selbstverständlich nicht der Diskussion mit allen, die an diesem Projekt interessiert sein könnten, verwehren wollen. Letztlich gründet unser Projekt auf der Analyse der geänderten Verhältnisse, die sich namentlich aus dem Ausmaß der Krise der Arbeiterbewegung ergeben. Und auf der Annahme, dass es sowohl dringlich als auch realistisch ist, neue Wege zu beschreiten. Dringlich deswegen, weil einerseits die Unternehmer in der vollen Offensive sind und andererseits die etablierte Linke ein völliges Vakuum hinterlassen hat. Und realistisch deswegen, weil trotz der vorläufigen Erfolge der Unternehmer und der Rechten die betroffenen Bevölkerungsschichten weiterhin eine beachtliche Widerstandsfähigkeit unter Beweis stellen und auch eine gewisse Aufbruchsstimmung herrscht.

**Die NAP beabsichtigt, Strömungen der radikalen Linken verschiedener Provenienz zu integrieren. Setzt diese Integration voraus, dass das the-**



**oretische Erbe ausdrücklich diskutiert wird, oder ist es möglich, dass nur die gemeinsame Praxis und die Übereinstimmung in den konkreten Kämpfen ausschlaggebend sind?**

Es ist sicherlich interessant, über die Verschiedenheit der ideologischen und historischen Bezüge zu diskutieren, und diese Debatte wird wohl noch lange andauern. Aber dies darf nicht der Ausgangspunkt sein, zumal es vorrangig darum geht, diejenigen zusammenzubringen, die gerade nicht auf eine langjährige Parteizugehörigkeit zurückblicken können und sich keiner dieser Traditionen zurechnen. Einer der Hauptgründe – wenn auch nicht der einzige –, weswegen die bisherigen Versuche gescheitert sind, die unterschiedlichen antikapitalistischen Strömungen zu vereinigen, liegt darin, dass die Initiative nur von oben ausging und daher zwangsläufig alte Differenzen zum Tragen kamen. Diesmal wollen wir anders vorgehen, nämlich auf der Grundlage einer gemeinsamen Praxis, heute bereits gemeinsam geführter Kämpfe und Aktionen der Gegenwehr, die uns täglich einen. In dieser Praxis zeichnen

sich bereits die Umriss ab, wie eine radikale und revolutionäre Änderung der Gesellschaft aussehen könnte.

**Wie wird sich die NAP gegenüber den bestehenden politischen Institutionen verhalten? Sieht sie beispielsweise ihre Aufgabe darin, auf kommunaler oder regionaler Ebene mit zu verwalten, sei es durch Bündnisse mit anderen linken Parteien oder als unabhängige Kraft?**

Die Beteiligung an den Institutionen und der Verwaltung ist keine Grundsatfrage. Die Sozialliberalen und ihre Verbündeten machen uns gern zum Vorwurf, dass wir unsere Hände nicht durch die Übernahme politischer Verantwortung schmutzig machen wollen. Dies trifft so nicht zu. Es ist nicht unser Anliegen, tatenlos und ohnmächtig zuzusehen, sondern unser Ziel ist sehr wohl, politische Maßnahmen, die wir verteidigen, auch mit umzusetzen. Aber wir wollen dabei nicht als Feigenblatt für die neoliberale Politik der „Linken“ fungieren. Und genau darin liegt der springende Punkt, der uns von vielen „antineoliberalen“

Strömungen unterscheidet. Unser Anliegen ist nicht, in einer Koalition (mit der PS) mitzuwirken, die, wenn sie auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene an der Macht ist, jeden Tag in der Woche eine Politik umsetzen würde, gegen die wir dann am Wochenende auf die Straße gehen müssten. Die Grünen und die PCF haben dies vor einigen Jahren in der Regierung Jospin versucht. Die Resultate sind bekannt: sie sind damit gescheitert und haben obendrein das politische Engagement als solches diskreditiert. Eine Umverteilung der Reichtümer zugunsten der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die diese Reichtümer erst durch ihre Arbeit schafft, durchzusetzen, führt zwangsläufig zu einer Konfrontation mit der kleinen Minderheit, die sich heute dieser Reichtümer bemächtigt. Insofern müssen die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft entsprechend vorhanden sein und nicht nur in den Institutionen.

**Wird die NAP eine revolutionäre Partei sein so wie die LCR und,**

**wenn ja, welcher Sinn kommt diesem Wort unter den heutigen Bedingungen zu?**

Revolutionär und „revolutionär wie die LCR“? Sicherlich nicht! Andernfalls würde man weitermachen wie bisher – und auch die LCR beibehalten – bloß besser halt. Natürlich bedarf es einer gemeinsamen Basis: das Eintreten für radikale Vorschläge, die Opposition zum kapitalistischen System, das unterschiedene Engagement in den Mobilisierungen, die politische Unabhängigkeit gegenüber der PS. Diese gemeinsame Basis wird sich nicht a priori auf alle taktischen und strategischen Fragen erstrecken. Einige Fragen werden offen bleiben. Aber wir glauben, dass es Zehntausende von Menschen gibt, die bereit sind, eine Partei für die Kämpfe und Mobilisierungen aufzubauen. Eine Linke, die nicht locker lässt angesichts der Angriffe auf der Rechten und der Nachgiebigkeit auf der Linken. Eine neue politische Vertretung für die arbeitende Bevölkerung, die Jugend und die Opfer jedweder Unterdrückung. Eine Linke, die sich nicht damit begnügt,

die Schäden der kapitalistischen Globalisierung zu begrenzen, sondern für immer mit dem System Schluss machen und die Gesellschaft radikal ändern will. Und – um es genau zu sagen – eine andere Gesellschaft will. Diesen Zehntausenden, die wie wir bereit sind, die Gesellschaft zu revolutionieren, wollen wir nicht unsere Vergangenheit aufdrücken, weder die Geschichte des Trotzismus im Allgemeinen noch die der LCR im Besonderen. Wir wollen sie vielmehr vereinigen, um gemeinsam etwas Neues aufzubauen.

Olivier Besancenot ist einer der Sprecher der LCR und Mitglied ihrer Leitung. Als Präsidentschaftskandidat der LCR hat er 2002 und 2007 1,2 Mio. (4,5%) bzw. 1,5 Mio. (4,2%) der Stimmen erhalten. Das Interview wurde auf dem 17. Kongress der LCR im Januar 2008 für die Schweizer Zweimonatszeitung *Solidarités* (Nr. 122 v. 6.2.08) von Razmig Keuchyan durchgeführt.

*Übersetzung: MiWe*

## Nach den Kommunalwahlen von März 2008

**Pierre-François Grond**

Die wesentlichen Faktoren der Krise, die Frankreich seit Jahren kennzeichnet, sind mit der Offensive von Präsident Nicolas Sarkozy, der eine Politik des „Bruchs“ zu verkörpern vorgab, nicht überwunden. Dies machen die Ergebnisse der Kommunalwahlen von März in Frankreich deutlich. Sarkozy musste bei den Neuwahlen von rund 36 000 Kommunalräten am 9. und 16. März vielmehr eine Wahlschlappe einstecken.

### EIN EINDEUTIGES ERGEBNIS

Die Wahlen von März heben sich in gegenüber früheren Wahlen, in denen eine amtierende Regierung abgestraft wurde, besonders hervor. Zwar ist es nichts Neues, dass die ersten Kommu-

nalwahlen nach Präsidentschaftswahlen zu einer Korrektur des Ergebnisses führen. Das musste beispielsweise die Linke 1983 erfahren. Normalerweise handelt es sich aber um Korrekturen, die kaum eine solche Dimension annehmen wie dieses Mal. Die Aufmerksamkeit der KommentatorInnen richtet sich dabei vor allem auf die Ergebnisse in den für die Parteien relevanten größeren Städten, während die nahezu 32 000 Gemeinden unter 3500 EinwohnerInnen kaum im Rampenlicht stehen. Für sie gilt im Übrigen eine spezielle Wahlordnung. Ausschlaggebend für das Kräfteverhältnis dieser als bevölkerungsnah bezeichneten Wahlen, die sich durch eine hohe Wahlbeteiligung auszeichnen, sind also traditionellerweise Stadtgemeinden. Dabei geht es

um lokale, konkrete Anliegen, die aber trotzdem eine nationale Dimension haben. Beispielsweise die Frage der in Frankreich weitgehend privatisierten Wasserversorgung und -aufbereitung: Die Wasserpreise und die kommunale Wasserversorgung als Teil öffentlicher Dienstleistungen, die in Konkurrenz zu den großen Multis wie Suez und anderen stehen, gehörten zu den am meisten diskutierten Fragen.

In nahezu sechzig französischen Städten mit über 20 000 EinwohnerInnen fand ein Machtwechsel von der Rechten zur Linken statt. Zum Teil handelt es sich zwar um Städte, die 2001 verloren gegangen waren, als sich im letzten Jahr der Regierung der pluralen Linken unter Lionel Jospin die Rechte mit dem Thema der Unsicherheit

durchsetzen konnte und damit den Boden für die Präsidentschaftswahlen im Jahr darauf bereitete, als die extreme Rechte in die zweite Runde kam. Doch auch mehrere traditionell rechte Städte gingen verloren, was die Breite des Phänomens zeigt. So fiel Toulouse, das seit Jahrzehnten rechts regiert wurde, an die Linke. Dasselbe gilt für Metz, das seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahr 1848 noch nie einen linken Bürgermeister erlebt hatte.

Sechzig Prozent der Bevölkerung, die in Städten leben, werden unterdessen von einem/einer linken BürgermeisterIn regiert. Das übertrifft sogar das außerordentliche Ergebnis von 1977, der Glanzzeit des Linksbündnisses aus SP und KP. Vom Denkmittel, der den Rechten verpasst wurde, hat in erster Linie die SP profitiert. Sie konnte Paris und Lyon halten und Strassburg sowie die meisten regionalen Hauptstädte erobern. Sie regiert heute in nahezu zwei Drittel der Städte mit über 100 000 EinwohnerInnen. Damit bestätigt sich ihre Verankerung in einer Wählerschicht, die vergleichsweise besser gestellt ist als die Menschen in den ArbeiterInnenvororten. Der Lebensstandard dieser Schicht wird besser von der SP und den Grünen verkörpert als von den KandidatInnen der reaktionären Rechten. Doch die SP konnte auch in kleineren Städten zulegen. Das ist zweifellos dem Zusammentreffen zweier Faktoren zu verdanken: einer generellen Ablehnung der Rechten in allen Gemeinden, unabhängig von ihrer Größe, und der Tatsache, dass die SP in Gemeinden über 3500 EinwohnerInnen als einzige Partei national vertreten ist.

Von den generellen Stimmengewinnen der institutionellen Linken konnte in geringerem Ausmaß auch die Partner der SP, nämlich die Grünen und die KP, profitieren. Die Grünen hatten sich national darauf festgelegt, einem eigenständigen Kurs Vorrang zu geben. Diese Strategie wurde aber kaum durchgehalten. In den meisten Fällen standen die grünen KandidatInnen auf linken Bündnislisten. Eine Ausnahme bildete nur die etwas verwirrende Situation in Paris, wo sich die Grünen für einen Alleingang entschieden, obwohl sie eng mit der Kommunalpolitik des Sozialisten Bertrand Delanoé in Verbindung gebracht werden. Das magere Ergebnis



wurde nur durch den Sieg seit 1935 von der KP-regierten Montreuil ein wenig aufgewogen. Für die Grünen war hier die ehemalige Umweltministerin Dominique Voynet ins Rennen gegangen. Damit bestätigte sich der paradoxe Trend, dass die Grünen umso unfähiger sind, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen, je mehr sich die Ökologie als wichtige Sorge in der Bevölkerung festigt. Auffallend ist auch, dass die Grünen einige AktivistInnen und führende Parteimitglieder an die vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten François Bayrou gegründete Mitterrechtspartei Modem verloren haben. Diese wird auch von Daniel Cohn-Bendit, dem legendären Studentenführer von Mai 68, mehr oder weniger unterstützt, der sich immer mehr dem Zentrum annähert und für ein Bündnis mit Modem plädiert.

Die seit einem halben Jahrhundert über den „Gemeindekommunismus“ in der französischen Gesellschaft verankerte KP hatte recht hoch gepokert. Die Parteiführung verabschiedete sich von ihrer Opposition zum Neoliberalismus, die sie seit dem Sieg des „Neins“ zum Referendum gegen den Europäischen Verfassungsvertrag im Mai 2005 vertreten hatte, und tat alles Erdenkliche, um das Bündnis mit der SP zu erhalten. Dieses Bündnis hielt auch mehr oder weniger stand, obwohl SozialdemokratInnen und Grüne in einzelnen Vorstädten versuchten, sie aus dem Stadtrat zu verdrängen. Die KP-Führung zeigte sich erfreut darüber, dass sich die Partei der Angriffe erwehren konnte. Die meisten Gemeinden und Städte konnten ge-

halten werden und die meisten Stichwahlen zwischen SP und KP fielen zugunsten Letzterer aus. Der KP konnte sogar einige Städte neu erobern, so Dieppe, wo sie allerdings an der Spitze eines Linksbündnisses stand. Eine detailliertere Analyse zeigt jedoch, dass die KP landesweit erneut Verluste erlitt, wovon der Verlust des Generalkonsulats des Departements Seine-Saint-Denis und der beiden symbolträchtigen Städte Montreuil und Aubervilliers in diesem Departement zeugen. In Wirklichkeit setzt sich der Rückgang der KP fort, obwohl die Linke insgesamt gestärkt aus den Wahlen hervorging. Dank dieses generellen Linksrucks konnte sie aber den grundlegenden Trend zu Verlusten ihres WählerInnenanteils auffangen und sich dort halten, wo sie institutionell stark vertreten ist.

#### BESTÄTIGUNG DER ANTIKAPITALISTISCHEN LINKEN

Für viele überraschend, schnitt die Strömung der antikapitalistischen Linken bei den Wahlen gut ab. Die LCR bildete selbst oder unterstützte über 200 Listen. Davon kamen 114 auf mehr als fünf und 34 auf mehr als zehn Prozent der Stimmen. In Clermont-Ferrand, Sotteville-les-Rouen und Quimperlé erzielte sie sogar rund 15 Prozent. Die Ergebnisse in der Bretagne waren generell sehr gut, aber auch im Zentrum Frankreichs, in den ArbeiterInnenvororten und in den Großstädten sind sie recht gut. Ein Ergebnis von fünf Prozent in Marseille oder Toulouse ist ebenfalls nicht zu verachten. Die

Listen waren jeweils offen für KandidatInnen anderer politischer Herkunft mit regional recht unterschiedlichen PartnerInnen: KritikerInnen des Neoliberalismus, Ökoalternative, lokale KP-Sektionen, viele GewerkschafterInnen und sonstige AktivistInnen, Männer und Frauen, Jung und Alt und Personen, die sich erstmals politisch engagierten. Zweihundert Listen, das bedeutet rund 8000 aktiv Beteiligte – eine bescheidene, aber reale Kraft.

Der Vorschlag der LCR, eine neue antikapitalistische Partei zu gründen, löste eine Dynamik aus, die der Bildung gemeinsamer Wahllisten zugute kam. Wären einige Monate mehr Zeit und der Prozess schon weiter fortgeschritten gewesen, hätte es zweifellos noch mehr Listen gegeben. Nicht alle lokalen Partner der LCR befürworteten die Bildung einer neuen Partei. Dennoch hat der Vorschlag eine nationale Dynamik ausgelöst, die sich positiv auf die Zusammenstellung der Listen auswirkte.

Die konkrete Zusammensetzung der Wahlergebnisse zeigt deutlich, dass es eine nationale Strömung gibt, die kein Vertrauen in die SP hat. Dort, wo die LCR nicht präsent war, erzielten auch andere alternativen Listen der extremen Linken wie jene von Lutte Ouvrière (LO) oder der lambertistischen Arbeiterpartei (PT) gute Ergebnisse. Dort, wo die radikale Linke gespalten auftrat, erzielte die LCR die besten Ergebnisse. Sie konnte sich insbesondere in 37 konkreten Fällen gegenüber der LO durchsetzen, womit sich ein völlig anderes Bild ergibt als bei den Kommunalwahlen von 2001.

Interessanter ist das für die radikale Linke und die LCR beispiellose Ergebnis des zweiten Durchgangs. Das französische Wahlgesetz erlaubt kleinen Listen, die im ersten Wahlgang die Fünfprozenthürde übersprungen haben, mit einer der führenden Listen zu fusionieren. Listen, die auf über zehn Prozent gekommen sind, können in die nächste Runde gehen. In rund 60 Gemeinden bot sich die Möglichkeit, mit einer anderen Liste zu fusionieren, und in einigen Fällen konnten wir den zweiten Wahlgang bestreiten. SP und KP lehnten die Bildung gemeinsamer proportionaler Listen auf Grundlage der Ergebnisse des ersten Wahlgangs, das unseren KandidatInnen den Einzugs in den Gemeinderat

erlaubt hätte, systematisch ab. Im besten Fall forderten sie, dass zuvor ein Abkommen über die Regierungsarbeit unterzeichnet würde, wir uns also zur politischen und budgetären Solidarität mit der/dem BürgermeisterIn verpflichten müssten. Aus diesem Grund gingen wir im zweiten Durchgang mit elf eigenen Listen in die Wahlen. Fast überall konnten die Ergebnisse gehalten oder sogar, wie in Clermont-Ferrand, verbessert werden. Diese neue Ausgangslage ist ausgesprochen interessant. Die WählerInnen bestätigten im zweiten Wahlgang ihre Entscheidung aus dem ersten Durchgang, was eindeutig von einer politischen Radikalisierung zeugt.

Bemerkenswert ist auch der Sonderfall Montpellier, wo es zu einem Zusammenschluss mit den Grünen kam. Diese lehnten wie die LCR eine Zusammenarbeit mit der sozialistischen Stadtregierung ab, die stark durch einen führenden Lokalpolitiker geprägt ist, der sich durch rassistische Äußerungen hervortut.

Alles in allem wurden in 65 Städten und Gemeinden nahezu hundert KandidatInnen gewählt. Wären die Listenvereinigungen nicht abgelehnt worden, wären wir in rund 150 Städten präsent. Diese Verankerung ist der SP zweifellos ein Dorn im Auge, sodass sie lieber mehrere Städte opferte, als dieser nationalen Strömung eine Plattform zu bieten.

---

## ERSTE SCHLUSSFOLGERUNGEN

---

Zur Vollständigkeit seien noch zwei weitere Phänomene erwähnt. Erstens die steigende Wahlenthaltung, insbesondere in den Arbeitervierteln. Als Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2002 in die zweite Runde kam, hatte dies einen „zivilen Aufbruch“ bewirkt, der diesmal ausblieb. Erstmals seit zwanzig Jahren war es damals dem Front National (FN) nicht gelungen, von der Ablehnung der Regierung zu profitieren. Dies bestätigte die Krise, in der sich die Partei seit den letzten Wahlen befindet.

Der Niedergang des Front National für sich ist bereits ein bedeutender Faktor in diesen Wahlen. Der Front National nährt sich aus der permanenten sozialen und politischen Krise, die Frankreich seit dreißig Jahren kennzeichnet.

Der große und zweifellos einzige Erfolg von Nicolas Sarkozy aus Sicht der herrschenden Klassen ist, dass es ihm gelungen ist, die FN-Stimmen zu kanalisieren und bei den Präsidentschaftswahlen in zwei Etappen für sich zu gewinnen. Für die Rechte war dies entscheidend, denn die Logik der Polarisierung zwischen Linker, Rechter und FN hatte sich bei den vorangehenden Wahlen als verheerend erwiesen.

Analysiert man, was jenseits der übertriebenen Medienfixiertheit und der Inszenierung seines Privatlebens für den Popularitätsverlust Sarkozys verantwortlich ist, zeigt sich, dass er die Unterstützung jener WählerInnen verloren hat, die er vom FN gewonnen hatte. Viele dieser WählerInnen haben sich offensichtlich angewidert von einem Präsidenten abgewandt, der von sich behauptet hatte, sich als oberstes Ziel der Verbesserung der Kaufkraft zu widmen, und versprochen hatte, die ArbeiterInnen zu verteidigen und gegen Fabrikniederlegungen ankämpfen zu wollen. Diese Wahlkampfretorik war ursprünglich auf umso fruchtbareren Boden gefallen, als Sarkozy im Gegensatz zu seinem sozialistischen Konkurrenten auf verschlüsselte Botschaften und eine alternative Rhetorik verzichtete. Von den Versprechungen blieb angesichts einer Regierung, die in seltener Unverblümtheit ihre Klasseninteressen vertritt, nicht viel übrig.

So zogen sich soziale Themen auf allen Ebenen durch den Wahlkampf, was sich in der Ablehnung der neoliberalen, kapitalistischen Angriffe und der rücksichtslosen Regierungspolitik ausdrückte.

Die Rechte wie im Übrigen auch ein Teil der dem Neoliberalismus verschriebenen SP-Parteileitung werden nicht müde, zu betonen, dass das Wahlergebnis neben lokalen Faktoren nur auf eine Ablehnung des Stils des Präsidenten zurückzuführen sei. Sie unterscheiden klar zwischen der grundlegenden politischen Orientierung, die es beizubehalten und auszubauen gelte, und der Methode, die einer dringenden Änderung bedürfe. Diese Analyse greift aber zu kurz und hält einer Überprüfung nicht stand. Die gesamte Regierungspolitik erhielt eine Abfuhr, denn für die Mehrheit der Bevölkerung, die die Hauptlast der neoliberalen Reformen trägt, schafft sie eine unhaltbare Situation.

Es stimmt zweifellos, dass Sarkozy ein völlig übersteigertes Verständnis des Präsidentenamtes hat, ständig auf die Medien schießt, sein Privatleben zu sehr mit öffentlichen Auftritten vermischt und Freundschaften pflegt und einen Lebensstil führt, der mit Milliarden vergleichbar ist. Gegenüber der stärkeren Zurückhaltung seiner Vorgänger bedeutet dies einen Bruch. Der Regierungschef, der sich wesentlich höherer Beliebtheit erfreut als Sarkozys, der ein ausgesprochenes Popularitätstief erlebt, wird daher stärker in den Vordergrund treten – auf die Gefahr hin, dass auch seine Beliebtheit leidet.

Denn die Rechte und die Unternehmenseite müssen sich mit strukturellen Schwierigkeiten herumschlagen. Die UnternehmerInnen stecken in einer internen Führungskrise, in der es auch um die Art der sozialen Beziehungen zu den ArbeiterInnengewerkschaften geht. Den einen Flügel vertritt die Vorsitzende des UnternehmerInnenverbands Medef, Laurence Parisot, die einen weitgehenden Abbau des Arbeitsrechts und des Kündigungsschutzes befürwortet, was den selbst für eine ausgesprochen reformistische Gewerkschaftsbewegung den vorhandenen Verhandlungsspielraum stark einschränkt. Ihr gegenüber steht eine traditionellere Unternehmerschaft mit ihrem Anteil an Korruption. Auch auf Seiten der Rechten zeigt die tragikomische Episode in Neuilly, einem gutbürgerlichen Vorort von Paris, der eine Hochburg von Sarkozy war (dieser war früher sogar Bürgermeister von Neuilly), wie gespalten die größte bürgerliche Partei, die Union pour un mouvement populaire (UMP) ist. Dem Präsidenten gelang es nicht, seinen Wunsch Kandidaten, den Sprecher des Präsidentenpalastes, durchzusetzen. Eine Fronde an Reichen erschütterte die Stadt, die sich bis dahin eher damit einen Namen gemacht hatte, den Bau von Sozialwohnungen abzulehnen und sich damit außerhalb des Gesetzes zu stellen. Die Wahl eines anderen Kandidaten zeigte, wie schwierig es für Sarkozy ist, sich im eigenen Lager durchzusetzen. Die Folge war eine hohe Wahlenthaltung der rechten und extrem rechten Wählerschaft.

### VERZERRTE ERGEBNISSE

Die SP errang einen unerwarteten, für sie überraschenden Sieg. Die SP-Füh-



rung hatte sich wiederholt als unfähig erwiesen, der Politik Sarkozys etwas entgegenzuhalten. Kaum stellte sich ein soziales oder politisches Problem, kam es in der SP zu Misstönen. Manche SP-PolitikerInnen stimmten den Gegenreformen der Regierung zu, wie z.B. Manuel Walls, der die Rentenreform unterstützte, oder Ségolène Royal, die der Hochschulreform zustimmte. Ganz zu schweigen von den vier SozialistInnen, die sich der UMP anschlossen, und der Ernennung von Dominique Strauss-Kahn, einem der wichtigsten SP-Vertreter, zum Präsidenten des Internationalen Währungsfonds. Ebenso symbolträchtig war die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch das Parlament, obwohl allen bewusst ist, wie eng er an den europäischen Verfassungsvertrag angelehnt ist, der 2005 vom Volk abgelehnt wurde. Sarkozy konnte sich nur dank Mitwirkung sozialistischer Abgeordneter und SenatorInnen durchsetzen, die die Ratifizierung durchsetzten, während die Rechte nicht genügend Stimmen für die Annahme zusammenbrachte.

Ségolène Royal und viele andere führende SozialistInnen unterstrichen die lokalen Ergebnisse der Mitterrechtspartei Modem, die im Übrigen ausgesprochen schwach ist, aber medial hochgespielt wird, um zukünftigen nationalen Bündnissen den Boden zu bereiten, und rechtfertigten einen Kurs, der immer deutlicher rechts von ihrer eigenen Orientierung angesiedelt ist. Doch diese Annäherung war von kurzer Dauer. In vielen Städten schloss

sich Modem der UMP an, während sie in Städten wie Paris kein Bündnis nötig hatte, um sich durchzusetzen. Wie im Jahr 2004 scheint die SP einen Wahlsieg einzufahren, der keines der grundlegenden Probleme löst, vor die sie gestellt ist. Noch wagt sie nicht, ihr Projekt und ihre Bündnisse mit der Realität ihrer Gesellschaftsvision in Einklang zu bringen. Es sei daran erinnert, dass die SP, die bei den Regional- und Europawahlen von Juni 2004 als führende Linkspartei triumphierte, kurz darauf im Abstimmungskampf zum europäischen Verfassungsvertrag vor eine Zerreißprobe gestellt wurde.

Die den Neoliberalismus ablehnende linke Wählerschaft steht links der SP, die sich dem Ziel verschrieben hat, den neoliberalen Kapitalismus zu begleiten. Diese als sozial-liberal bezeichnete Orientierung, die in Wirklichkeit wenig Soziales an sich hat, verhindert einen grundlegenden Widerstand gegen die aktuelle Politik. Das könnte sich schon bei den nächsten sozialen Auseinandersetzungen rasch wieder bestätigen.

Dieses Auseinanderklaffen von Wahlergebnis und politischer Orientierung und das Misstrauen gegenüber der SP erklären im Übrigen die Ergebnisse der antikapitalistischen Linken. Ein Teil der Bevölkerung will, wo dies möglich ist, in Übereinstimmung mit dem eigenen Widerstand wählen und die Stimme den Kräften geben, die sich im Herbst gegen die Regierungspolitik gewehrt haben und Anhaltspunkte und Ansätze für eine antikapitalistische Al-

ternative bieten. Daher konnte das Argument der nützlichen Stimme der radikalen Linken diesmal nichts anhaben, auch wenn, alle Listen zusammengerechnet, nur 20 Prozent der Stimmberechtigten die Möglichkeit hatten, eine ihrer Listen zu wählen. Die Erfolge sind also bedeutsam. Sie zeugen gleichzeitig von einer lokalen Verankerung, von der Fähigkeit, die Erwartungen der Bevölkerung konkret aufgreifen zu können und von der Notwendigkeit einer umfassenden Alternative und einer Kraft und Partei, die es aufzubauen gilt.

Angesichts der Schwierigkeiten, die mit diesen Wahlen verbunden waren, hätte es durchaus sein können, dass sie den Aufbau einer neuen antikapitalistischen Partei behindern oder erschweren. Tatsächlich haben sie den Prozess aber gestützt. Die Leitung von Lutte Ouvrière hat das übrigens nicht verstanden und, im Widerspruch zu den Grundsätzen dieser Organisation, erstmals seit 1968 einen klar elektoralistischen Kurs verfolgt. LO-KandidatInnen auf unabhängigen Listen wurden jedoch kaum gewählt. Die überwältigende Mehrheit der erfolgreichen LO-KandidatInnen wurde dagegen auf Listen der Einheitslinken gewählt, ohne programmatische Bedingungen jeglicher Art zu stellen. Meist verpflichteten sie sich im Übrigen, den kommunalen Budgets zuzustimmen, was ihre Unabhängigkeit ziemlich relativiert. Der Preis für diese Politik war, dass LO in diesem Wahlkampf überhaupt nicht in Erscheinung trat und unverständlich blieb.

### DIE KRISE STEHT NOCH BEVOR

Die Kommunalwahlen und die aktuelle Phase begrenzter, aber realer sozialer Mobilisierungen sind bezeichnend für die gegenwärtige Situation. Zu allererst sind sie eine Bestätigung dafür, dass Sarkozy zwar punkten konnte und über ausreichende Macht verfügt, um die Arbeitswelt und die Bevölkerung zu treffen, dass dieser Sieg aber nur durch das Versagen der Regierungslinken möglich war. Diese erwies sich insbesondere als unfähig, auf das zentrale Problem der Kaufkraft zu antworten. Das führte selbst in Unternehmen, die sich bisher nicht speziell durch soziale Kämpfe hervorgetan ha-

ben, wie L'Oréal und Carrefour, zu sozialen Konflikten. Wie sonst ließe sich erklären, dass sich die Lage in weniger als einem Jahr so weitreichend verändert hat?

Die Faktoren der Krise, die die französische Gesellschaft regelmäßig heimsucht, sind in keiner Weise gelöst. Ebenso wenig die Ablehnung des Neoliberalismus, was regelmäßig bedeutende soziale und politische Bewegungen provoziert, wie die Streiks von November/Dezember 1995 und 2003, den Protest von April 2002, den Aufstand der Vororte im Winter 2005, die wiederholten Jugendmobilisierungen für das Recht auf Studienplätze oder gegen prekäre Lebensverhältnisse. Kaum hatte die Bevölkerung die Gelegenheit, klar Stellung zu beziehen, erteilte sie dem aktuellen Kurs, der auf drei Ideologien beruht, eine Abfuhr: dem Neoliberalismus in seinen konkreten Ausformungen, dem atlantischen Bündnis und Frankreichs Engagement auf Seiten der imperialen Kreuzzüge Bushs und Blairs und schließlich jenem Europa und jener Globalisierung, durch die ArbeiterInnen, Bevölkerungen und Systeme zugunsten der Multis gegeneinander ausgespielt werden. Sarkozy verkörpert in all diesen drei Punkten das genaue Gegenteil: Er ist ein Anhänger des atlantischen Bündnisses und möchte die französische Außenpolitik jener der Vereinigten Staaten annähern; er hat soeben den Verfassungsentwurf angenommen, der vom Volk abgelehnt wurde, und sich damit über einen demokratischen Entscheid hinweggesetzt; und er betreibt eine ultraliberale Politik. Das musste zwangsläufig zu einem Aufbegehren und sozialen Bewegungen führen, zumal der Bewegungsspielraum durch die Wirtschaftskrise, die sich im Gefolge der aktuellen Finanzkrise anbahnt, durch die im Juli 2007 beschlossenen Steuergeschenke an die Reichen, die den budgetären Spielraum einengen, und durch Verpflichtungen Frankreichs gegenüber anderen europäischen Ländern dreifach eingeschränkt ist. Trotz der Niederlage bei den Kommunalwahlen wird dies zu verschärften Angriffen und Sozialabbau führen. Zu erwarten ist eine neue Infragestellung des Rechts auf eine würdige Rente mit 60 Jahren, die Privatisierung der Kran-

kenhäuser, die programmierte Auslöschung des Arbeitsrechts, erleichterte Kündigungen, ein drastischer Abbau bei öffentlichen Dienstleistungen, was zu Kahlschlägen im öffentlichen Dienst führen wird, etc. Bereits heute ist angekündigt, dass in der Nationalen Verteidigung 56 000 Stellen gestrichen werden sollen, obwohl es sich dabei um einen privilegierten Sektor handelt, der vom reaktionären Lager gehätschelt wird. Was wird erst sein, wenn die „sozialen“ Aufgaben des Staates drankommen?

Wie diese widersprüchliche Situation ausgehen wird, lässt sich nicht voraussagen. Die extrem problematische Wirtschaftslage und die gleichzeitige Auftreten politischer Krisenelemente bringt die Machthabenden in eine schwierige Lage. Doch diese besondere Konstellation kann nur ausgenutzt werden, wenn eine möglichst zahlreiche, geschlossen auftretende kämpferische Linke in der Lage ist, den sozialen Widerstand aufzugreifen und in Einheit zu mobilisieren und zugleich eine antikapitalistische Alternative aufzubauen.

Für einen erfolgreichen Widerstand und Wiederaufbau einer sozialistischen Perspektive bedarf es harter Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt und der französischen Gesellschaft, aber auch einer neuen Partei. Das etwas hochgesteckte Ziel, das wir uns gesteckt haben, lautet: an allen Protesten teilzuhaben, um die Kräfteverhältnisse von Grund auf verändern zu können und fähig zu sein, die Hoffnung auf eine andere mögliche Welt, auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, auf den wieder aufzubauenden Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu verkörpern. Zweifellos eine riesige Aufgabe, die einen langen Atem erfordert und die wir nur erfolgreich meistern können, wenn wir unsere Kräfte mit jenen bündeln, die weltweit am selben Projekt festhalten wie wir.

Paris, 30. März 2008

Pierre François Grond ist Mitglied des Politbüros der Ligue communiste révolutionnaire (LCR, französische Sektion der IV. Internationale).

*Übersetzung: Tigrib*



# Kosovo – was kommt nach der Unabhängigkeit?

Adam Novák

Kosovo steht nach der kürzlich erfolgten Unabhängigkeitserklärung vor zahlreichen Herausforderungen. Zwar stehen im Zentrum des öffentlichen Interesses v. a. die potentiellen Konflikte mit Serbien und deren geopolitische Weiterungen, aber die anderen Probleme sind nicht weniger dramatisch für das Land. Kosovo steht wirtschaftlich vor dem Nichts und die weitgehend verarmte Bevölkerung lebt von Auslandsüberweisungen durch EmigrantInnen, Beihilfen der internationalen Gemeinschaft und dem allgegenwärtigen Schmuggel.

Kosovo ist das ärmste Land Europas. Das BIP beträgt 1300\$ pro Kopf und liegt damit auf dem Niveau von Ghana oder Burkina Faso. In anderen Worten: Es beträgt weniger als 10 % des BIP von Bulgarien oder Rumänien, den ärmsten EU-Ländern. Letztlich liegt der aktuelle Lebensstandard unter dem Niveau von 1989, als Kosovo noch zu Jugoslawien gehörte.

Bereits damals war es die ärmste Region der jugoslawischen Föderation. Gemessen an Slowenien, der reichsten Region, lag das BIP bei knapp 10 %. Aber aufgrund der damaligen Umverteilungspolitik innerhalb des Staatenbundes hatten die KosovarInnen Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen und nahmen in bestimmtem Umfang an der Industrialisierung teil. Ende der 80er Jahre setzte der nationalistische Serbenführer Milošević der regionalen Autonomie ein Ende, mit der Folge, dass eine gewaltfreie Widerstandsbewegung in der mehrheitlich albanischsprachigen Bevölkerung entstand. Da ihr der Zugang zum Öffentlichen Dienst faktisch verwehrt wurde, war die Bevölkerung auf Subsistenzwirtschaft und die Geldsendungen von den zahlreichen EmigrantInnen aus Deutschland, der Schweiz und den USA angewiesen.

1989 wurden in dem von der Nato geführten Krieg Industrie und Infrastruktur weitgehend zerstört. Was übrig



geblieben war, plünderte die albanischsprachige Bevölkerung, um sich somit am jugoslawischen Regime zu rächen. Anschließend übernahm die UNO die Verwaltung und errichtete de facto ein Protektorat.

## DIE KATASTROPHALE BILANZ DES UNO-PROTEKTORATS

Der UNO ist es nicht gelungen, die Volkswirtschaft weiter zu entwickeln und somit die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Durch die humanitäre Hilfe – u. a. in Form von Lebensmittelspenden – wurde die noch bestehende Landwirtschaft sogar ruiniert. Tausende von Bauern gaben ihre Höfe auf, da ihre Produkte keinen Absatz mehr fanden. In dem von der UNO liberalisierten Warenverkehr wurde die D-Mark zur gängigen Währung und Kosovo auf diesem Weg nach 2002 zum faktischen Mitglied der Euro-Zone. Ebenso wie

Bosnien ist es damit frei zugänglich für die westeuropäische Wirtschaft, was zur Folge hat, dass die einheimischen Unternehmen gegen die Konkurrenz nicht bestehen können.

Ein Paradoxon der Abspaltung von Kosovo ist, dass die größten Profiteure aus dieser Lage die serbischen Unternehmen sind, da sie den einheimischen einfach überlegen sind. Dadurch ist Serbien zum wichtigsten Partner in diesem höchst einseitigen Handel geworden. Kosovo hat im Jahr 2007 Waren im Wert von 1,7 Mrd. Euro importiert und umgekehrt für nicht einmal 150 Mio. exportiert.

Durch die seitens der UNO implementierte Gesetzgebung wird Kosovo durch ein durch und durch neoliberales Regime dirigiert, das dafür sorgt, dass die natürlichen (Kohle, Blei, Zink, Nickel) und industriellen Ressourcen völlig unkontrolliert verschertelt werden können. Obendrein wird die sog.

Private-public-partnership selbst in Bereichen der Grundversorgung wie Gesundheits- und Bildungswesen gefördert, was natürlich den internationalen Konzernen nützt.

Typisches Beispiel hierfür ist die Stromversorgung, die andauernd unterbrochen wird. Der öffentliche Versorger produziert täglich 800 Megawatt, die mindestens 80 % des Bedarfs decken. Zukaufen kann das Unternehmen nicht, was teils daran liegt, dass seit Inkrafttreten der UNO-Verwaltung kaum jemand die Stromrechnung bezahlt. Die westlichen ExpertInnen plädieren für die Privatisierung des Unternehmens, was zur Folge haben kann, dass die Tarife erhöht und zahlungsunfähige Menschen von der Versorgung abgeschnitten werden können. Auch ist von einem neuen Kohlekraftwerk – wovon es in Kosovo bereits mehr als genug gibt – die Rede, wobei der erzeugte Strom in die Nachbarländer exportiert werden soll.

Als ausgewiesener Gegner Öffentlicher Dienstleistungen hat die UNO in Kosovo eine Verwaltung installiert, deren Überleben auf der Besteuerung der Importe und der verkauften Waren sowie auf den EU-Hilfen basiert. Mit der Unabhängigkeitserklärung geht die UNO-Verwaltung in die nationale Regierung über. Die UNO-Angestellten, die ein Gehalt nach europäischen Maßstäben beziehen, werden sich damit abfinden müssen, in die lokalen Strukturen integriert zu werden, was mit erheblichen Gehaltseinbußen einhergeht. Die möglichen Folgen hiervon sind wachsende Korruption und Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte.

## PARASITÄRE ELITEN

Dies ist ein ernsthaftes Problem, zumal bereits ein wesentlicher Teil der lokalen Verwaltung in den Händen der UÇK-Notabeln<sup>1</sup> liegt, vor allem au-

<sup>1</sup> Die UÇK (Befreiungsarmee von Kosovo) ist aus nationalistisch-maoistischen Gruppierungen Anfang der 60er Jahre entstanden. Aden Demaci – der wichtigste politische Kopf die-

ßerhalb der Hauptstadt Prishtinë (serb. Priština). Es handelt sich um mafiöse Strukturen, die die Kontrolle über Import und Export sowie über die zahlreichen illegalen Transaktionen haben. Inzwischen weiß man, dass Kosovo eine der Hauptachsen für den Drogenschmuggel nach Europa darstellt. Das gleiche gilt für den Menschenhandel zum Zweck der Prostitution und für den Tabakschmuggel – gemeinsam mit Montenegro. In den meisten Fällen sind es kosovarische und serbische Mafiosi, die sich den lukrativen Handel teilen.

Geplant ist, der Mafia das Rekrutierungsfeld in der UÇK abzuschneiden, indem deren Mitglieder bei der Armee eingestellt werden. Dies soll mit Hilfe der Nato und der USA erfolgen, die zugesagt haben, die Ex-Milizen für ihre militärischen Operationen im Irak und in Afghanistan einzusetzen. Damit würde gewissermaßen eine Tradition fortgesetzt werden, wurden doch schon früher Söldner aus der albanischsprachigen Bevölkerung – v. a. für das osmanische Reich – rekrutiert.

Unterdessen kämpft die Bevölkerung um ihr Überleben. Weniger als die Hälfte arbeitet in der Parzellenwirtschaft, den wenigen Industriezweigen oder im Öffentlichen Dienst. Ein Drittel der Bevölkerung ist unter 14 Jahre alt und Kosovo hat die höchste Geburtenrate in Europa. (Die serbische Minderheit, die 10 % ausmacht, ist sicherlich noch schlechter gestellt, da sie den privilegierten Kontakt zum serbischen Staat verloren hat, weswegen die Jungen auch nach Möglichkeit fortziehen.) Inzwischen hat Slowenien sogar ein sechzehnfach höheres BIP als Kosovo.

Diese prekäre Lage ist weitgehend unbekannt, was teilweise daran liegt, dass sich die gut ausgebildete und in

ser Strömung – der auf eine strategische Allianz mit der linken serbischen Opposition gesetzt hat und gegen die Nato-Intervention war, hat sich 1999 aus der UÇK-Führung zurückgezogen und ist nach Slowenien emigriert. Die UÇK-Führung wurde daraufhin von einer militaristischen Strömung mit Orientierung auf die USA übernommen.

der UNO-Verwaltung beschäftigte einheimische Mittelschicht mit der Situation abfindet, da sie davon profitiert. Meist werden auch die NGOs von dieser Schicht kontrolliert, wobei deren Hauptsorge dem Zugang zu den westlichen Hilfsmitteln und weniger dem Wiederaufbau des Landes gilt. Darin unterscheiden sie sich von den NGOs im übrigen Ex-Jugoslawien, die ständig gegen Mafia, Korruption und Repression ankämpfen.

Die kosovarische Elite scheint besessen zu sein von einer Mischung aus neoliberaler Ideologie und hysterischem Nationalismus, womit sie ihre Aggressivität gegenüber den nicht-albanischsprachigen Minderheiten im Land rechtfertigt. Dieser übersteigerte Nationalismus schafft offensichtlich auch ein trügerisches Gefühl von Sicherheit, als ob die EU Kosovo auf immerwährende Unterstützung verpflichtet wäre.

Natürlich wird die EU langfristig einspringen, aber diese Hilfe wird nicht uneigennützig erfolgen. Im Gegenzug muss sich die Wirtschaft dem europäischen Kapital öffnen und der Schmuggel unterbunden werden. Außerdem bleibt offen, ob sich das Kapital unter diesen prekären Verhältnissen überhaupt engagiert, zumal die Nachbarländer Albanien, Griechenland und die Türkei den Investoren bessere Verhältnisse zu bieten haben. All diese Länder wetteifern darum, Kapital anzuziehen unter Verweis auf die geringen Lohnstandards. Aber selbst unter den günstigsten Annahmen wird die Öffnung gegenüber Europa für Kosovo noch hinter dem zurück bleiben, was die Region als Teil der jugoslawischen Föderation profitiert hat.

Adam Novák ist Korrespondent der *Inprekor* in Bratislava (Slowakei). Er hat Reportagen in Ex-Jugoslawien und im Kosovo gemacht.

*Übersetzung: MiWe*

# Unabhängigkeit – und was nun?

Gespräch mit Catherine Samary

**In Kosova feierte die Bevölkerung ausgelassen die Unabhängigkeit, in Belgrad und anderswo gab es Proteste: Ist die Unabhängigkeit Kosovas eine neue Lunte am Pulverfass Balkan? Wie wichtig ist diese Unabhängigkeitserklärung wirklich?**

Symbolisch und politisch ist sie für die Albaner in Kosova sehr wichtig. Ihr Bestreben, entweder zu Albanien zu gehören oder einen souveränen Staat Kosova zu bilden geht weit zurück und hat tiefe Wurzeln – dabei wird immer wieder auf die Forderung verwiesen, die ab 1968 im ehemaligen Jugoslawien erhoben wurde, dem Kosovo den Status einer Republik zu verleihen wie den anderen südslawischen Regionen auch. Die Freude der albanischen Bevölkerung bringt auch ihren Stolz darüber zum Ausdruck, dass sie von den großen Westmächten gegen die Allianz Serbien/Russland unterstützt wird ...

In Belgrad wird die Unabhängigkeitserklärung ganz gegenteilig wahrgenommen: als Bruch des Völkerrechts, als symbolischer Verlust der „Wiege“ des ersten serbischen Staates, und als Quelle der Unsicherheit für die rund 120 000 Serben in Kosova, von denen die Hälfte in Enklaven lebt.

**Ist der neue Staat selbstständig lebensfähig, oder wird er nichts weiter sein als ein Instrument europäischer Vorherrschaft, ähnlich dem, was in Bosnien geschieht?**

So wie Bosnien-Herzegowina wird auch Kosova formal unabhängig sein, jedoch unter der Schirmherrschaft eines sog. „Internationalen Zivilen Repräsentanten“ der Europäischen Union stehen. Dieser wird „insbesondere das Recht haben, Entscheidungen oder Gesetze, die die Behörden von Kosova verabschieden, außer Kraft zu setzen sowie öffentliche Würdenträger zur Ordnung zu rufen oder abzuberufen“, die der Durchsetzung des für Kosova geltenden Grundgesetzes schaden. Ich zitiere hier den Entwurf des Ahtisaari-

Plans. Die Präsenz der NATO wird aufrechterhalten und flankiert von einer Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union in Kosova (EULex Kosovo), die die weitere Entwicklung nach der Unabhängigkeitserklärung überwachen soll. Schließlich vergisst man gern, dass in Kosova der Euro in Umlauf ist; es war die Deutsche Bundesbank, die den Umtausch von der seit 1999 geltenden D-Mark in Euro organisiert hat.

In Bosnien-Herzegowina gibt es keinen Euro, sondern eine „umtauschbare Mark“ (!), die außerhalb des Landes nicht umgetauscht werden kann. Ein bosnischer Bürger kann nicht Leiter der Bundesbank werden. Bosnien ist zu einem Quasiprotektorat herabgesunken; die Befugnisse des Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen – der gewählte Vertreter absetzt u. ä. – werden von der Bevölkerung zunehmend abgelehnt. Die sozioökonomische Bilanz ist ernüchternd. Leider läuft Kosova Gefahr, dieselben „Abhängigkeitssyndrome“ und dieselben gefährlichen Spannungen zu erleiden.

**Von Westeuropa aus betrachtet erscheint die Wirtschaft Kosovas schwach – mit ihrer hohen Arbeitslosenrate, ihrer Abhängigkeit von ausländischen Geldern und den ausgedehnten Grauzonen, ganz zu schweigen von dem, was der örtlichen Mafia alles unterstellt wird. Wird da im Westen eine Karikatur gezeichnet oder gibt dies düstere Bild eine Realität wieder?**

Den Schwarzhandel und die Mafiasstrukturen gibt es wirklich; anfänglich wurden sie begünstigt vom sozialen und politischen Zerfall des alten Regimes, dem „kriegerischen Übergang“ und den Sanktionen gegen Serbien. Der „Friede“ nährt sie aber weiter – durch Armut, den nicht erfolgten Wiederaufbau eines rechtlich und sozial stabilen Rahmens und die internationale Präsenz. Nicht genügend er-

wähnt wird hingegen, dass die Konflikte mit Belgrad über die Privatisierungen der Bodenschätze (die die Unabhängigkeit nicht so schnell beilegen wird), der Mangel an Staatsfinanzen und der Euro die Produktivität dramatisch gesenkt haben. Kosova ist eine große „Handels“zone geworden – darunter der Schwarzhandel –, die von Westprodukten dominiert wird, die vor allem an das ausländische Personal fließen. Tausende Hektar fruchtbares Land, für die es keine Subventionen und keine öffentlichen Kredite gab (schließlich herrscht „Sparzwang“), um sie zu bewirtschaften, wurden mit Warenhäusern übersät. Es gibt regelmäßig Stromausfall, obwohl es genügend Wasserkraft für den gesamten Balkan gäbe. Nach fast neun Jahren UN-Protektorat hat Kosova bei 50 % Arbeitslosigkeit ein Bruttoinlandsprodukt von gerade einmal 1000 Euro pro Einwohner, von denen ein Großteil auch noch aus ausländischen Gehältern stammt.

**Einige EU-Länder haben die Unabhängigkeit Kosovas nicht anerkannt, aus Angst, die nationalen Minderheiten in ihren eigenen Ländern könnten sich Kosova zum Vorbild nehmen. Könnte der „Domino-Effekt“ der Unabhängigkeit wirklich Regionen destabilisieren?**

Diesen Trumpf werden alle sezessionistisch gesinnten Gemeinschaft ausspielen, und auch Russland, das international eine größere Rolle spielen will. Die größten Spannungen wird es jedoch unmittelbar an der Balkanperipherie der EU geben. Es kann einen Volksentscheid über die Selbstbestimmung im serbischen Teil Bosnien-Herzegowinas geben, und dasselbe in den albanisch dominierten Grenzorten Serbiens. Zweifel kann man auch hegen über die Stabilität Mazedoniens, obwohl der dort lebenden albanischen Bevölkerung, die 25 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, mehr Rechte zuerkannt wurden. Die Versprechungen

einer europäischen Integration, von der man annimmt, dass sie die Spannungen verringern hilft, sind leider wenig glaubwürdig und zu arrogant.

Instabil wird jedoch vor allem Kosova selbst sein, vor allem sein Grenzgebiet zu Serbien rund um Mitrovica, bedingt durch die innere Entwicklung in Serbien. Die Drohreden aus Belgrad und Moskau waren zweifellos Teil des Pokerspiels. Die Häufung serbischer

Niederlagen und der Krieg der NATO haben jedoch einen großen Frust hinterlassen, der sich durch neoliberale Wirtschaftsmaßnahmen sicher nicht beschwichtigen lässt.

Die Balkanfragen sind sehr stark ineinander verschachtelt; eine örtlich begrenzte Stabilisierung gibt es nicht; anerkannte nationale Rechte müssen kohärent sein und einhergehen mit Maßnahmen, die Gleichheit und sozialen Zu-

sammenhalt fördern. Aber ist das ein „Balkan“-Problem? Eigentlich bedarf es eines anderen europäischen Aufbaus.

Aus: *SolidaritéS* (Genf), Nr.123, 27.2.2008 (www.solidarites.ch). Catherine Samary hat mehrere Bücher über Jugoslawien verfasst. Auf deutsch erschien von ihr u. a. 1995 *Die Zerstörung Jugoslawiens* im Neuen ISP Verlag.

Übersetzung: Angela Huemer

## Die Kosova-Frage und der Ahtisaari-Plan

**Der Besuch Bushs in Tirana, der vor kurzem stattgefunden hat, sein beschämender und amerikafreundlicher Empfang durch die regierungstreuen Kräfte Berishas, die Erklärung Bushs, er sei „für die Unabhängigkeit Kosovas“ im Sinne des Ahtisaari-Plans, die wütende Reaktion des serbischen Premierministers, die Serben seien „von der US-Politik angewidert“ und die USA hätten kein Recht, den Albanern „serbisches Territorium zu schenken“, all das scheint die alte und gewohnte Einschätzung, die in Griechenland von rechts bis links geteilt wird, zu bestätigen: „Die Albaner“ werden von den Amerikanern unterstützt und sind reaktionär, „die Serben“ sind zwar etwas nationalistisch, aber Antiimperialisten und daher fortschrittlich, im Übrigen auch Freunde Griechenlands. Und dennoch hat diese Auffassung wenig oder nichts mit der Realität gemein.**

### Andreas Kloke

Acht Jahre, nachdem die NATO-Mächte ihre Besatzung – mit heute 16 000 KFOR-Soldaten – und ihre Verwaltung (UNMIK) im Protektorat Kosova installiert haben, hat der UNO-Sondergesandte und frühere finnische Ministerpräsident M. Ahtisaari einen Plan für den künftigen Status der früheren serbischen Provinz vorgelegt. Der Ahtisaari-Plan (AP) unternimmt es im Wesentlichen einerseits, für die Ansprüche aller einheimischen Gruppen, besonders der albanischen KosovarInnen, die heute 92 % der 2,3 Mio. EinwohnerInnen des Landes bilden<sup>1</sup> und zweifellos die volle

Unabhängigkeit anstreben, und der serbischen Minderheit, die heute 82 000 EinwohnerInnen, d. h. 3,6 % der Bevölkerung zählt, einen Kompromiss zu finden. 1999, vor der Rückkehr der kosovarischen Flüchtlinge nach dem Krieg, lebten noch ca. 200 000 SerbInnen, damals 10 % der Bevölkerung, in Kosova.

Andererseits versucht der AP, die Interessen der Großmächte, der USA, der EU-Regierungen und Russlands zu einem Ausgleich zu bringen. Es wurde bereits deutlich, dass dies beinahe unmöglich ist. Da die Belgrader Regierung und alle großen serbischen Parteien – wenigstens offiziell – darauf bestehen, dass Kosova serbisch war und ist, was die Vertreter der KosovarInnen kategorisch ablehnen, wurde das Thema an den UNO-Sicherheitsrat weitergeleitet, wo Russland beabsichtigt, gegen den AP Veto einzulegen. Die G8 beschlossen in Heiligendamm, die Angelegenheit für andert-

halb Jahre auf Eis zu legen, auch wenn es scheint, dass Bush für eine schnellere Annahme des AP Druck machen will. Der AP, der sich auf das Einverständnis Washingtons mit den großen EU-Mächten stützt, wird sehr wahrscheinlich in jedem Fall in der einen oder anderen Form in Kraft treten. Der Grund für seine „Erfolgsgarantie“ ist darin zu sehen, dass er sich kaum vom bestehenden Zustand, d. h. der Kolonialherrschaft der Großmächte in Kosova, unterscheidet.

### WAS DER AHTISAARI-PLAN VORSIEHT

Die wesentlichen Komponenten des AP sind:

- Kosova wird alle Merkmale eines unabhängigen Staates erhalten, d. h. Fahne und Hymne – die allerdings die multinationale Zusammensetzung des Landes zum Ausdruck bringen müssen – und eine kleine Streitmacht, die KSFC (die „Sicherheitsmacht Kosovas“). Untersagt wird, dass sich das Land, z. B. durch einen Volksentscheid, mit Albanien vereinigt. Von entscheidender Bedeutung ist aber, dass der neue Staat unter der Aufsicht der EU, des UN-Sicherheitsrats und der NATO stehen wird. Die wirkliche Macht wird der ICR (der „Internationale Zivilvertreter“) in Personaleinheit mit dem EUSR, d. h. dem Vertreter der EU-Regierungen ausüben. Die „beaufsichtigte Unabhängigkeit“ ist ein vollkommen widersprüchlicher Begriff, der in Wirklichkeit bedeutet,

<sup>1</sup> G. Dama, „Trügerische Ruhe im Kosovo“, *Eleftherotypia*, 14.5.07. Zum Namen des Landes sei angemerkt, dass die albanische Bezeichnung „Kosova“ dem serbischen „Kosovo“ vorzuziehen ist, da während des gesamten 20. Jahrhunderts der albanische Bevölkerungsanteil die deutliche Mehrheit bildete und die jugoslawisch-serbische Vorherrschaft zu keinem Zeitpunkt auf dem demokratischen Willen der Bevölkerungsmehrheit des Landes beruhte.

dass keine Unabhängigkeit gewährt und das imperialistische Protektorat weiter fortbestehen wird.

- Das andere Grundprinzip ist die „Dezentralisierung“, die bedeutet, dass die Teilung des Landes, die von UNMIK/KFOR mit der Einrichtung serbischer Zonen vorgenommen wurde, institutionalisiert und erweitert wird. Insgesamt werden 44 serbische Zonen geschaffen, darunter auch der Nordteil von Mitrovica und der weiter nördlich gelegenen Region, wo sich der bedeutendste Reichtum des Landes, die Bergwerke von Trepca, mit einem geschätzten Wert von fünf Mrd. \$ befindet. Außerdem werden die orthodoxen Kirchen und Klöster, bedeutendes Kulturerbe, als „serbisch“ angesehen und den serbischen Zonen zugeschlagen. Auf diese Weise wird ein Großteil des Kulturerbes der großen Bevölkerungsmehrheit entzogen. Dadurch wird die Geschichte des Landes verfälscht, da die Mehrheit der albanischen KosovarInnen zwar dem Islam anhing, aber 20 % von ihnen Orthodoxe waren oder noch sind. Die serbischen Zonen werden alle Rechte hinsichtlich der Verwaltung, der Polizei, der Justiz, der Schulen, der Finanzierung durch Belgrad und der serbischen Währung erhalten.
- Besonders merkwürdig erscheint, dass der AP in keiner Weise die anderen Minderheiten wie die Rom (20 000), die TürkInnen (20 000) und die bosnischen MohammedanerInnen berücksichtigt. Besonders die Rom, die unter elenden Bedingungen ohne starke Schutzmacht leben, befinden sich in einer tragischen Situation.

Das ganze Konstrukt des AP erinnert stark an die „ethnisch gesäuberte“ Situation Bosnien-Herzegowinas, wo die drei Nationalitäten in einem offiziell einheitlichen Staat, ebenfalls in der Form eines imperialistischen Protektorats leben, aber das Vetorecht des jeweiligen Repräsentanten der Nationalitäten jede wichtige Beschlussfassung verhindert. Die Folge ist, dass das Land, genau wie Kosova, unaufhörlich verfällt und die ökonomische und soziale Entwicklung blockiert ist.

Kosova hat über 50 % Einwohner unter 25 Jahren, die Arbeitslosigkeit beträgt 75 % und 36 % leben in abso-

luter Armut mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Angestellte im öffentlichen Dienst verdienen 100–120 Euro, in der Privatwirtschaft 80 Euro, während die Renten nicht mehr als 40 Euro betragen.<sup>2</sup> Als 1989 die Autonomie Kosovos abgeschafft wurde, wurden alle öffentlichen Angestellten und die Bergarbeiter der Trepca-Werke, Zehntausende Menschen, gewaltsam entlassen. 1997 privatisierte die Belgrader Führung die 75 größten Unternehmen Serbiens, also auch Kosovos, darunter die Mineralölunternehmen, die serbischen Elektrizitätswerke und die Trepca-Werke. Obwohl das „illegale“ Parlament der KosovarInnen schon 1998 warnte, dass alle Veräußerungen von Firmen Kosovos einen Diebstahl von Werten darstellen, die den Menschen des Landes gehören, kaufte unter anderen die griechische „Mytilineos AG“ Trepca-Aktien.

Außerdem verpflichtet der AP Kosova zur absoluten Respektierung der „freien Marktwirtschaft“, wodurch das Land später in die EU integriert werden soll. Bei dieser Prozedur, die auf dem Balkan durch die Aufnahme Rumaniens und Bulgariens in die EU einen großen Schritt nach vorn gemacht hat, geht es in erster Linie darum, die noch bestehenden staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen dazu zu zwingen, in Konkurrenz untereinander das Wohlwollen der großen westeuropäischen Konzerne zu finden. Eine weitere Folge ist, dass z. B. die Körperschaftssteuer (für Unternehmen) in Serbien 10 %, in Montenegro 9 % beträgt, also die niedrigsten Prozentsätze in ganz Europa sind. Mit diesem systematischen Ausverkauf und schließlichem Aufkauf finden die westeuropäischen Unternehmen Zugang zur größten Wertquelle der osteuropäischen Länder, ihren billigen, „bereitwilligen“ und gut ausgebildeten Arbeitskräften.

#### AUSVERKAUF UND UNTERWERFUNG

Der Ausverkauf Kosovos entwickelt sich seit 2003 immer zügiger. Insgesamt sind mit der Vermittlung der KTA (Kosovo Trust Agency), der Agentur der UNMIK für Privatisierungen, 300 öffentliche Unternehmen verkauft worden, die aber nur 344,5 Mio. \$ in die

Kassen des Landes gebracht haben.<sup>3</sup> Der AP zielt natürlich auf die konsequente Durchführung der Wirtschaftspolitik von 1997 und 1999 ab, d. h. auf die vollständige Enteignung des wichtigsten Reichtums des Landes zugunsten der Parteibürokratie, die dabei war, sich in eine „reguläre“ bürgerliche Klasse zu verwandeln, aber danach zugunsten des westlichen Großkapitals. Das Resultat des AP wird für das Land die inoffizielle Unabhängigkeit, die inoffizielle Teilung und, was seinen politischen Status betrifft, die offizielle Kolonialherrschaft bedeuten.

Die „Regierung“ der KosovarInnen mit dem „Präsidenten“ Fatmir Sejdiu und dem „Ministerpräsidenten“ Agim Çeku scheint den AP mit einigen Vorbehalten zu unterstützen. Die größeren Parteien, die „regierende“ PDK und die „oppositionelle“ AAK (von H. Thaçi), die aus der Auflösung der UÇK hervorgegangen sind, sowie die LDK des früheren Präsidenten Rugova sind zutiefst korrupt. Eine kleine Schicht von „Führern“ bereichert sich mit illegalen Geschäften (Zigaretten, Benzin, Rauschgift) und hat sich praktisch mit der Kolonialherrschaft arrangiert.

#### LËVIZJA VETËVENDOSJE, DIE UNABHÄNGIGKEITSBEWEGUNG

Behxhet Shala vom Menschenrechtsverein (KMDLNJ) bemerkt dazu: „Wir befinden uns in einem kriminellen Eldorado. Die offiziellen Parteien sind Mafiaklans, die mit voller Rückendeckung durch die UNMIK ihren Geschäften nachgehen. (...) Kosova ist ein einziges Gefängnis, regiert von einer kolonialen Verwaltung, hier geht es unsozial und repressiv zu.“<sup>4</sup> Was die „humanistische“ Einstellung von UNMIK/KFOR betrifft, so haben die Menschen Kosovos keine Illusionen.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Dies schreibt Elise Hugas in „Eight Years After NATO's ‚Humanitarian War‘“, *ZNet*, 8.4.07. Wieder zum Vergleich ist interessant, dass die US-Investitionen in Serbien seit 2000 eine Mrd. \$ betragen, allein in der Tabakfabrik von Nis 580 Mio. \$. Vermerkt sei auch, dass der US-Einfluss in der „mittleren Balkanzone“ (Albanien, Kosova, Republik Mazedonien, Bulgarien) als besonders stark angesehen wird.

<sup>4</sup> siehe „Kosova: Protektorat – Kolonie und neoliberales Eldorado“ der Redaktion von *Kosova-Aktuell.de*, 26.4.07.

<sup>5</sup> G. Dama schreibt: „Die Vertreter (Europas der verschiedenen internationalen Organisationen) werden mit 3000 bis 5000 Euro pro Monat ent-

<sup>2</sup> Zum Vergleich sei vermerkt, dass das Durchschnittseinkommen in Serbien 300 \$ beträgt.

Gegen die Kolonialverwaltung und nun gegen den AP hat sich „Lëvizja Vetëvendosje“, die „Bewegung für die Unabhängigkeit“ (BFU) entwickelt, die hauptsächlich von jungen Menschen unterstützt wird und als antiimperialistische Organisation für die nationale Unabhängigkeit bezeichnet werden kann. Sie lehnt den AP ab und organisierte am 10. Februar eine Demonstration Tausender Menschen gegen ihn, während der zwei Kosovaren von Plastikkugeln rumänischer UNMIK-Polizisten getötet und über 80 Personen verletzt wurden. Auf der Kundgebung sprachen für die BFU der 32-jährige Albin Kurti und Adem Demaçi, der seit Beginn der 60-er 28 Jahre in jugoslawischen Gefängnissen verbracht hat, weil er für mehr Autonomie oder Unabhängigkeit für Kosova eingetreten ist. Kurti wurde am Abend des 10.2. verhaftet und befindet sich seitdem im Gefängnis von Prizren. Ihm wird vorgeworfen, „die Sicherheit der internationalen Organe“ zu bedrohen, da er zu „Widerstand“ gegen UNMIK aufgerufen hat.

Der inhaftierte Kurti hat am 22.4. einen Artikel in der Zeitung „Epoka ERE“ geschrieben, in dem er die Repression und den Ausverkauf von KTA (der „Treuhandgesellschaft Kosovos“) sowie die Kollaboration von früheren UÇK-Führern mit der alten Elite und mit UNMIK anprangert. Er schreibt: „Die Konzessionierung des Flughafens und die Pläne für das EKW (Energiekraftwerk) ‚Kosova C‘ sind nur der Anfang, weil die Privatisierung der Verkehrsunternehmen und des Energiesektors essenziell für den Neoliberalismus sind. Die Privatisierung der Ressourcen und des öffentlichen Sektors führen zur Auflösung der Gesellschaft. Die Universität von Prishtina und die Universitätsklinik Kosovos stehen vor dem Kollaps, die systematische Demontage der öffentlichen Dienste hat dramatische Ausmaße angenommen. Letztendlich werden die neoliberalen Kolonialherrscher das Land und den Staat

lohnt und bezahlen das Büropersonal mit 200 Euro. Sie geben drei Euro Stundenlohn für die Gartenarbeit und fünf Euro für eine Massage. Als gute Kunden sorgen sie dafür, dass die Prostitution in einer der Straßen im Zentrum von Prishtina in Blüte steht. Alle KosovarInnen sind sich in ihrem Ekel vor den europäischen Missionsangehörigen einig.“ (siehe Anm.1)

anerkennen, aber erst, wenn sie alles verkauft haben. Der Ahtisaari-Plan ist Ausdruck dieser Politik.“

Adem Demaçi war bis März 1999 politischer Sprecher der UÇK, trat aber zurück, da er den Vertrag von Rambouillet ablehnte. In den letzten Jahren setzte er sich für die Rechte der Roma in Kosova ein, wegen der Angriffe von Neonazis aber auch in Serbien. Die faschistische Gewalt und der Terror der „Tschetniks“ ist weitgehend außer Kontrolle, die Wahlergebnisse der offenen faschistischen Partei, der SRS, die enge Beziehungen zu Le Pen und dem russischen Faschisten Schirinowski unterhält, erreichen fast 30 %. Was die Überbrückung der Kluft zwischen den KosovarInnen und den SerbInnen betrifft, gibt sich Demaçi keinen Illusionen hin. Vor zwei Jahren bemerkte er in einem Interview mit einer serbischen Zeitung: „Die Massen sind verblendet. Sie glauben, dass die Serben schuld sind, nicht die Belgrader Regierung und die UNMIK.“

Demaçi beschuldigte auch die „Einheitsgruppe“ der offiziellen Parteien Kosovos, für die Ereignisse des 10. Februar mitverantwortlich zu sein. Er hält die Politiker dieser Parteien für Mafiosi, die aus persönlichen Interessen eine abhängige Politik betreiben. Auf den letzten Demonstrationen forderten vor allem junge Menschen „Freiheit für Kurti“, „UNMIK go home“ und wandten sich gegen den derzeitigen deutschen UNMIK-Präsidenten J. Rucker, aber auch gegen die Politiker der etablierten Parteien.

Die BFU ist nicht antiserbisch, sondern kann als antikoloniale nationale Befreiungsorganisation charakterisiert werden. Was ihr fehlt, sind eine klare politische und soziale programmatische Ausrichtung zur Organisation der Kämpfe der unterdrückten Volksschichten sowie eine Strategie zur nationalen und sozialen Befreiung, die die Einheit mit den arbeitenden SerbInnen auf antinationalistischer, internationalistischer Basis anstreben müsste. Nur in einer solchen Perspektive können die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden. Nur so können die Völker Kosovos, Serbiens und des gesamten Balkans der in den letzten 12 Jahren so erfolgreichen Strategie des „Teile und herrsche“ der imperialistischen Mächte ein Ende bereiten.

## DIE „SERBISCHEN TERRITORIEN“ UND DIE GRIECHISCHE LINKE

Seitdem die Belgrader Führung unter Milošević das frühere Jugoslawien in die Katastrophe der nationalistischen Kriege und der chauvinistischen Intoleranz stürzte und auf diese Weise den „Befriedungs“-Interventionen der USA und der EU die Tore öffnete, diskutiert die internationale Linke über Möglichkeiten, einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Sie bezieht sich dabei auf klassische Begriffe wie die „nationale Selbstbestimmung und die „sozialistische Balkanföderation“, aber leider oft auch auf rein bürgerliche Kategorien wie die „Unverletzlichkeit der Grenzen“. Bestimmte BefürworterInnen des „antiimperialistischen Kampfs“ haben sogar ein Bündnis mit den rechtsradikalen „Tschetniks“ unterstützt, die in den 90-er Jahren Zehntausende unschuldiger Menschen ermordet haben.

In Griechenland waren es hauptsächlich die KPG-Führung, aber auch andere Teile der Linken, die auf diese Weise die Partei „Serbiens“, in Wirklichkeit aber des serbischen Chauvinismus ergriffen haben. So verteidigt auch G. Delastik heute noch alle Zielsetzungen des serbischen Nationalismus und verwechselt diese Haltung mit „Antiimperialismus“. Er schreibt in *PRIN*, dass Kostunica „dem euroamerikanischen Druck erlegen ist und eine US-hörige Regierung gebildet hat“.<sup>6</sup> Was Delastik verschweigt, ist, dass Kostunica zwar eine Koalition mit der DS von Boris Tadić gebildet hat und so einem Bruch mit dem Westen aus dem Weg gehen will – unabhängig davon, wie „US-hörig“ diese Regierung tatsächlich ist –, aber damit vermieden hat, eine Regierung mit den offenen Faschisten der SRS zu bilden, die aus den Wahlen mit 28 % als stärkste politische Kraft hervorgegangen ist. G. Delastik empfiehlt Kostunica ein-

<sup>6</sup> *PRIN* ist die Wochenzeitschrift von NAR, einer der größten Organisationen der griechischen außerparlamentarischen Linken. NAR ist durch den Ausschluss des Jugendverbandes KNE aus der KPG entstanden, als die Linkspartei SYN, zu der damals auch die KPG gehörte, 1989 eine kurzfristige Regierungskoalition mit der rechten Nea Dimokratia bildete, um die PASOK-Regierung abzulösen. Der hier zitierte Artikel ist von G. Delastik, „Abscheu vor Bush“, *PRIN*, 17.6.07

fach eine Regierungskoalition mit den Hardcore-Faschisten!

Delastik ist auch der Meinung, Kostunica habe „einige richtige Dinge“ gesagt, als er erklärte, die USA hätten kein Recht, „serbisches Territorium“ an die Albaner zu verschenken. Diese Auffassung liegt auf der gleichen Wellenlänge wie die aller im Parlament vertretenen Parteien einschließlich der KPG und des SYN, die alle zusammen die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ als Garantie für „Frieden und Sicherheit“ auf dem Balkan ansehen. Die griechische Bourgeoisie hat ihre eigenen Gründe, auf diesem Prinzip zu bestehen. Teile der griechischen Linken wie z. B. G. Delastik verteidigen darüber hinaus den Repressionsapparat des bürgerlichen serbischen Staates, früher Miloševićs, heute Kostunicas. Mit der Auffassung der nationalen Frage im Geist der Prinzipien der sozialistischen und kommunistischen Bewegung hat all dies nichts zu tun.

Wenn P. Papakonstantinou in *PRIN* (24.6.07) schreibt, dass „die Stellungnahme der verschiedenen Organisationen eins der wichtigen Kriterien für die mögliche Zusammenarbeit der radikalen Linken sein muss“, könnten wir dem zustimmen, aber auch hinzufügen, dass der Artikelschreiber selbst weit vom eigentlichen Kern der Frage entfernt ist. Besonders charakteristisch ist, dass die GenossInnen Artikelschreiber von *PRIN* für die Kosova-Frage anscheinend nichts anderes vorschlagen als eine „antiimperialistische“ Regierungskoalition Kostunicas mit SRS für Serbien und ... Kosova zusammen!

### NATIONALE SELBSTBESTIMMUNG UND SOZIALISTISCHE FÖDERATION

Kosova ist nur ein kleines Land zwischen Albanien und Serbien, das aber eine Schlüsselrolle für die gesamte Problematik des Balkans spielt. Dies gilt sowohl für die Frage der Befreiung



Bundeswehr im Kosovo (1999)

von der imperialistischen Herrschaft als auch für die Probleme der nationalen Unterdrückung und die Notwendigkeit der Versöhnung der Balkanvölker in der Perspektive einer Föderation, die auf den demokratischen Prinzipien und der vollständigen Gleichheit der Nationen beruht. Nur die internationalistische Arbeiterbewegung, gestützt auf die Antikriegs- und andere Bewegungen, kann den einzig realistischen Weg zur Lösung dieser Probleme aufzeigen.

Nur die Menschen Kosovos und schließlich Serbiens sowie Albanien selbst können gemeinsam diese Lösung vorbereiten und sich im wirklichen Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft, die die Feindschaft der Völker für sich ausnutzt, vereinen. Voraussetzung dafür ist die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der internationalistischen Linken hauptsächlich in Serbien, aber auch in den anderen Balkanländern. Der Kampf für die wahre Unabhängigkeit Kosovos in Verbindung mit dem Kampf gegen den Ausverkauf zugunsten des westlichen Kapitals bildet den Schlüssel dafür, den katastrophalen Niedergang der 80-er und 90-er Jahre aufzuhalten und umzukehren.

Die serbische Linke muss die Unabhängigkeit Kosovos respektieren

und den Kampf gegen das imperialistische Protektorat unterstützen. Auf diese Weise wird sie sich der Tradition der serbischen SozialistInnen würdig erweisen, die sich 1913 für die Gründung des unabhängigen albanischen Staats ausgesprochen haben, obwohl Österreich-Ungarn und Italien die albanische Unabhängigkeit förderten, um die Stellung Serbiens zu schwächen.<sup>7</sup> Die serbischen SozialistInnen hatten verstanden, dass die „Respektierung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung das Sprungbrett für das Endziel, die Balkanföderation“, darstellt.<sup>8</sup> Die Bewegungen und die internationalistische Linke im entwickeltesten kapitalistischen Land des Balkans, in Griechenland, sind dazu verpflichtet, den Kampf für diese Perspektive entschlossen zu fördern und eine herausragende Rolle in ihm zu spielen.

Quelle: *Spartakos*, Juli 2007)

<sup>7</sup> Siehe hierzu: Dimitrije Tucovic (ein serbischer Sozialist und Internationalist, der 1914 auf einem Schlachtfeld des Ersten Weltkriegs gefallen ist): Serbien und Albanien (1914). In: *Marxismus* Nr. 16 (AGM), Wien 1999.

<sup>8</sup> Dragan Plavsic, „Kosovo. Some Concrete Steps to a Balkan Federation“, *ZNet / Europe*, 22.5.07.

# Erste Schritte zur Erneuerung der antikapitalistischen Linken Dritter Kongress von „Wperjod“

**Am ersten Februar-Wochenende hat die Organisation „Wperjod“ (Vorwärts) in Moskau ihren dritten Kongress abgehalten. Der Verfasser dieses Berichts ist Redakteur der französischen Inprecor und Mitglied des Büros der IV. Internationale, als deren Repräsentant er an dem Kongress teilgenommen hat.**

**Jan Malewski**

Auf diesem Kongress wurde deutlich, dass die „Sozialistische Bewegung Vorwärts“ (russisch: Sozialistischeskije dwishenije Wperjod), eine kleine Gruppe der antikapitalistischen Linken in Russland, stärker geworden ist. Sie ist jetzt in etwa zehn Städten präsent, in zweien davon erst seit kurzem.<sup>1</sup> Sie hat außerdem eine Fülle von Kontakten, das belegten die Anwesenheit von eingeladenen Nichtmitgliedern, die von dem kommunistischen und von dem sozialdemokratischen Jugendverband kamen, sich an der Diskussion beteiligten und am Ende des Kongresses sagten, sie hätten viel Neues erfahren, und von aktiven GewerkschafterInnen, die über ihre Erfahrungen in Kämpfen berichteten und sich sowohl für die politischen als auch organisatorischen Überlegungen auf dem Kongress offen zeigten.

Zwar nahmen nur die Mandatsträger unter den Delegierten an den Abstimmungen teil, aber mehr als siebzig Personen beteiligten sich zumindest an einem Teil der Diskussion, ein guter Teil ergriff das Wort, eine größere Zahl aber traute sich nicht, im Saal zu sprechen, holte das aber bei informellen Diskussionen während der Zigarettenpausen oder der gemeinsamen Mahlzeiten nach.

1 In der Nummer 7 (oder 1/2008) der Zeitung *Wperjod* vom Februar 2008 (als pdf-Datei im Internet: [http://vpered.org.ru/gazeta/vpered\\_7\\_2008.pdf](http://vpered.org.ru/gazeta/vpered_7_2008.pdf)) werden folgende Städte in der Russischen Föderation genannt: Jaroslawl, Jekaterinburg, Lipezk, Moskwa, Nishni Nowgorod, Samara, Saratow, St.-Peterburg Starý Oskol, Tjumen, Tomsk, Wolgograd, Woroneh; außerdem Minsk (Belarus oder Weißrussland), Kyjiw bzw. Kiew (Ukraine).

Es war bemerkenswert, dass einige linke Intellektuelle kamen, um auf dem Kongress ein Grußwort zu halten, aber auch um die Diskussion zu verfolgen und die neue Generation von Aktivisten und Aktivistinnen (von denen es weniger gibt) kennen zu lernen. Boris Kagarlizki ging nach einem sehr herzlichen Grußwort auf die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Russland ein (die russischen Banken und Trusts sind von den Kreditbeschränkungen stark betroffen) und unterstrich, dass es in Russland auf der Linken ein immenses Vakuum gibt, und dass Wperjod zwar nicht den Anspruch erheben könne, es unmittelbar auszufüllen, doch sei die Existenz solch eines Kern von jungen Kadern für alle diejenigen von wesentlicher Bedeutung, die den Weg zum Sozialismus wieder beschreiten wollen. Denn die große Mehrzahl der Mitglieder von Wperjod ist jung und hat erst im 21. Jahrhundert begonnen, in politische Aktivitäten einzusteigen. Die Gruppe steht zwar in der trotzkistischen Tradition, doch haben einige Mitglieder ihre ersten Schritte innerhalb der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) oder im anarchistischen Milieu gemacht. Diese verschiedenartigen politischen Kulturen trugen zur Bereicherung der Diskussion bei.

## ZUR POLITISCHEN LAGE

Ilja Budraizkis betonte in seiner Einleitung zu dem Tagesordnungspunkt

zur politischen Lage in Russland, dass sich alle „traditionellen“ neoliberalen politischen Kräfte am Rande des Geschehens befinden – wobei solch eine Tradition nicht über das vorige Jahrzehnt hinaus zurückreicht. Dies ist die Auswirkung der putinschen Politik der Stabilisierung der kapitalistischen Restauration in Russland um einen starken Staatsapparat und einer auf diesen Staatsapparat gestützten Partei, nämlich „Jedinaja Rossija“ (Einiges oder Geeintes Russland). Für die anstehende Präsidentschaftswahl hat die herrschende Klasse sich hinter Dmitri Anatoljewitsch Medwedjew, den von Putin präsentierten Kandidaten, gestellt. Die anderen bürgerlichen Parteien, elitäre Strukturen ohne Massenbasis, sind in sich zusammengesackt. Die politische Landschaft in Russland ähnelt also einem leer gefegten Tisch, die WählerInnen wenden sich massiv von der institutionellen Politik ab, und die politischen Widersprüche verlagern sich zu den sozialen Konflikten. Davon zeugt der starke Widerhall der wenn auch isolierten, so doch oft harten und kämpferischen Streiks, die im vergangenen Jahr bei Awtowaz in Togliattigrad, bei Ford in der Nähe von St. Petersburg<sup>2</sup> oder in dem riesengroßen Zementwerk Michailowzement stattgefunden haben.

In Anbetracht dieser Entwicklung pendelt die kleine Linke in Russland zwischen zwei Strategien: der einer konservativen Verteidigung des (politischen) Terrains und einer weitgehend abstrakten Propaganda einerseits, und andererseits der einer Auf-

2 Siehe Carine Clément, „Eine Serie von Streiks und antigewerkschaftliche Repression in Russland“, in *Inprekorr*, Nr. 432/433, November/Dezember 2007; Maria Kurzina, „Ford-Vsevolozhsk strike continues“ (<http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1390>), „Appeal by strikers at St Petersburg Ford factory“ (article1374) sowie Carine Clément, „Strike At Ford-Vsevolozsk. A unique and exemplary struggle“ (article1376).



lösung in die sozialen Bewegungen, was die kleinen politischen Gruppen aus dem Blick geraten lässt. Die Mitglieder von Wperjod haben sich vorgenommen, diese beiden Klippen zu umschiffen, diese beiden Organisationen aufzubauen, die mit dem Klassenkampf verbunden und verflochten ist, die bei den Streiks präsent ist und sich um die Solidarität mit den Streikenden kümmert, eine Kaderorganisation im Dienste der Arbeiterbewegung, die weitgehend erst noch aufzubauen ist.

### AUFBAU DER ARBEITERBEWEGUNG

Um die Frage des Aufbaus der Arbeiterbewegung, in erster Linie der Gewerkschaften, ging es bei dem zweiten Punkt auf der Tagesordnung des Kongresses. Maria Kursina betonte in ihrer Einleitung, dass die russische Gewerkschaftsbewegung zur Zeit zwischen den kämpferischen Gewerkschaften (die sich der Sofortforderungen der abhängig Beschäftigten annehmen und sie unter Umständen mobilisieren und Streiks organisieren) und den nicht-kämpferischen Gewerkschaften (deren Führungen als Vermittler zwischen den Lohnabhängigen und den Unternehmern auftreten und die auf „Sozialpartnerschaft“ setzen) gespalten ist. Diese Trennlinie, die vor allem an der Basis der offiziellen Gewerkschaften festzustellen ist, ist wichtiger als die zwischen den alternativen Gewerkschaften, die noch wenig verankert sind, und den offiziellen Gewerkschaften, die nach wie vor vorherrschen.<sup>3</sup>

Die Mitglieder von Wperjod geben der Zusammenarbeit mit der Allrussischen Konföderation der Arbeit<sup>4</sup>, dem bedeutendsten Zusammenschluss von alternativen Gewerkschaften, den Vorrang, sie können jedoch den betrieblichen Strukturen der offiziellen

3 Vgl. den Artikel über die antikapitalistische Linke und soziale Kämpfe in Russland, den Maria Kursina zusammen mit Ilja Budraizkis verfasst hat und der in der von Boris Kagarlitzki herausgegebenen Zeitschrift *Lewaja Politika* (Linke Politik), Nr. 1/2007, veröffentlicht worden ist; auf Deutsch in *Inprekorr*, Nr. 432/433, November/Dezember 2007.

4 Wserossijskaja Konfederacija Truda – WKT, wurde im August 1995 gegründet, gibt an, sie habe 1,27 Millionen Mitglieder, gehört dem Internationalen Gewerkschaftsbund an; Website: [www.vkt.org.ru](http://www.vkt.org.ru).

### Wperjod – Vorwärts

Gewerkschaften (vielfach gibt es keine anderen) nicht den Rücken zugehren, wenn diese für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten oder sich in diese Richtung bewegen. Die Diskussion nach dem Einleitungsreferat hat gezeigt, wie unterschiedlich die Erfahrungen der anwesenden Mitglieder sind. Denn unter den Gästen waren der Streikführer von Michailowzement (WKT), RepräsentantInnen des Verbands *Saschtschita Truda* (Verteidigung der Arbeit) und der neuen Gewerkschaft im Moskauer Renault-Werk, und unter den Delegierten einige hauptamtliche GewerkschaftsorganisatorInnen sowie junge Aktivistinnen, die führend an der Solidarität mit dem großen Streik in der Ford-Fabrik beteiligt waren. Auf der anderen Seite haben andere – vor allem Studierende und junge Berufstätige – die Gewerkschaftsarbeit neu kennen gelernt.

Die Beschlüsse, dass eine Reihe von Mitgliedern von Wperjod GewerkschaftsorganisatorInnen werden sollen und dass in hoher Auflage Flugblätter, in denen erklärt wird, was eine Gewerkschaft ist und wie sie arbeiten und strukturiert sein sollte, verbreitet werden sollen, sind also teilweise ein bewusster künstlicher Akt. Eini-

ge Mitglieder, die stark von der zentralen Bedeutung der Arbeiterklasse überzeugt sind, werden zweifellos einige Zeit des Dazulernens benötigen, um ihre abstrakte Überzeugung in die Praxis umsetzen zu können. Dies ist umso mehr der Fall, als diese Aktivitäten nicht ohne staatliche Repression bleiben: Zwei Wochen nach dem Kongress musste ein junges Mitglied der sozialistischen Bewegung Wperjod aus Samara (Süd-Russland) diese Erfahrung machen. Die Polizei nahm Anton Turin in seiner Wohnung fest und brachte ihn in das Büro der Abteilung für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens (die zugleich für die Bekämpfung des „politischen Extremismus“ zuständig ist). Er wurde gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, er werde „sich während der Kampagne für die Präsidentschaftswahl nicht an extremistischen und kriminellen Aktivitäten beteiligen“. In den Augen der Staatsschutzabteilung der russischen Polizei kommt also die Verteilung von Flugblättern, in denen erklärt wird, wieso es im Interesse der LohnarbeiterInnen liegt, sich gewerkschaftlich zu organisieren, offenbar „extremistischer und krimineller Betätigung“ gleich ...



ORGANISATIONSFRAGEN

Am zweiten Tag beschäftigte der Kongress sich mit Organisationsfragen. Wie soll man sich organisieren, wo es ja auf dem Gebiet des Organisationslebens in der herrschenden politischen Kultur wenig Tradition gibt und die oft recht kleinen Gruppen sich allzu leicht in Kreise von Befreundeten verwandeln können, die kaum dazu in der Lage sind, Neue zu integrieren? Wie kann die Zeitung verbessert werden, die mit geringen materiellen Mitteln und personellen Ressourcen erstellt wird und heftig kritisiert wurde? Wie kann sichergestellt werden, dass die Webseite von Wperjod<sup>5</sup> – das „Schaufenster“ der Organisation und die wichtigste Quelle für Informationen und Analysen – nicht „zu moskowitzisch“ ist, wobei die politischen Kader ungleich verteilt sind und durchaus nicht alle Zugang zu einem Computer und zum Internet haben?

Es wurde eine lebendige, lebhafte und selbstkritische, gelegentlich auch leidenschaftliche Diskussion. Am Ende wurde die Einführung eines Beitrags, den alle Mitglieder monatlich zu zahlen haben (bislang gab es in mehreren Ortsgruppen keine regelmäßige Beitragszahlung) sowie die regelmäßige Anfertigung von Protokollen der Sitzungen der Gliederungen beschlossen; die Protokolle sollen herumgeschickt werden, um innerhalb einer Organisation, die zwar klein ist, aber über ein enorm großes geographisches Gebiet verteilt ist, eine größere politische Homogenität herzustellen. Außerdem wurden ein Exekutivausschuss und ein Rat von RegionalrepräsentantInnen gewählt.

Schließlich hat der Kongress sich noch die internationalen Beziehungen vorgenommen. Dieser Punkt wurde mit einem Bericht des Genossen Nikolai eingeleitet. Als überzeugte InternationalistInnen<sup>6</sup> waren Mitglieder von

Wperjod bei internationalen Demonstrationen (Rostock, Juni 2007) und Sozialforen (Paris, London, Athen) dabei, sie sind sich aber auch ihrer Isolation und ihrer geringen Erfahrungen bewusst. Daher sind sie auf der Suche nach internationalen Beziehungen. Zugleich sind sie misstrauisch – eine Reihe von internationalen Gruppierungen, die sich trotzistisch nennen, haben in Russland Gruppen aufzubauen versucht, indem sie Hauptamtliche hinschickten und kein Problem damit hatten, die russischen Mitglieder ihrer importierten Disziplin zu unterwerfen ... Einige Mitglieder von Wperjod waren früher in dem Komitee für eine Arbeiter-Internationale, dessen Repräsentant in Moskau, ein Brite, eine besonders dirigistische Auffassung von interner Demokratie an den Tag gelegt hat.<sup>7</sup>

Nachdem man sich mit VertreterInnen von verschiedenen internationalen Gruppierungen getroffen, auf dem vorigen Kongress mit Alain Krivine, einem der führenden LCR-Mitglieder,<sup>8</sup> diskutiert und im vergangenen Jahr an der Sitzung des Internationalen Komitees der IV. Internationale teilgenommen und verschiedene Länder besucht hatte, um Gespräche mit verschiedenen Organisationen der Vierten Internationale zu führen, hatte Wperjod zu diesem Kongress nun ein

teils erwähnt, der zuerst weit mehr Gewicht auf interne Diskussionen als auf Arbeit nach außen gelegt und dann beschlossen hat, die Organisation zu verlassen. Die OM gibt die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *Robitnitscha Solidarnist* (Arbeiter-solidarität) heraus. *Inprecor* hat einen Bericht über die Gründung der OM gebracht [*Inprecor*; Nr. 526/527, April/Mai 2007; im Internet: <http://www.inprecor.org/>; auf Deutsch: <http://www.inprekor.de/>]. (Anm. J. M.)

7 Das Komitee für eine Arbeiter-Internationale (KAI; englisch: Committee for a Workers International, CWI) ist eine internationale Gruppierung um die britische „Socialist Party“ (SP, hervorgegangen aus der Mehrheit der früheren „Militant Tendency“); zum Aufbau von Sektionen hat es Mitglieder geschickt. (Anm. J. M.) [Das KAI oder CWI ist in Deutschland durch die Sozialistische Alternative (SAV), in Österreich durch die Sozialistische Linkspartei (SLP) vertreten. Eine Liste der Mitgliedsorganisationen des KAI ist zu finden unter: <http://www.socialist-world.net/area/areas.html>.]

8 Alain Krivine war Ende November 2006 in Russland; vgl. den Bericht in *Rouge*, Nr. 2185, 15.12.2006, *Rouge* n° 2185, <http://orta.dynalias.org/archivesrouge/article-rouge?id=3238>.

nen Repräsentanten der LCR und der Internationale eingeladen. Um einen Redebeitrag gebeten hat letzterer kurz etwas zur internationalen Lage gesagt, unterstrichen, wie weit die dominierenden Organisationen der Arbeiterbewegung zerfallen sind und welcher Raum für den Aufbau von neuen antikapitalistischen Parteien entstanden ist, und die Erfahrungen und die Debatten hierüber in der IV. Internationale zusammengefasst. Er machte den Vorschlag, Wperjod solle als Organisation mit dem Status von „permanenten Beobachtern“ an den Gremien der IV. Internationale teilnehmen, und regte zugleich an, die russische Organisation solle ihre internationalen Beziehungen nicht hierauf beschränken. Nach einer lebhaften Debatte stimmte der Kongress dafür, man solle den Status von permanenten Beobachtern beantragen (78,5 % der Mandate dafür, 21,5 % dagegen).

Die russische Arbeiterbewegung, die vom Stalinismus zerschlagen worden war und dann die niederschmetternde Auswirkung der brutalen Restauration des Kapitalismus erfahren hat, beginnt sich wieder zu regen. Ihr Wiederaufbau verläuft zur Zeit hauptsächlich über die kollektiven Kämpfe der LohnarbeiterInnen und über die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. Unter den Kräften, die die Traditionen der Linken für sich in Anspruch nehmen, ist die ausgesprochen bürokratische KPRF nach wie vor mit Abstand die größte, auch wenn sie sich im Niedergang befindet. Weil es keine Alternative gibt, kann sie weiterhin junge RebellInnen anziehen. Die Entwicklung von Wperjod kann sich am Entstehen einer solchen Alternative beteiligen und damit zur Erneuerung der Linken und der Arbeiterbewegung in Russland beitragen.

Quelle: Jan Malewski, „Russie: Premiers pas d’un renouveau de la gauche anticapitaliste“. In *Inprecor*, Nr. 534/535, Januar/Februar 2008. Sofern nicht anders angegeben, stammen die Anmerkungen vom Übersetzer.

Übersetzung: Friedrich Dorn

5 <http://www.vpered.org.ru/>

6 An dem Kongress haben ein politischer Aktivist aus Kasachstan und zwei Delegierte der Marxistischen Organisation aus der Ukraine teilgenommen. In ihrer Grußansprache an den Kongress sind die Ukrainer auf die Schwierigkeiten eingegangen, die ihre im vergangenen Jahr gegründete, sehr plurale Organisation durchgemacht hat; sie haben die Abspaltung des am stärksten stalinistisch orientier-

# Die ethnische Säuberung Palästinas von 1948

**Dieser Artikel ist ein Auszug aus einem der ersten Kapitel eines neuen Buches. Er betont die systematischen Vorbereitungen, die die Grundlage legten für die Vertreibung von mehr als 750 000 Palästinensern aus dem Teil, der 1948 Israel wurde. Während hier der Kontext, die diplomatischen und politischen Entwicklungen dieser Periode nur skizziert werden, liegt hier die besondere Betonung auf dem „Dorf-Akte“-Projekt (1940 – 47), in dem systematisch Karten und Informationen über jedes arabisches Dorf sorgfältig zusammengetragen wurde. Dies geschah von weniger als einem Dutzend Männer, die von Ben Gurion angeleitet wurden. Danach wurde eine Reihe militärischer Pläne ausgearbeitet, von denen der Plan Dalet der bekannteste war und nach dem der Krieg von 1948 ausgefochten wurde. Der Artikel endet mit einem Statement des Autors: Es ist das Ziel seines Buches und die Grundlage seiner wissenschaftlichen Forschung, das Paradigma des Krieges durch das der ethnischen Säuberung zu ersetzen. Es geht ihm auch um die öffentliche Debatte über 1948.**

Ilan Pappé

An einem kalten Mittwochnachmittag, am 10. März 1948 arbeitete eine Gruppe von elf Männern, erfahrenen zionistischen Führern, mit jungen jüdischen Offizieren an den letzten Punkten eines Planes zur ethnischen Säuberung Palästinas. Noch am selben Abend gingen Militärbefehle zu den Militäreinheiten vor Ort, um die systematische Vertreibung der Palästinenser aus weiten Gebieten des Landes vorzubereiten. Die Befehle kamen mit detaillierten Beschreibungen der anzuwendenden Methoden für die zwangsweise Vertreibung des Volkes: umfassende Einschüchterung; Belagerung und Bombardierung der Dörfer und der Bevölkerungszentren; Häuser, Hab und Gut in Brand setzen; Vertreibung der Bewohner, Zerstörung der Häuser und schließlich Minen in die Ruinen legen, um die Rückkehr der Bewohner zu verhindern. Jede Einheit bekam eine eigene Liste von Dörfern oder Stadtteilen, die sie sich nach dem Gesamtplan vornehmen sollte. Der Deckname war Plan Dalet. Es war die vierte und letzte Version ungenauerer Pläne, die sich mit dem Schicksal der einheimischen Bevölkerung Palästinas befassen sollte. Die vorausgegangenen drei Pläne drückten sich noch sehr un-

klar darüber aus, was die zionistische Führung mit der Präsenz so vieler PalästinenserInnen in dem Land beabsichtigte, das die jüdische Nationalbewegung für sich selbst wünschte. Dieser vierte und letzte Entwurf drückte sehr klar und eindeutig aus: die PalästinenserInnen haben zu verschwinden.

Der Plan, der sich mit den ländlichen und städtischen Gebieten Palästinas befasste, war die unvermeidliche Folge der zionistisch ideologischen Kampagne nach einer exklusiv jüdischen Präsenz in Palästina und eine Antwort auf Entwicklungen vor Ort, die der britischen Entscheidung im Februar 1947 folgte, das Mandat über das Land abzugeben und das Problem der UN zurückzugeben. Zusammenstöße mit lokaler palästinensischer Miliz, besonders nach der UN-Teilung im November 1947, lieferte den perfekten Kontext und Vorwand, die ideologische Vision eines ethnisch gesäuberten Palästinas zu erfüllen.

Nachdem der Plan abgeschlossen war, dauerte es noch sechs Monate, um diese Mission zu erfüllen. Als sie beendet war, war mehr als die Hälfte der Bevölkerung Palästinas, mehr als 750 000 Menschen, entwurzelt, 531 Dör-

fer waren zerstört und elf städtische Bereiche von ihren Bewohnern „befreit“. Der Plan, über den am 10. März 1948 entschieden wurde und der dann systematisch in den folgenden Monaten ausgeführt wurde, ist ein klarer Fall dessen, was man heute ethnische Säuberungsoperation nennt.

## DEFINITION VON ETHNISCHER SÄUBERUNG

Ethnische Säuberung wird heute durch das Völkerrecht als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert; und die dies ausführen, sind Subjekte einer richterlichen Entscheidung: ein internationales Sondertribunal wurde in Den Haag errichtet, um die zu verfolgen, die wegen ethnischer Säuberung im früheren Jugoslawien angeklagt sind. Ein ähnlicher Gerichtshof wurde in Arusha, Tansania, errichtet, um sich mit dem Fall Ruanda zu befassen. Die Wurzeln ethnischer Säuberung sind alt und wurde sicherlich schon in biblischen Zeiten bis heute praktiziert, einschließlich auf dem Höhepunkt der Kolonialisierung und während des 2. Weltkrieges durch die Nazis und ihre Verbündeten. Aber es waren besonders die Ereignisse im früheren Jugoslawien, die veranlassten, diese Erscheinung zu definieren. Dies dient weiterhin als Prototyp der ethnischen Säuberung. So z. B. definierte das US-Außenministerium im Sonderbericht über ethnische Säuberung in Kosovo den Terminus als „die systematische und zwangsweise Entfernung von Mitgliedern einer ethnischen Gruppe aus ihren Gemeinden, um die ethnische Zusammensetzung einer bestimmten Region zu verändern. Der Bericht dokumentiert zahlreiche Fälle, einschließlich der Entvölkerung innerhalb von 24 Stunden in der westlichen Kosovar-Stadt Pec im Frühling 1999, was nur dadurch erreicht werden kann, dass dies im voraus genau geplant worden war und eine systematische Exekution folgte. Ein im August

1992 für das Komitee für ausländische Beziehungen des US-Senats vorbereiteter Kongress-Bericht beschrieb den Prozess des Bevölkerungstransfers: er zielte dahin, die nicht-serbische Bevölkerung aus großen Gebieten von Bosnien-Herzegowina zu entfernen“. Sie bemerkt, dass die Kampagne ihr Ziel im Wesentlichen erreicht hat: eine exklusiv serbisch bewohnte Region – erreicht durch die zwangsweise Vertreibung der muslimischen Bevölkerung, die die überwältigende Mehrheit dort war. Nach diesem Bericht sind die beiden Hauptelemente der ethnischen Säuberung „1. die willkürliche Anwendung von Artilleriebeschuss und das Schießen durch Scharfschützen auf die zivile Bevölkerung in den großen Städten“ und „2. die zwangsweise Entfernung der zivilen Bevölkerung, verbunden mit der systematischen Zerstörung der Häuser, das Plündern des privaten Eigentums, Zusammenschlagen, selektives und willkürliches Töten und Massaker.“ Ähnliche Beschreibungen werden in dem UNHCR-Bericht von 1993 gefunden, der nach der UN-Sicherheitsratsresolution vom April 1993 zusammengestellt wurde, die die Verurteilung aller Verletzungen des Völkerrechts bestätigte, insbesondere die Praxis der „ethnischen Säuberung“. Indem er den Wunsch eines Staates zeigt, eine einzig ethnische Herrschaft über ein gemischtes Gebiet auszuüben, die zu Akten von Vertreibung und Gewalt führen, beschreibt der Bericht den sich entwickelnden Prozess der ethnischen Säuberung, wo Männer von den Frauen getrennt und dann verhaftet werden, wo Widerstand zu Massakern führt und Dörfer in die Luft gesprengt und die verbleibenden Häuser danach mit einer anderen ethnischen Gruppe neu bevölkert werden.

Zusätzlich zu den US und der UN haben auch Akademiker das frühere Jugoslawien als Ausgangspunkt für ihre Studien über dieses Phänomen genommen. Drazen Petrovic hat eines der umfassendsten Studien über ethnische Säuberung veröffentlicht, die er folgendermaßen beschreibt: eine klar definierte Politik einer besonderen Personengruppe, die systematisch eine andere Gruppe aus einem bestimmten Gebiet auf Grund der religiösen, ethnischen oder nationalen Herkunft vernichten will. Solch ei-

ne Politik ist mit Gewalt und militärischen Operationen verbunden. Petrovic verbindet ethnische Säuberung mit Nationalismus, mit der Schaffung neuer Nationalstaaten und nationalem Kampf. Er stellt auch die enge Verbindung zwischen Politikern und der Armee bei der Durchführung des Verbrechens dar: die politische Führung gibt den Auftrag zur Ausführung der ethnischen Säuberung an das Militär weiter und obgleich sie es nicht mit systematischen Plänen ausrüstet oder explizite Instruktionen liefert, besteht kein Zweifel am gemeinsamen Ziel.

Diese Beschreibungen spiegeln fast genau das wieder, was in Palästina 1948 geschehen ist. Der Plan Dalet stellt einen wirklichen „Spielplan“ für die Methoden der ethnischen Säuberung dar, wie sie in den verschiedenen Berichten über Jugoslawien beschrieben wurden und den Hintergrund für die Massaker bilden, die die Vertreibungen begleiteten. Tatsächlich scheint es mir, als ob wir nie von den Ereignissen im früheren Jugoslawien der 1990er Jahre gehört hätten. Wir waren uns nur des Falles Palästina bewusst. Man sollte mir vergeben, wenn mir der Gedanke kommt, dass die Nakba die Eingebung der obigen Beschreibung und Definitionen fast bis ins letzte Detail war.

Doch wenn man auf Israels Entzweigungen der Palästinenser von 1948 kommt, gibt es eine tiefe Kluft zwischen der Realität und der Darstellung. Es ist sehr verwirrend und schwierig zu verstehen, wie Ereignisse aus unserer Zeit und von vielen ausländischen Reportern und UN-Beobachtern als Zeugen miterlebt, so systematisch geleugnet und nicht als historische Tatsache anerkannt werden können, geschweige denn als Verbrechen anerkannt werden, mit denen man sich politisch und moralisch auseinandersetzen sollte. Nichtsdestoweniger ist die ethnische Säuberung von 1948 zweifellos das prägendste Ereignis Palästinas in der modernen Geschichte gewesen, das fast völlig aus dem globalen Gedächtnis verschwunden und aus dem Weltbewusstsein gelöscht wurde.

## DIE VORBEREITUNG

Selbst wenn bis zu einem gewissen Grad die israelische Verantwortung

für das Verschwinden der Hälfte der arabischen Bevölkerung anerkannt wird (die offizielle Regierungsversion weist weiterhin jede Verantwortung zurück und besteht darauf, dass die lokale Bevölkerung freiwillig das Land verlassen hat) ist die Standarderklärung für ihre Flucht, dass sie eine unglückliche, aber unvermeidliche Nebenfolge des Krieges war. Aber was in Palästina geschah, war unter keinen Umständen eine unbeabsichtigte Folge, ein zufälliges Geschehen oder gar ein „Wunder“, wie es Israels erster Präsident Chaim Weizmann später behauptete. Es war die Folge einer langen und peinlich genauen Planung.

Das Potential für eine zukünftige jüdische Übernahme des Landes und die Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung ist in den Schriften der Gründungsväter des Zionismus von Anfang an gegenwärtig gewesen – wie Wissenschaftler später entdeckten. Es war aber erst in den späten 30ern – 20 Jahre nach der Balfour-Erklärung von 1917 durch die britische Regierung (ein Versprechen, Palästina in eine nationale Heimstätte für die Juden zu verwandeln – ein Pfand, das in Großbritanniens Mandat über Palästina 1923 mit eingeschlossen wurde.), dass die zionistischen Führer damit begannen, ihre abstrakte Vision einer jüdischen Exklusivität in konkretere Pläne zu übersetzen. Neue Möglichkeiten wurden 1937 erschlossen, als die britisch-königliche Peel-Kommission, die Teilung des Landes in zwei Staaten empfahl. Obwohl das für den jüdischen Staat bestimmte Gebiet zu klein für die zionistischen Ambitionen ausfiel, antwortete die Führung positiv, da ihr die Bedeutung einer offiziellen Anerkennung des Prinzips eines jüdischen Staates wenigstens in einem Teil Palästinas bewusst war. Einige Jahre später – 1942 – wurde eine maximalistische Strategie übernommen, als der zionistische Führer David Ben Gurion bei einem Treffen im Biltmore-Hotel in New York Forderungen nach einem jüdischen Reich im ganzen Mandatsgebiet Palästinas auf den Tisch legte. So änderte sich der von der zion. Bewegung begehrliche geographische Raum je nach Umständen und Möglichkeiten, aber das Hauptziel blieb dasselbe: in Palästina einen rein jüdischen Staat zu schaffen, eine sichere Zufluchtstätte

für Juden und als Wiege für einen neuen jüdischen Nationalismus. Und dieser Staat sollte nicht nur in seiner soziopolitischen Struktur, sondern auch in seiner ethnischen Zusammensetzung ausschließlich jüdisch sein.

Dass den Spitzenführern die Auswirkungen der Exklusivität vollkommen bewusst war, wurde bei ihren internen Debatten, aus ihren Tagebüchern und aus ihrer privaten Korrespondenz deutlich. Ben Gurion schrieb 1937 z.B. in einem Brief an seinen Sohn: „Die Araber werden gehen müssen, aber man benötigt einen passenden Moment, wie z.B. einen Krieg, um dies geschehen zu lassen. Ben Gurion hatte – nicht wie die meisten seiner Kollegen in der zionistischen Führung, die im Stillen hofften, dass sie durch den Kauf von Land hier und ein paar Häuser dort, ihr Ziel vor Ort erreichen zu können – längst begriffen, dass dies nicht genug sein wird. Er erkannte früh, dass der jüdische Staat nur mit Gewalt gewonnen werden konnte, dass es aber notwendig war, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, bis der geeignete Moment gekommen war, um sich mit der demographischen Realität vor Ort zu befassen, mit der Präsenz der nicht-jüdischen einheimischen Mehrheit.

Die zionistische, von Ben Gurion angeführte Bewegung, verschwendete keine Zeit, um sich für die Möglichkeit vorzubereiten, das Land mit Gewalt zu nehmen, wenn es auf diplomatischem Wege nicht möglich ist. Diese Vorbereitungen schlossen den Aufbau einer effizienten militärischen Organisation ein und die Suche nach größeren finanziellen Ressourcen (wofür sie die jüdische Diaspora erschlossen). Auf verschiedene Weise war auch die Schaffung eines embryonalen diplomatischen Corps ein integraler Teil derselben allgemeinen Vorbereitungen, die dahin zielten, mit Gewalt einen Staat in Palästina zu schaffen.

Die hauptsächlich paramilitärische Organisation der jüdischen Gemeinschaft in Palästina war 1920 aufgebaut worden, vor allem um jüdische Siedlungen zu verteidigen, die zwischen palästinensischen Dörfern aufgebaut worden waren. Sympathisierende britische Offiziere jedoch halfen mit, sie in eine richtige Armee zu verwandeln, die schließlich in der Lage war, die Pläne des zionistischen Militärs, die



Israelischer Kontrollpunkt

Übernahme Palästinas und die ethnische Säuberung der einheimischen Bevölkerung zu erfüllen. Es war vor allem ein Offizier Orde Wingate, der für diese Veränderung verantwortlich war. Er war es, der den zionistischen Führern voll bewusst machte, dass die Idee eines jüdischen Staates mit Militarismus und einer Armee eng verbunden sein muss, nicht nur um die wachsende Zahl von jüdischen Siedlungen innerhalb Palästinas zu schützen, sondern auch – was auch noch entscheidender war – weil Akte bewaffneter Angriffe eine wirksame Abschreckung gegen möglichen Widerstand der lokalen Palästinenser war. 1936 mit Palästina beauftragt, gelang es Wingate, auch während des arabischen Auf-

standes (1936–39) Haganah-Truppen den britischen Truppen anzugliedern. Auf diese Weise praktizierten sie Angriffstaktiken, die er ihnen in ländlichen Gebieten beigebracht hatte, und lernten auch auf wirksamere Weise, wie „Strafmaßnahmen“ gegenüber einem arabischen Dorf aussehen sollten. Die Haganah machte auch während des 2. Weltkrieges wertvolle militärische Erfahrungen, nachdem eine Reihe seiner Mitglieder als Freiwillige in der britischen Armee dienten. Die anderen, die in Palästina blieben, setzten ihre Arbeit als Kontrolleure und Infiltranten in den etwa 1200 palästinensischen Dörfern fort, die seit Jahrhunderten dort bestanden.



Jüdische Siedler (1949 in Haifa)

## DIE DORF-AKTEN

Beim Angreifen arabischer Dörfer und um Strafmaßnahmen auszuführen, sammelten die Zionisten Erfahrungen. Aber das war nicht genug. Es wurde systematische Planung gefordert. 1940 machte ein bebrillter Historiker der Hebräischen Universität mit Namen Ben-Zion Luria, damals in der Bildungsabteilung der jüdischen Agentur beschäftigt, einen bedeutenden Vorschlag. Er wies darauf hin, wie nützlich es sein würde, ein detailliertes Verzeichnis aller arabischen Dörfer zu haben und schlug vor, dass der Jüdische Nationalfund (JNF) solch eine Untersuchung durchführen solle. „Dies würde sehr der Erlösung des Landes helfen,“ schrieb er an den JNF. Er hätte sich an keine bessere Adresse wenden können. Auf diese Weise wurde der JNF in die vorgesehene ethnische Säuberung mit eingebunden und erzeugte so einen zusätzlichen Antrieb für den folgenden Vertreibungsplan.

1901 beim 5. Zionistischen Kongress gegründet, wurde der JNF zum wichtigsten Handlanger für die Kolonisierung Palästinas. Mit Hilfe dieser Agentur pflegte die zionistische Bewegung palästinensisches Land zu kaufen, auf dem sie dann jüdische Immigranten ansiedelte. Sie wurde zur Speerspitze der Zionisierung Palästinas während der Mandatsjahre. Von Anfang an war sie dafür bestimmt, der „Wächter“ des Landes zu Gunsten

des jüdischen Volkes zu werden, des Landes, das die Zionisten in Palästina beanspruchten. Der JNF behielt auch nach der Staatsgründung seine wichtige Rolle und erhielt im Laufe der Zeit noch zusätzliche Aufträge zu dieser seiner ursprünglichen Aufgabe.

Trotz seiner größten Bemühungen hat der JNF beim Landerwerb seine Ziele nicht erreicht. Die finanziellen Mittel waren begrenzt, der palästinensische Widerstand wurde stärker und die britische Politik schränkte ein. Das Ergebnis war, dass am Ende des Mandates 1948 die zionistische Bewegung nicht mehr als 5,8 % des palästinensischen Landes hatte kaufen können. Deshalb wurde Yussef Weitz, der Chef der JNF-Siedlungsabteilung und Urtyp der zionistischen Siedler schwärmerisch, als er von Lurias Dorfakten hörte. Er schlug gleich vor, dies zu einem „Nationalprojekt“ zu machen.

Alle, die sich damit befassten, wurden leidenschaftliche Unterstützer dieses Gedankens. Yitzhak Ben-Zwi, einem Historiker und prominenten Mitglied der zionistischen Führung (Er wurde später Israels 2. Präsident) schrieb an Moshe Sharett, dem Chef der politischen Abteilung der jüdischen Agentur (und später Israels Ministerpräsident), dass außer den topographischen Berichten über die Dörfer, das Projekt auch die hebräischen Ursprünge jedes Dorfes einschließen sollte. Außerdem war es für die Haganah wichtig, welches der Dörfer verhältnismäßig neu war, da

einige erst während der ägyptischen Besatzung Palästinas nach 1830 gebaut wurden.

Aber die größten Anstrengungen wurden beim kartographischen Aufzeichnen der Dörfer gemacht. Und zu diesem Zweck wurde ein Topographiker der Hebräischen Universität, der mit der Mandatsregierung arbeitete für das Unternehmen eingestellt. Er schlug vor, Luftaufnahmen von den Dörfern zu machen und zeigte Ben Gurion zwei solcher Karten der Dörfer von Sindyana und Sabarin. (Diese Karten – heute im israelischen Staatsarchiv – sind das einzige, was von diesen Dörfern nach 1948 übrig geblieben ist.) Die besten Berufsfotographen des Landes wurden dazu eingeladen, sich an dieser Initiative zu beteiligen. Yitzhak Shefer aus Tel Aviv und Margot Sadeh (Frau von Yitzhak Sadeh, dem Chef der Palmach (Kommandoeinheit der Haganah) wurden auch dafür eingestellt. Das Photolabor operierte in Margots Haus mit einer Bewässerungskompanie als Deckfirma. Das Labor musste vor den britischen Behörden versteckt werden, die es sonst als illegalen Geheimdienst – gegen sie gerichtet – betrachtet hätten. Auch wenn den Briten das Projekt bekannt war, gelang es ihnen nie, das versteckte Labor ausfindig zu machen. 1947 wurde die ganze kartographische Abteilung in das Hauptquartier der Haganah nach Tel Aviv verlegt.

Das Endergebnis der kombinierten topographischen und orientalistischen Bemühungen war eine große Akte detaillierter Dokumente, die nach und nach von jedem palästinensischen Dorf zusammen gestellt wurde. In den späten 40ern war das Archiv fast vollkommen fertig. Genaue Details wurden über die Topographie jedes Dorfes gemacht: Zugangsstraßen, Qualität des Landes, Quellen, Haupteinnahmequellen, seine gesellschaftliche Zusammensetzung, Religionszugehörigkeit, Name des Bürgermeisters, seine Beziehungen zu andern Dörfern, das Alter der Männer (zwischen 16 und 50) und vieles mehr. Eine besondere Spalte war der „Feindseligkeit“ (gegenüber dem zionistischen Projekt) gewidmet und wie weit es an der arabischen Revolte von 1936–39 teilge-

*Fortsetzung Seite 31*

## Die Tet-Offensive: entscheidende Schlacht des Vietnamkriegs

Phil Hearse

Die Tet-Offensive vom Januar/Februar 1968 besiegelte die Niederlage der USA im Vietnamkrieg. Paradoxerweise erreichten die aufständischen Armeen – die nordvietnamesische Volksarmee und die Nationale Befreiungsfront (FNL) – nur wenig von ihren militärischen und politischen Zielen und erlitten starke Verluste. Aber das dramatische Ausmaß der Offensive und die auf den Fernsehschirmen der ganzen Welt zu sehenden Bilder städtischer Kämpfe überzeugten die internationale und US-amerikanische öffentliche Meinung, dass der Krieg von den USA nicht zu gewinnen war. Sie erschütterte die großspurige Haltung und den zur Schau getragenen Optimismus der US-Regierung und ihrer militärischen Befehlshaber im Feld. In den fünf Monaten nach Beginn der Offensive wurde der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte, General William C. Westmoreland, abgesetzt, die Bombardierung Nordvietnams wurde eingestellt und US-Präsident Lyndon B. Johnson verzichtete auf die Kandidatur für eine zweite Amtszeit.

### VOR DER OFFENSIVE: 1965–1968

Die Entscheidung, dass die USA sich in Vietnam engagieren und einen kommunistischen Sieg nicht zulassen würden, wurde nicht von Johnson getroffen, sondern

bereits 1962 von John F. Kennedy. Durch Ereignisse wie die Entwicklung der kubanischen Revolution, die Entstehung eines linken Nationalismus im Kongo und anderswo sowie eine Reihe von Guerillakämpfen in den portugiesischen Kolonien<sup>1</sup> fingen die Führungskräfte der Politik und der Geheimdienste der USA an, sich zu sorgen, dass „Moskau“, „Peking“ oder „die Kommunisten“ generell dabei wären, eine Strategie des bewaffneten nationalen Befreiungskampfs in der Dritten Welt zu entwickeln.

Die Hauptgefahr der „kommunistischen Aggression“ verwandelte sich von der vollständig mythischen Aussicht einer sowjetischen Invasion Westeuropas in die sehr reale Gefahr von Guerillaaufständen in Asien, Afrika und Lateinamerika. In der Rede zu seiner Amtseinführung sagte Kennedy, die USA würden „jeden Preis zahlen, jede Last tragen, sich jeder Härte stellen, jeden Freund unterstützen, jedem Feind die Stirn bieten, um das Überleben und den Erfolg der Freiheit zu sichern“. Was dies bedeutete und von wem genau verlangt würde, „jeden Preis zu zahlen“, wurde in Vietnam sehr deutlich.

1965 befand sich eine halbe Million amerikanischer

<sup>1</sup> Besonders die von dem radikalen Nationalisten Amílcar Cabral auf den Kapverdischen Inseln geführte Bewegung.

Soldaten in Vietnam. Erst als die US-Streitkräfte diese Stärke erreicht hatten, wurden Einheiten der Volksarmee in Südvietnam entdeckt; bis dahin wurden militärische Aktionen hauptsächlich von der Teilzeit-Guerilla der FNL durchgeführt.

Die amerikanische Strategie drehte sich um zwei Taktiken:

- 1) Der Versuch, die nordvietnamesische Hilfe für die FNL durch die Zerstörung der Infrastruktur Nordvietnams mittels Bombardements aus der Luft (Operation „Rollender Donner“) zu bestrafen.
- 2) Die Operation „Aufspüren und Zerstören“ auf dem Lande bestrafte durch die Zerstörung Hunderte Dörfer die vietnamesischen Bauern für ihre der FNL gewährte Unterstützung und versuchte, die FNL und die Volksarmee in eine offene Feldschlacht zu zwingen. Das entscheidende Ziel bestand darin, dem Feind in einem Zermürbungskrieg ein Maximum an Verlusten beizubringen.

Die Operation „Rollender Donner“ erreichte mit drei Jahren permanenten Bombardements ihr Ziel der Zerstörung des größten Teils der Infrastruktur Nordvietnams. Als Johnson die Bombardierung des Nordens aussetzte, hatten die US-Strategen Schwierigkeiten, noch intakte Ziele

für ihre Bombardements zu finden. „Rollender Donner“ traf auf eine der wirksamsten Luftabwehrbemühungen der Geschichte. Über 1200 US-Flugzeuge wurden abgeschossen, darunter Dutzende der gewaltigen B52-Bomber und Hunderte von Kampfflugzeugen. Etwa tausend Besatzungsmitglieder wurden getötet, Hunderte gelangten in Kriegsgefangenschaft. Es scheint wahrscheinlich, dass in der Frühphase China einige Luftabwehrgeräte geliefert hat, aber die entscheidenden Boden-Luft-Raketen wurden von der Sowjetunion beschafft. Einige US-Flugzeuge wurden im Nahkampf von MiGs der nordvietnamesischen Luftwaffe abgeschossen, aber die Anschuldigung, dass einige dieser Flugzeuge von sowjetischen Piloten geflogen wurden, ist nicht bewiesen.

Trotz des Erfolgs im Luftabwehrkampf – der außerordentlich war im Vergleich mit den beiden Kriegen gegen den Irak<sup>2</sup> – konnten die Bombardements aufgrund ihres Ausmaßes nicht gestoppt werden. Zehntausende nordvietnamesische Zivilpersonen starben. Michael Maclear, ein kanadischer Journalist, der Nordvietnam während der Operation „Rollender Donner“ besucht hatte, schätzt die Anzahl

<sup>2</sup> Etwa 150 Flugzeuge der Alliierten wurden im Krieg 1991 von den Irakern abgeschossen; im Krieg 2003 war es nur eine Handvoll.

der zivilen Toten auf 180.000. Maclear berichtet: „Die Reise zeigte, dass fünf Städte dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Es waren die Städte Phu Ly, Ninh Binh, Thanh Hoa, Vinh und Ha Tinh, jede von ihnen vormals mit einer Bevölkerung zwischen 10.000 und 30.000. Die drittgrößte Stadt des Nordens, Nam Dinh – mit einer Bevölkerung von 90.000 –, war weitgehend zerstört, aber zumindest noch erkennbar. Weitere 18 zerstörte Zentren wurden als Städte klassifiziert.“<sup>3</sup> Doch dies konnte die Lieferung von Soldaten und Material nach Süden – über den Ho-Chi-Minh-Pfad durch Kambodscha – nicht verhindern oder auch nur ernstlich unterbrechen.

Die Zermürbungsstrategie der USA im Süden zerschlug die soziale Struktur auf dem Lande und tötete dort bis zu einer Million Menschen<sup>4</sup> – zumeist Zivilpersonen. Während er den Aufstand nicht unterdrückte, so machte der Krieg gegen die Bauernschaft ihn viel schwieriger. Mit ihren erbarmungslosen und systematischen Massakern an Dorfbewohnern übertrafen die USA noch die koloniale Grausamkeit der Briten in Malaya und der Franzosen in Algerien. Nach dem malaisischen Modell wurden zahlreiche Dorfbewohner in „strategische Dörfer“ zusammengetrieben. Aber nachdem diese Strategie gescheitert war, flüchteten Hunderttausende vor den Bomben in die relative Sicherheit der größeren Städte, die durch die Flüchtlinge aufgebläht wurden.<sup>5</sup>

Von 1965 bis 1967 wurden von US-Soldaten Dutzende Schlachten gegen die FNL und die Volksarmee geschlagen. Trotz der eskalieren-

den Behauptungen militärischen Erfolgs im täglichen Verlustbericht konnten die US-Militärs den Vietnamesen keine vernichtenden Niederlagen beibringen. In diesem Zeitraum wuchs die Antikriegsbewegung weltweit – und auf entscheidende Weise in den USA –, als die Nachrichten von der Grausamkeit des Krieges durchsickerten und die Todesrate unter den US-Soldaten wuchs.

## DIE ANTWORT DER VIETNAMEISCHEN KOMMUNISTISCHEN FÜHRUNG

Es steht jetzt fest, dass 1967 innerhalb der vietnamesischen KP eine Debatte darüber ausbrach, wie dieser Pattsituation zu begegnen sei, in der die massive Anwendung von schwerer Artillerie und Luftbombardements, in Verbindung mit – infolge des Transports durch Helikopter – hochgradig mobilen Truppen, das Land entvölkerte und Siege der Aufständischen erschwerte.

Einige Autoren haben versucht, speziellen Führern der KP bestimmte Positionen zuzuordnen, indem sie behaupteten, dass Le Duan die „Militanten“ anführte, die sich schließlich zugunsten eines allgemeinen Aufstands gegen diejenigen durchsetzten, die einen „langdauernden Volkskrieg“ (einen ausgedehnten Guerillakrieg) plus Verhandlungen wollten oder alternativ eine konventionelle Kriegführung plus Verhandlungen. Wie auch immer die genauen Positionen aussahen, die verschiedene KP-Führer einnahmen, so ist eine solche Debatte völlig normal und weist tatsächlich enge Parallelen mit den Debatten auf, die innerhalb der sandinistischen Führung vor 1979 und in der Führung der FMLN während des salvadorianischen Aufstands stattfanden.

Mitte 1967 hatte die Parteiführung die Linie „Allgemeine Offensive, allgemei-

ner Aufstand“ angenommen. Dazu sollten landesweite Angriffe auf das US-Militär gehören, aber auch eine Invasion der Städte mit der Perspektive, einen städtischen Aufstand gegen die Amerikaner und ihre südvietnamesischen Verbündeten auszulösen. Gabriel Kolko schreibt in seinem Buch *Vietnam. Anatomy of War*, dass Führer gegen nichtkommunistische vietnamesische Exilanten angestrebt wurden. Es ging dabei um die Möglichkeit, eine Provisorische Regierung mit der FNL zu bilden, falls die Offensive einen größeren Erfolg haben sollte (wobei wahrscheinlich die Eroberung von mindestens einer Provinzhauptstadt gehören sollte).

Gabriel Kolko meint, die Tet-Offensive sei nicht mit der Perspektive der Gewissheit eines allgemeinen Aufstands lanciert worden, sondern nur mit der Möglichkeit eines solchen Aufstands. Laut Kolko hoffte die KP-Führung vielmehr auf einen Aufstand, aber war in jedem Fall der Meinung, dass die Offensive den Amerikanern und der südvietnamesischen Armee einen entscheidenden militärischen Schlag versetzen würde, von dem sie sich nicht mehr vollständig erholen würden.<sup>6</sup>

## EIN STURM ZIEHT AUF

Von September 1967 an begann die Einweisung der Kommandeure der FNL und der Volksarmee in die kommende Offensive. Artikel in der vietnamesischen Presse analysierten den Stand des Krieges und die militärischen Perspektiven. Nach Ansicht von Beobachtern verriet diese Artikel, sorgfältig gelesen, die Möglichkeit einer Generaloffensive. Man begann nun gewaltige Mengen von Material nach Süden zu schaffen, und neue Einheiten

6 Kolkos Quellen für diese Behauptungen sind Schriften von KP-Führern nach dem Ereignis, die einige Rationalisierungen im Nachhinein enthalten könnten.

der Volksarmee begaben sich auf den Ho-Chi-Minh-Pfad. Der US-Geheimdienst deckte auf, u.a. durch im Kampf eroberte Dokumente, dass eine größere Offensive geplant war, aber das US-Militär war sich nicht im Klaren über Ausmaß und Zeitpunkt. Niemand glaubte, dass die Offensive, wenn es denn eine geben sollte, das Ausmaß haben würde, das sie schließlich wirklich hatte.

Vo Nguyen Giap, der Kommandeur der Volksarmee und Sieger von Dien Bien Phu<sup>7</sup>, plante eine Reihe von Angriffen im Oktober und November 1967, um die amerikanischen und südvietnamesischen Truppen von den Städten wegzutreiben. Gleichzeitig belagerte die Volksarmee die US-Basis in Khe Sanh, die bis April 1968 eingeschlossen blieb, was zum Tod Hundert US-Soldaten führte. Die US-Strategen fragten sich, ob diese Schlachten die Offensive waren; sie waren es nicht, und als die wirkliche Offensive kam, war dies ein totaler Schock.

Der Angriff begann am 30. Januar, als sechs Provinzhauptstädte und zahlreiche US-Basen angegriffen wurden. Aufgrund der Verwendung unterschiedlicher Kalender durch verschiedene Bataillone der Volksarmee und der FNL scheint die erste Welle ein gewaltiger Fehler gewesen zu sein. In der folgenden Nacht, am 31. Januar, wurde der wirkliche Schlag geführt, als Hunderte Ziele in ganz Südvietnam angegriffen wurden. FNL-Kämpfer griffen Schlüsselstellungen in Saigon an und drangen in die US-Botschaft ein. Die amerikanische Militärpolizei brauchte sechs Stunden, um die Kontrolle über dieses Symbol der Macht der USA in diesem Land wiederzuerlangen. Das Ereignis war eine weltweite Sensation.

7 Die entscheidende Schlacht, die 1954 endgültig die Franzosen aus Vietnam vertrieb.

3 M. Maclear, *Vietnam. The Ten Thousand Day War*, London 1981, S. 334.

4 Siehe Gabriel Kolko, *Vietnam. Anatomy of War*, S. 200.

5 Die Stadtbevölkerung wuchs von 21 Prozent 1960 auf 43 Prozent 1972.



Die meisten Angriffe wurden jedoch zurückgeschlagen, bisweilen mit heftigen Verlusten für die FNL und die Volksarmee. Doch in Cholon, dem chinesischen Viertel von Saigon, konnten die Kämpfer der FNL nicht vertrieben werden. Diese Schlacht wurde im Fernsehen übertragen und hatte eine weltweite Resonanz. Die FNL konnte erst nach einem massiven Bombardement aus der Luft, bei dem Hunderte Zivilpersonen starben, vertrieben werden.

Die Volksarmee hielt die nördliche Provinzhauptstadt Hue 26 Tage lang. Die Schlacht provozierte einen US-Kommandanten zu dem auf spektakuläre Weise ungeschickten Kommentar: „Wir mussten die Stadt zerstören, um sie zu retten.“ Tatsächlich geschah dies mit einem gewaltigen Verlust an zivilen Menschenleben. Nachdem die Stadt von US-Truppen wieder eingenommen worden war, behaupteten die Amerikaner, man habe Massengräber gefunden mit den Überresten von Hunderten von Zivilisten, die von der Volksarmee exekutiert worden seien. Spätere Untersuchungen enthüllten, dass nach der Wiedereroberung der Stadt süd-vietnamesische „Rachekommandos“ alle exekutiert hatten, die im Verdacht der Kollaboration mit der Volksarmee standen.

Die Angriffe am Tag des Tet-Festes waren spektakulär, aber sie führten nicht zu einem Volksaufstand. Warum? Die Zivilisten, die wegen der US-Bombardements in die Städte strömten, befanden sich im Allgemeinen nicht in Reichweite der FNL-Propaganda und -Agitation. Jedenfalls ist es unglaublich schwer für eine städtische Bevölkerung, sich gegen einen schwer bewaffneten und brutalen Feind zu „erheben“, wenn sie vorher über keine Organisation verfügt, keine Waffen hat und keine Möglichkeit, sich physisch zu verteidigen, beson-



Saigon während der Tet-Offensive

ders wenn es kein Anzeichen gibt, dass die Aufständischen einen entscheidenden Sieg erringen. Das ist auch die Lehre aus dem Versuch eines allgemeinen Aufstands, den die FMLN 1979 in El Salvador unternommen hatte; die Aufständischen verfügten nicht über die Mittel, um die Zivilbevölkerung zu verteidigen, die sie aufgefordert hatten, sich zu erheben.

In allgemeinerer Hinsicht zeigte die Offensive die Schwierigkeit, gewaltige Armeen zu besiegen, die sehr mobil sind<sup>8</sup> und in frontaler Feldschlacht über die überlegenen Waffen verfügen. Die süd-vietnamesischen und US-Truppen vernichtend zu schlagen war ein zu großes Ziel für einen einzigen Schlag. In jedem Fall zeigt die Geschichte des Guerillakriegs für nationale Befreiung von Algerien bis Mosambik, dass die Kolonialmächte durch einen lan-

gen und schwierigen Guerillakampf (darunter ein wesentliches städtisches Element in Algerien) vertrieben wurden; sie wurden zermürbt, demoralisiert, schließlich politisch besiegt.

## POLITISCHE ACHSEN DES AUFSTANDS

Die politischen Ziele des Aufstands wurden deutlich von Radio Hanoi, Dai Gai Phong (Befreiungsradio) und zahlreichen Aufrufen ausgegeben, die als Flugblätter an die Bevölkerung gelangten. Diese verkündeten die Bildung einer „Allianz der nationalen Kräfte für Demokratie und Frieden“ (AFNDP) und legten die Betonung auf die nationalen und demokratischen Aufgaben der Revolution. Sie verkündeten auch die Bildung zahlreicher Einheitsfrontkomitees und appellierten besonders an Personen mit beruflicher Qualifikation, religiöse Gruppen, junge Menschen und andere, sich dem

Aufstand anzuschließen. Eine besondere Betonung wurde auf Aufrufe gelegt, die die einfachen Soldaten der süd-vietnamesischen Armee zur Desertion aufforderten. Entscheidend war auch die Bekanntgabe der Aufstandskomitees, faktisch der FNL, den militärischen Kampf zu leiten.

Am 31. Januar zitierte Radio Hanoi das Saigoner Aufstandskomitee: „Das Aufstandskomitee ruft die gesamte Bevölkerung und die revolutionären Kräfte in Saigon auf, sich entschlossen zu erheben, den Feind ständig anzugreifen und den vollständigen Sieg zu erringen. Das Aufstandskomitee ruft alle Landsleute in den Gebieten, die sich noch unter der vorübergehenden Kontrolle der Thieu-Ky-Loan-Clique befinden, auf, sich entschieden dem Terrorismus zu widersetzen, den revolutionären Kräften zu helfen, die ehrlosen und grausamen Lakaiken zur Strecke zu bringen,

<sup>8</sup> In Vietnam fand der erste „Helikopterkrieg“ statt.

patriotische Kräfte und patriotisch-neutralistische Kräfte zu bilden und dazu beizutragen, unsere geliebte Stadt zu befreien. Das Aufstandskomitee ruft auch die Marinonettentruppen der allgemeinen Reservestreitkräfte, die Polizeikräfte und die Artilleriestreitkräfte auf, nicht nutzlos für die das Land verkauende und blutrünstige Thieu-Ky-Loan-Clique zu sterben, sondern auf sie zu feuern und sich rasch den revolutionären Reihen anzuschließen und so für das Vaterland große Taten zu vollbringen.“

In Hue wie an vielen anderen Orten richtete die AFNDP einen speziellen Aufruf an die Bevölkerung, sich zu erheben: „Die AFNDP ruft dringend alle Gruppen und Kräfte der patriotischen Bevölkerung, Jugend, Frauen, Schüler und Studenten in Hue auf, sich zu erheben und einen bewaffneten Aufstand zu führen, die verräterische Thieu-Ky-Clique zu stürzen, die Amerikaner zu zwingen, sich aus dem Süden zurückzuziehen, die Verwaltung dem Volk zurückzugeben und Frieden und Unabhängigkeit für das Land zu erringen. Das Vaterland und die Nation ruft alle Menschen in Hue auf, sich wie ein Mann zu erheben.“

Zahllose ähnliche Rundfunkbotschaften und Flugblätter wurden vom US-Geheimdienst überprüft. Sie enthielten zumindest die öffentlichen Ziele der Offensive – eine breite Front aller Kräfte zu schaffen, die gegen das südvietnamesische Regime und die amerikanische Besatzung waren, die südvietnamesische Regierung zu stürzen, wesentliche Teile der südvietnamesischen Armee zu gewinnen, Massenorganisationen in jedem wichtigen gesellschaftlichen Bereich zu bilden und diese in einer provisorischen Regierung zu vereinen, die mit der FNL über Frieden und nationale Wiedervereinigung verhandeln würde. Die Heftigkeit der Antwort der USA

und ihre Bereitschaft, gewaltige zivile Verluste zu verursachen, um die FNL und die Volksarmee aus den Städten zu vertreiben, machte es unmöglich, diese Ziele zu erreichen.

## DEN „VERLIERERN“ DIE SIEGESBEUTE

Antikommunistische Kommentatoren waren schnell dabei, die Tet-Offensive als gewaltige Niederlage der Kommunisten zu bezeichnen. Walter Schwartz erhielt zwei Seiten im Londoner *Guardian*, um zu beweisen, dass die militärischen Verluste der Aufständischen so gewaltig waren, dass sie den Krieg verloren hatten. Aber nach der Tet-Offensive litten die Proklamationen amerikanischer Kommandeure an dem, was zu der Zeit als „Glaubwürdigkeitslücke“ bekannt wurde. General Westmoreland hatte die Weltpresse regelmäßig über die größeren Niederlagen von FNL und Volksarmee instruiert; solche optimistischen Berichte schlossen die Möglichkeit derartiger landesweiter Angriffe aus. Insbesondere die öffentliche Meinung in den USA war vollkommen schockiert, nicht nur vom Ausmaß der Offensive, sondern auch von den brutalen Szenen in Saigon, die auf dem heimischen Bildschirm gezeigt wurden. Der schließliche Rückzug der US-Truppen wurde durch dieses Ereignis zur Gewissheit.

Für die vietnamesischen Kommunisten brachte die Tet-Offensive sowohl viel mehr als auch viel weniger als erwartet. Militärisch war sie weniger erfolgreich als erhofft; ein Resultat scheint die unverhältnismäßig hohe Anzahl von Gefallenen unter den FNL-Einheiten gewesen zu sein, da diese mit ihren Ortskenntnissen als erste in die Städte eingedrungen waren. Nach der Offensive war die FNL nie mehr so prominent an den Kampf-

handlungen beteiligt, die zunehmend zu einem konventionellen Krieg wurden, in dem viele nordvietnamesischen Einheiten schwere Artillerie und Panzer einsetzten – nicht gerade die Waffen des Guerillakriegs.

Politisch war die Offensive über die wildesten Träume der KP-Führung hinaus erfolgreich. Nicht nur wurde Washington verwirrt und gedemütigt, vor allem wurde weltweit die Antikriegshaltung gestärkt.

Mehr noch, den Ausgang der Tet-Offensive eignete sich die Linke international an. Er bildete einen wesentlichen Teil des Hintergrunds, des politischen Geistes der Zeit, der später in diesem Jahr die Ereignisse in anderen Ländern erfüllte. Im Februar 1968 fanden im unmittelbaren Gefolge der Offensive in Berlin der internationale Vietnamkongress und die internationale Vietnamdemonstration unter einem Banner mit der Losung „Die Pflicht des Revolutionärs ist es die Revolution zu machen“ statt. Politisch zeigte die Tet-Offensive, dass die Imperialisten nicht unbesiegbar waren; und diejenigen, die sie in Vietnam bekämpften, standen, anders als im Irak, politisch auf der Linken. Sozialistinnen und Sozialisten verschiedenster Art konnten mit diesen Kämpfern sympathisieren, auch wenn sie Kritik an der vietnamesischen KP hatten. Vietnam wurde auch weitgehend als eine soziale Revolution betrachtet, nicht nur als nationaler Befreiungskampf. Die Tet-Offensive förderte weiter die Weltsicht der Linken und half eine Atmosphäre zu schaffen, die die Diskussion anti-imperialistischer und revolutionär-sozialistischer Themen begünstigte, vor allem unter jungen Menschen.

Richard Nixon übernahm im Januar 1969 das Präsidentenamt und begann ernsthafte Verhandlungen, die zum Abzug der meisten US-Trup-

pen 1973 führten. Von da an war es lediglich eine Frage der Zeit, bis die südvietnamesische Regierung zusammenbrach und das Land schließlich im Mai 1975 wiedervereinigt wurde.

Der britische Autor Will Hutton behauptet in seinem Buch *The Writing on the Wall. China and the West in the 21st Century*, dass das wirkliche Ergebnis des Vietnamkriegs darin bestand, dass die Fähigkeit der USA, die vietnamesische KP bis 1975 zurückzuhalten, verhinderte, dass eine ganze Reihe südostasiatischer Staaten dem Kommunismus nachgab. Wie meistens bei diesen historischen Hypothesen gibt es keinen Weg, sie zu überprüfen. Selbst wenn es wahr wäre, so wurde es zu einem hohen Preis erreicht. Die Fähigkeit der USA zur Intervention anderswo war für eine Generation lang vereitelt. Die Militärausgaben verursachten eine gigantische Inflation in der Weltwirtschaft und den Sturz des Dollars, was bedeutend zur weltweiten Rezession 1975/76 beitrug. Die USA wurden in einen schockierend brutalen imperialistischen Krieg gezwungen, der den Begriff „US-Imperialismus“ aus einem linken Klischee in eine lebendige Realität für Hunderttausende verwandelte. Der Krieg brachte eine massive Antikriegsbewegung voran, in der die Traditionen der internationalen Solidarität wiederbelebt wurden, nachdem sie seit dem spanischen Bürgerkrieg weitgehend gefehlt hatten. Und nicht zuletzt stellte er die Kräfte des revolutionären Sozialismus in den imperialistischen Ländern zum ersten Mal seit den 30er Jahren an die vorderste Front einer Massenbewegung.

Phil Hearse schreibt für *Socialist Resistance* in Großbritannien. Er ist Herausgeber von *Marxsite* ([www.marxsite.com](http://www.marxsite.com)).

Übersetzung: HGM

## Rede auf dem Vietnam-Kongress Berlin 18. 2. 1968

**(wd) Mitte Februar 1968, als Vietnam zum „vorgeschobenen Posten der Weltrevolution“ geworden und die Jugendradikalisierung in vielen Ländern eine neue politische Situation zu schaffen begann, organisierte der von der „antiautoritären Fraktion“ um Rudi Dutschke dominierte SDS Westberlin im Februar den Internationalen Vietnam-Kongress, auf dem über die vietnamesische Revolution, andere Länder der „Dritten Welt“ sowie in einer „Strategiedebatte“ über den Aufbau einer „zweiten Front“ in den Metropolen diskutiert wurde. Auf dem 3. Forum des Kongresses mit dem Titel „Der antiimperialistische und antikapitalistische Kampf in den kapitalistischen Ländern“ hielt Ernest Mandel das folgende Referat.**

### Ernest Mandel

Die Aggression des amerikanischen Imperialismus und die weltweite konterrevolutionäre Rolle Washingtons ist kein geschichtlicher Zufall. Sie ist nicht das Ergebnis einer ethnischen Besonderheit des amerikanischen Volkes. Sie ist das logische und unvermeidliche Ergebnis des Prozesses der internationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Dieser Prozeß führt zu einer Polarisierung der Kräfte auf weltweiter Ebene, auf der der amerikanische Imperialismus notwendig die globalen Interessen der stärksten, konsequentesten und aggressivsten Strömung des Kapitals als solchem zum Ausdruck bringt.

Die internationale Kapitalkonzentration hat mit Hilfe zweier Weltkriege dem amerikanischen Imperialismus eine ungeheure Vormachtstellung innerhalb des kapitalistischen Welt-Lagers gegeben. Der technologische Vorsprung der USA auf dem Gebiet der Atomwaffen ist vom militärischen und politischen Standpunkt aus gesehen weit einflußreicher als die ökonomische und industrielle Vormachtstellung, welche heu-

te, nach dem vollendeten Wiederaufbau des westeuropäischen und japanischen Imperialismus eher relativ als absolut ist. Aber diese militärische Vormachtstellung – unterhalten durch beinahe 320 Milliarden DM Militärausgaben jährlich – schafft einen Ausfall von technologischer Innovation, der den Vorsprung des amerikanischen Imperialismus auf dem Gebiet der Industrie innerhalb der internationalen kapitalistischen Konkurrenz noch erhöht.

Diese Vormachtstellung des amerikanischen Imperialismus in der kapitalistischen Welt aber hat in wachsendem Maße die Handlungsfreiheit der USA eingeengt; und aus dieser Situation müssen wir die Schlußfolgerungen ziehen, die erklären können, warum es heute zum Vietnam-Krieg gekommen ist und warum der amerikanische Imperialismus die Rolle des internationalen Gendarms des Kapitals und der Konterrevolution spielen muß:

1. Die ungeheure Expansion der Produktivkräfte, der sich der amerikanische Imperialismus während der letzten 20 Jahre erfreute und die das

Ergebnis des Prozesses der internationalen Kapitalkonzentration war, hat der vorher bestehenden Autarkie der USA-Wirtschaft in bezug auf wichtige Rohstoffe ein Ende gesetzt. Die USA sind heute in zunehmendem Maße bei zwei der wichtigsten Rohstoffe von ausländischen Quellen abhängig: Eisenerz und Erdöl. Dies zwingt den US-Imperialismus, die materielle Kontrolle über die großen Eisenerz- und Erdölreserven in Lateinamerika mit allen Mitteln zu sichern. Und dies ist eine der beiden Hauptursachen der globalen Expansion des amerikanischen Imperialismus.

2. Das Wachstum von Akkumulation von Kapital in den USA hat es unmöglich gemacht, unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus die enormen Mengen an neuem Kapital in profitbringender Weise innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten zu verwerten. Dieses Surpluskapital zwingt den amerikanischen Imperialismus, Kapital in wachsendem Umfang zu exportieren. Die Gesamthöhe privater Kapitalinvestitionen amerikanischer „corporations“ im Ausland ist von 7,5 Milliarden Dollars am Ende des 2. Weltkriegs auf mehr als 45 Milliarden Dollars heute angestiegen. Dieses Hinausfließen von Kapital kann nur erklärt werden durch die größeren Profite, die das amerikanische Kapital im Ausland erzielt – größere Profite im Vergleich zu den Investitionsprofite in den USA selbst. Zwischen den Jahren 1945 und 1955 ist der Anteil der im Ausland errichteten Filialen an der gesamten Geschäftssumme der amerikanischen verarbeitenden Industrie von 10 bis

15 % gewachsen. Zwischen den Jahren 1955 und 1965 ist er weiterhin von 15 auf 20 % gewachsen. Noch klarer wird das Bild, wenn wir beobachten, daß eine wachsende Zahl von USA-corporations jetzt die Hälfte, fast die Hälfte oder mehr als die Hälfte ihrer Geschäftsoperationen im Ausland erzielen. Ein neuer Begriff – derjenige der multinational-corporations – wurde geprägt, um diese Wandlung zum Ausdruck zu bringen.

Diese wachsende Kapitalmenge kann nur im Ausland verwertet werden, wenn in der Welt genügend Raum für den amerikanischen Imperialismus freisteht, um dort freie Unternehmen zu schaffen. Anfänglich versuchte der USA-Imperialismus vor allem in Westeuropa, die Legende zu verbreiten, er verteidige die demokratischen Freiheiten und das Recht zur Selbstbestimmung durch freie Wahlen. Aber wie naiv muß man heute sein, um noch an diese Legende zu glauben, wenn man sieht, daß die Welt des freien Unternehmens, die die Imperialisten um jeden Preis verteidigen wollen, die Welt von Diem und Ky ist, die Welt von General Patakos und von Marschall Costello Branco, die Welt unzähliger Diktaturen und Militärverschwörungen, die demokratisch gewählte Regierungen in Guatemala und Brasilien verteidigen, die freie Wahlen in Santo Domingo und Griechenland verhindern, die freie Gewerkschaften und Arbeiterparteien in Argentinien und Indonesien zerschlagen, und dies auch um den Preis eines Blutbades von 500 000 Toten, wie dies in Indonesien der Fall war. Wenn sie demnach von der freien Welt sprechen,



Ernest Mandel

meinen sie lediglich die Welt, wo die Freiheit der kapitalistischen Ausbeutung noch besteht. Um diese Freiheit zu sichern, haben sie die Welt mit 1400 militärischen Luft-, See- und Landstützpunkten überzogen und sind sie bereit, dafür jede menschliche Freiheit zu zerstören. Überall da, wo revolutionäre Bewegungen sich bilden und ihren Befreiungskampf beginnen, ist der amerikanische Imperialismus heute bereit, sein ganzes militärisches Gewicht dafür einzusetzen, um diese zu zerschlagen. Denn die Erfahrung der kubanischen Revolution hat ihn gelehrt, daß diese Bewegungen dazu neigen, in sozialistische Revolutionen hinüber zu wachsen. Das Ziel dieser Aggressionen ist deutlich. Es ist das der Erpressung und des Zwangs auf andere Völker der Welt, diesem Beispiel nicht zu folgen. Das ist der rationale Sinn und das ist die Erklärung des Krieges in Vietnam: die Warnung an alle Völker der Welt, wenn sie es wagen sollten, für ihre nationale und gesellschaftliche Emanzipation zu kämpfen, werden sie dafür durch unzählige Ruinen und Tote bezahlen müssen, wie in Vietnam. Aber das Beispiel Guatemalas, das Beispiel Columbiens, das Beispiel Venezuelas und das Beispiel Boliviens hat gezeigt, daß die

Völker diese Herausforderung annehmen und daß sie sich der imperialistischen Erpressung nicht ergeben. Der Imperialismus hat erklärt, daß er seinen Krieg in Vietnam führt als Abschreckung gegen Guerilla-Kämpfe. Aber das bisherige Ergebnis dieses Krieges ist die Ausdehnung des Guerillakampfes nach Thailand, nach Burma, nach Indonesien. Man muß die Hölle kennen, in der die Völker der 3. Welt leben, um zu verstehen, daß keine Drohungen mit Gewalt auf Dauer diese Völker daran hindern können, für ihre Emanzipation zu kämpfen.

Eine doppelte Folgerung muß aus dieser Analyse gezogen werden. *Erstens*, daß es unmöglich ist, die Welt aus den Klauen des Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus zu befreien, wenn die Wurzeln des Imperialismus nicht ausgerottet werden, wenn die Befreiungsbewegung nicht ununterbrochen weitergeführt wird, um eine sozialistische Revolution zu erringen. Wie es der Genosse Che Guevara gesagt hat: Die Revolution überall wird sozialistisch sein, oder sie wird letzten Endes nicht sein.

*Zweite* Schlußfolgerung: Es ist heute unmöglich, die Welt vom imperialistischen Verbrennen zu befreien, solange der Kapitalismus nicht auch in den

Metropolen selbst gestürzt ist. Und wir haben heute konkret die Wege und Mittel zu untersuchen, durch die das wachsende anti-imperialistische Bewußtsein immer breiterer Massen in den imperialistischen Ländern selbst in ein antikapitalistisches Bewußtsein zuerst und in eine breite antikapitalistische revolutionäre Massenbewegung danach integriert werden kann.

Eine zentrale, unmittelbare Aufgabe in diesem Zusammenhang ist eine allgemeine einheitliche Aktion gegen die NATO in Europa. Die NATO ist nicht nur eine Allianz, die den USA-Imperialismus unterstützt und seine Bollwerke in vielen Ländern unterhält. Sie ist nicht nur eine Institution, die direkt und indirekt amerikanische konterrevolutionäre Aggressionskriege in vielen Teilen der Welt – vor allem den schmutzigen Krieg in Vietnam – unterstützt. Sie ist auch und vor allem eine Institution, die das kapitalistische System der Ausbeutung in Westeuropa selbst zu schützen hat – auch um den Preis der Vernichtung der letzten demokratischen Freiheiten. Was das heute konkret bedeutet, wurde in finsterner Weise in Griechenland illustriert, wo die demokratischen Freiheiten der Massen zerstört wurden auf der Basis des im Rahmen der NATO ausgearbeiteten *Prometheus-Plans*. Was das konkret bedeutet, wurde in Italien bewiesen, wo wir heute wissen, daß das sogenannte SIFAR-Projekt der Verhaftung und Deportation aller Führer der Arbeiterklasse und demokratischer Organisationen an dem Punkt war, in die Tat umgesetzt zu werden. Und wir wissen heute ebenfalls, daß die amerikanische militärische Führung zehn westeuropäischen Staaten, die NATO-Mitglieder sind, einen Plan vorgelegt hat, der den amerikanischen Militärs das Recht verleiht, in Fällen von Streiks, Demonstrationen und Massenaufständen direkt zu intervenieren,

wann immer – wie es in dem Vertragsprojekt heißt – diese Regierungen sich als unfähig erweisen würden, die sogenannte Sicherheit der USA-Truppen zu garantieren. Es ist notwendig, den Kampf gegen die NATO im breitest möglichen Rahmen zu organisieren, die Gewerkschaftsorganisationen mit einzubeziehen, die Arbeiterklasse und demokratische Organisationen und die breitest möglichen Massen dafür zu mobilisieren. Es ist notwendig, alle Zwischenfälle, die der USA-Imperialismus selbst produziert, wie das vor kurzem in Dänemark der Fall war, als bekannt wurde, daß amerikanische Flugzeuge mit Kernwaffen über Grönland zirkulieren und einmal in einem Unfall diese Kernwaffen auch abgeworfen haben, auszunutzen, um diese breite Agitationsbasis zu erreichen. Es ist jedoch notwendig, diese Agitation in einer solchen Form zu führen, daß nicht die geringste Konzession gemacht wird an die jeweiligen einheimischen kapitalistischen Kreise, die aus Konkurrenzgründen ebenfalls einen anti-amerikanischen Ton einschlagen. Die revolutionäre Bewegung hat nichts gemein mit dem sogenannten Antiamerikanismus von General de Gaulle, von einem Servant-Schreiber oder von der NPD. Und jede Aufgabe der Selbstständigkeit der revolutionären Arbeiter- und Studentenbewegung auf diesem Gebiet würde sehr schnell nicht nur zur Entmannung und Paralyse dieser revolutionären Bewegung führen, sondern sie zwingen, die Tagesinteressen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften auf dem Altar der Profitgier der eigenen Kapitalisten zu opfern.

Wie man konkret den Kampf gegen die NATO, gegen die eigene bürgerliche Unterdrückungsmaschine mit dem Kampf für die Unterstützung und den Sieg der vietnamesischen Revolution verbinden kann, das haben uns in

eindringlicher Weise die Hafenarbeiter Australiens, die Gewerkschaften Japans gezeigt, die Arbeiterstreiks organisiert haben gegen USA-Truppen und Munitionstransporte. Der antiimperialistische Kampf findet heute in den imperialistischen Metropolen in einer ganzen Reihe von Ländern seine Vorhut in radikalen Jugend- und Studentenbewegungen. Die objektiven Wurzeln dieser Tatsache wurden durch die italienische Genossin der PSIUP-Jugend, die hier vor mir gesprochen hat, bereits eingehend untersucht. Sie hängen zusammen mit einer weltweiten Bewegung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, mit der technologischen Revolution, mit den Veränderungen der Reproduktionsbedingungen der intellektuellen Arbeitskraft, mit dem Aufbegehren einer breiteren und sozial anders geschichteten Studentenmasse gegen die autoritären Universitäten und Schulen. Auf diesem Gebiet haben wir ähnliche Parallelentwicklungen erlebt in so auseinanderliegenden Ländern wie Japan und Spanien, wie der BRD und den katholischen Ländern, wie dem flämischen Teil Belgien und Italien. Die Westberliner Studenten haben ein schönes Blatt geschrieben in dieser Geschichte der neu auflebenden radikalen Studentenbewegung. Dieses Blatt hat viele Lehren gegeben an die Studenten in anderen westeuropäischen Ländern.

Aber ihrerseits können heute die Westberliner Studenten einige technisch-praktische und politische Lehren ziehen aus der Verbindung des Studenten- und Arbeiterkampfs in verschiedenen Ländern der Welt. Einige technische Lehren – ich weiß nicht, ob Ihr die Fotos der Zengakuren-Studenten gesehen habt, als sie gegen die amerikanische „Enterprise“ mit ihren Motorrollerhelmen und mit ihren Stöcken in den Händen marschierten, und anderen Abwehrmitteln gegen die Repression der Poli-



Internationaler Vietnam-Kongress,

zei. Ich kann Euch nur sagen, daß diesen Bildern, die in den Illustrierten und in den Wochenschauen gebracht wurden, bereits vergangene Woche in Paris durch radikale Jugendliche gefolgt wurde, und es ist ein guter Ratschlag, den ich auch den Westberliner Studenten geben möchte. Die politische Lehre wurde bereits vom Genossen Dutschke wie einer Reihe von anderen Rednern in der Formel zusammengefaßt: Verbindung und Aktionseinheit von Arbeitern und Studenten auch auf elementarster Basis. Wir haben vor einigen Wochen erlebt, wie in einer französischen Provinzstadt 24 Stunden lang der Belagerungszustand herrschte, weil die Studenten auf die Straße gegangen sind, um einen Streik von 4000 Arbeitern zu unterstützen und gegen ein Demonstrationsverbot 20 000 Leute auf die Straße brachten, wo es zum Anfang von Barrikadenbauen gekommen ist. Aber darüber hat die Springerpresse dem Berliner Publikum nicht zufällig keine Einzelheiten mitgeteilt. Politische Lehren über Zusammenarbeit der Studenten- und Arbeiterbewegung nicht nur auf dem Gebiet der unmittelbaren For-

derungen: In Großbritannien gibt es seit zwei, drei Jahren eine wachsende Bewegung unter der Losung der Arbeiterproduktionskontrolle, der Vorbereitung der Produktionsübernahme mittels der Kontrolle durch die Produzenten. Wir haben gesehen, wie im vergangenen Jahr, und dieses Jahr wird die Erweiterung dieser Erfahrung bringen, neben diesen Gremien der workers control auch Gremien von student power, auch Gremien zur Kontrolle der Universität der Studenten als gleichzeitige Parallelbewegung zur Kontrolle über die Betriebe durch die Arbeiter errichtet werden und in gemeinsamer Aussprache die gemeinsame Strategie zum gemeinsamen Ziel ausgearbeitet wird.

Genossinnen und Genossen! Der Spuk der endgültig gesättigten Wohlstandsgesellschaft, die freiheitlich durch die Führenden manipuliert werden könnte, dieser Spuk ist dabei, sich aufzulösen. Die Rezession, die es jetzt seit anderthalb Jahren in Westeuropa gegeben hat, hat diesen Spuk zerschlagen und der alte Marx hat schon vor einem Jahrhundert geschrieben, daß vor jeder Wirtschaftskrise die Kapi-

talisten immer erklären, daß es diesmal ausnahmsweise nicht zu einer Krise kommen wird, und wenn die Krise schon einmal da ist, die Schuld diesen oder jenen Nebenerscheinungen geben: Geld, Kredit und ähnliche Detailfragen, um zu erklären, wieso es wiederum doch zur Krise gekommen ist. Man hat uns 15 Jahre lang in Westeuropa weismachen sollen, daß die „soziale Marktwirtschaft“ und daß der Neokapitalismus jetzt endlich das Mysterium und das Geheimnis gefunden hatten, um Krisen auszuschalten. Wir wissen, daß es in den letzten anderthalb Jahren 3 Millionen Erwerbslose in Westeuropa gegeben hat. Man kann die Wirtschaftskrise Rezession nennen – eine Wirtschaftskrise ist sie, und sie beweist, daß die grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems nicht überwunden wurden und nicht überwunden werden können. Und jetzt, wo sich dieser Spuk langsam aufhebt, und jetzt, wo sich wiederum antikapitalistisches Bewußtsein in breiteren Massen von Arbeitern, Schülern, Studenten ausbreiten kann, müssen wir wiederum mit der elementaren Aufgabe anfangen zu

versuchen, an all den Bruch- und Krisenpunkten der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzuknüpfen, um dieses Bewußtsein auszubreiten, in Aktionen zu verwandeln und langsam aber sicher auszurichten auf das einzig mögliche Ziel, die revolutionäre Machteroberung durch die Werktätigen, die Verbindung von Arbeitern, Angestellten, technischer Intelligenz und Studenten. Denn eins haben wir in den anderen westeuropäischen Ländern in den letzten 15 Jahren gelernt, dort wo es im Gegensatz zu der BRD bereits zu großen Massenbewegungen gekommen war: Diese Massenbewegungen können sich ausdehnen, können von rein trade-unionistischen Streiks zu politischen Generalstreiks wachsen, sie können unmittelbar politische Krisenherde werden für die bürgerliche Gesellschaft, wenn sie den qualitativen Sprung zur revolutionären Machteroberung machen. Werden sie zurückgeschlagen, dann wird der Gegner die durch die Werktätigen verpaßte Chance benutzen, um seinerseits einen Vorstoß zu wagen. Das Beispiel Griechenlands, wo 1964 und 1965 die Massen einen unerhörten Aufschwung erlebten und wo kaum drei Jahre später bereits eine Militärdiktatur errichtet wurde, ist auf diesem Gebiet eine sehr ernste Warnung. Antikapitalistisches Bewußtsein und antikapitalistischer Kampf können anknüpfen an den Konjunkturkrisen, an dem Kampf um den Arbeitsplatz, an dem Kampf um die Kürzung der Arbeitszeit, an Strukturkrisen wie an der Ruhr und in zurückgehenden, um Abgleiten verurteilten Industriezweigen. Er kann aber auch ansetzen an einer grundlegenden Kritik am kapitalistischen Konsumpaket, an der Forderung nach freien Schulen, Studentenlohn, nach Ausbau der Universitäten, die jedermann zugänglich werden; auf einen völlig kosten-

losen Gesundheitsdienst, auf eine Ausbreitung des Kollektivkonsums und der Sozialleistungen auf Kosten der Militärausgaben und der Ausgaben für einen parasitären Staatsapparat. Antikapitalistisches Bewußtsein und antikapitalistischer Kampf müssen aber ebenfalls anknüpfen an dem, was noch immer das entscheidende Kennzeichen der kapitalistischen Herrschaftsbedingungen bleibt: nämlich der Unfreiheit des Arbeiters und Angestellten an dem Arbeitsplatz selbst, seiner grundlegenden Entfremdung und Verdinglichung im Arbeitsprozeß. Letztendlich gibt es da, wie ebenfalls die italienische Genossin gesagt hat, eine unerhörte Masse an Konfliktstoff, der gesichtet, analysiert, geordnet und zu Agitationszwecken gebraucht werden muß. Man hat in englischen Streikstatistiken nachgelesen, daß über die Hälfte der in Großbritannien in den letzten drei Jahren stattgefundenen Streiks weder um Lohnfragen noch um Arbeitszeitfragen, sondern um diese zentrale Frage der Arbeiterrechte und der Kontrolle über den Arbeitsplatz und über die Produktionsmittel sich drehten. Auch in der BRD fehlen die Ansatzpunkte dazu nicht, und es wäre eine bedeutende Aufgabe für junge Studenten und junge Intellektuelle, für junge Wissenschaftler, die wirklich mit der Arbeiterklasse verbunden sind, in die Betriebe zu gehen, diese Probleme eingehend zu studieren und davon ausgehend ein konkretes Aktionsprogramm zu entwickeln, das die kapitalistische Ausbeutung unmittelbar in Frage stellt.

Genossinnen und Genossen! Der antiimperialistische Kampf der Völker der dritten Welt, die um ihre Befreiung ringen, die Solidarität mit diesem antiimperialistischen Kampf und der antikapitalistische Kampf der arbeitenden und werktätigen Massen in den imperialistischen Hochburgen müssen

zu einem einheitlichen Kampf gegen das Weltkapital zusammengeschoßt werden. Das ist keine einfache Angelegenheit, das kann nicht mit Worten, Programmen und Proklamationen geschehen, das kann nur in der Praxis und in der Tat geschehen, das kann auch nur in der Praxis geboren werden. Alle Organisationen, die bereit sind, alle Regierungen, die bereit sind, wie die Regierungen der sozialistischen Staaten, an einer solchen revolutionären Einheitsfront teilzunehmen, werden ganz bestimmt von niemandem abgewiesen werden. Aber damit man an ihre Worte glaubt, müßte man erstens, bevor man von einer solchen Einheitsfront spricht, von der Sowjetführung eine deutliche Erklärung der Solidarität und der Verteidigung mit dem durch den Imperialismus unmittelbar bedrohten chinesischen Volk und der chinesischen Volksrepublik erhalten. Der Kapitalismus ist heute in weltweitem Ausmaß ein verurteiltes System. Ihr kennt alle das scharfe Wort von Karl Marx, daß das Kapital auf die Welt gekommen ist, beschmutzt und befleckt mit Blut und Dreck, und wenn Ihr die Geschichte des Ursprungs des Kapitals kennt, wenn Ihr wißt, wie eine gerade Linie geht von den Sklavenhaltern und den Sklaventransporten bis zu den Finanziers der ersten großen Textilfabriken in Frankreich und in England, dann wißt Ihr, daß dieses Wort von Karl Marx keine Übertreibung und keine romantische Verunglimpfung, sondern den Ausdruck einer historischen Wahrheit darstellt. Heute erleben wir, wie das Kapital auch untergeht in derselben Form, wie es entstanden ist, das heißt beschmutzt vom Blut und Dreck, indem es versucht, größte Greuel in weltweitem Ausmaß gegen all diejenigen Völker zu begehen, die den Kampf gegen das Kapital aufgenommen haben, aber diese Greuel sind nutzlos, das Kapital ist zum Tode verurteilt. Un-

sere Pflicht ist es, nicht passive Beobachter dieses historischen Prozesses zu sein, sondern uns darin einzuschalten und zu sichern, daß die Arbeiterklasse und die revolutionäre Studentenschaft Westeuropas, die immerhin den Marxismus geschaffen hat, wiederum den ihr gebührenden Platz im revolutionären Kampf der Welt einnimmt.

Hoch der Sieg der vietnamesischen Revolution!

FNL vaincra!

Es lebe die internationale Solidarität der kolonialen Völker in ihrem Befreiungskampf und der Werktätigen und Studenten Westeuropas, Japans und Nordamerikas, es lebe die sozialistische Weltrevolution!

Diese Rede wurde zuerst in der vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) herausgegebenen und von Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum und Ursula Schmiederer redigierten Zeitschrift *neue kritik* abgedruckt (9. Jg., Nr. 47, April 1968, S. 60–68). Sie ist ebenfalls in der Dokumentation des Kongresses enthalten, die von dem SDS Westberlin und dem Internationalen Nachrichten- und Forschungsinstitut (INFI) herausgegeben und von Sibylle Plogstedt redigiert worden ist (*Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968, Berlin: INFI, 1968, S. 124–134; Reprint, gekürzt um Anhang „Telegramme und Solidaritätserklärungen“, mit einem Nachwort von Theo Bruns, ansonsten unverändert: Internationaler Vietnam-Kongreß. Februar 1968, Westberlin, Hamburg: Verlag Liberäre Assoziation, 1987*). Einige offenkundige Fehler wurden korrigiert; alte Rechtschreibung und gewisse Eigenwilligkeiten in der Schreibweise wurden belassen.

Fortsetzung von Seite 22

nommen hat. Es gab Listen, in denen die genannt werden, die an dem Aufstand beteiligt waren, und die Familien, die jemanden bei dem Kampf gegen die Briten verloren hatten. Besondere Aufmerksamkeit galt denen, die wahrscheinlich einen Juden getötet hatten.

Dass dies nicht mehr nur eine akademische Übung in Geographie war, war den Haganah-Mitgliedern schnell klar, die damit beauftragt waren, diese Daten auf „Wiedererkennungs“-Missionen in den Dörfern zu sammeln. Einer von denen, der sich 1940 einer solchen Datensammelungsoperation angeschlossen hatte, war Moshe Pasternak, der sich viele Jahre später daran erinnerte:

„Wir sollten die Grundstruktur des Dorfes studieren d.h. wie es aufgebaut war und wie man es am besten angreifen kann. In den Militärschulen wurde mir beigebracht, wie man eine moderne europäische Stadt einnimmt, aber nicht ein einfaches Dorf im Nahen Osten. Wir konnten ein arabisches Dorf nicht mit einem polnischen oder österreichischen vergleichen. Das arabisches Dorf war auf Hügeln gebaut. Wir mussten also herauskriegen, wie man sich ihm am besten nähert, von oben oder von unten. Wir mussten unsere „Arabisten“ (die mit einem Netzwerk von Kollaborateuren arbeiteten) trainieren, wie sie am besten mit Informanten arbeiteten.“

Tatsächlich wurde in vielen Dorfakten von den Schwierigkeiten gesprochen, „mit den Informanten“ zusammenzuarbeiten und ein System von Kollaborateuren aufzubauen – mit primitiven Leuten, die gern Kaffee trinken und den Reis mit den Fingern essen. Pasternak erinnerte sich, dass man trotzdem 1943 das Gefühl hatte, ein gutes Netz von Informanten vor Ort zu haben. Im selben Jahr wurden die Dorfakte neu arrangiert; sie wurden noch systematischer. Das war vor allem die Arbeit eines Mannes, Ezra Danin, der dann eine führende Rolle bei der ethnischen Säuberung Palästina spielte.

Es war die Rekrutierung von Ezra Danin, der aus seinem erfolgreichen Zitrushaingeschäft herausgeholt wurde, der auf viele Weisen die Geheimdienstarbeit und die Organisation der



Dorfakten auf eine neue Ebene der Wirksamkeit brachte. Die Akte in der Nach-1943-Ära schlossen für jedes Dorf detaillierte Beschreibungen über Haustiere, Landwirtschaft, die Zahl der Bäume, die Qualität jedes Obstbaumhaines, sogar einzelner Bäume, die durchschnittliche Größe des Landesbesitzes, die Anzahl der Autos, die Namen der Ladenbesitzer, der Arbeiter in den Werkstätten, die Namen der Handwerker und ihre besonderen Begabungen. Später kamen noch Einzelheiten über jeden Familienklan und seine politische Zugehörigkeit, die soziale Schicht, das Verhältnis von Anwälten und gewöhnlichen Bauern und die Namen der Angestellten in der Mandatsregierung. ŠUm 1945 beginnen neue Daten bei der Beschreibung der Dörfer zu erscheinen: Beschreibung der Dorfmoschee, die Namen der Imane Šund sogar genaue Beschreibungen der Wohnungen von Würdenträgern. Es überrascht nicht, dass zum Ende des Mandates die Informationen mehr militärisch orientiert war: wie viele Wächter hat jedes Dorf – die meisten hatten keine – die Anzahl und Qualität der Waffen. Meistens veraltet oder nicht existent.

Danin rekrutierte einen deutschen Juden, Jakob Simoni. Er wurde später einer der führenden „Orientalisten“. Er wurde mit Sonderprojekten in den Dörfern beauftragt, wie das Überwachen der Arbeit der Informanten. Einer dieser Informanten mit dem Spitznamen „Schatzmeister“ erwies sich

für die Datensammler als besondere Quelle für Informationen. Er überwachte das Netzwerk der Kollaborateure bis 1945. Dann wurde er entlarvt und von militanten Palästinensern umgebracht.

Mit Danin arbeiteten noch Yehoshua Palmon und Tuvia Lishanski, die eine aktive Rolle bei der Vorbereitung der ethnischen Säuberung von Palästina spielten. Lishanski war schon in den 40ern eifrig dabei, Kampagnen von zwangsweiser Vertreibung derjenigen auszuführen, die noch auf Land lebten, das vom JNF von abwesenden Großgrundbesitzern gekauft worden war.

Nicht weit entfernt vom Dorf Fureidis und der „alten“ jüdischen Siedlung Zikron Yaakov, wo heute eine Straße die Küstenschnellstraße mit der durch das Wadi Milk verbindet, liegt ein Jugenddorf, Shefeya. Hier wurden 1944 Spezialeinheiten vom Dorfaktenprojekt beschäftigt und erhielten ihr Training. Von hier aus gingen die Einheiten zu ihren besonderen Einsätzen. Shefeya sieht wie ein Spionendorf im kalten Krieg aus: Juden liefen hier herum, sprachen arabisch und benahmen sich so, wie sie glaubten, dass sich Araber vom Lande benehmen. Im Jahr 2002 erinnerte sich einer der ersten Rekruten an diesen ersten Auftrag im nächsten Dorf Umm al Zaynat 1944. Er sollte das Dorf überwachen und Einzelheiten über den Wohnsitz des Bürgermeisters

bringen, wo die Moschee steht und wo die reichen Dorfbewohner leben, die beim Aufstand von 1936–39 aktiv waren usw. Das waren keine gefährlichen Aufträge, da sie wussten, dass sie traditionelle arabische Gastfreundschaft ausnützen konnten. Ja sie waren sogar Gäste beim Bürgermeister selbst. Wenn es ihnen nicht gelang, alle Daten an einem Tag zu bekommen, baten sie darum, noch einmal kommen zu dürfen. Beim 2. Besuch mussten sie herausfinden, wie fruchtbar der Boden ist, was sie anscheinend sehr beeindruckt hat. 1948 wurde Umm al Zaynat zerstört und alle seine Bewohner ohne jede Provokation von ihrer Seite vertrieben.

Das letzte Datum in der Dorfakte war von 1947. Es handelte sich um eine Liste von „gesuchten“ Personen in jedem Dorf. 1948 verwendeten jüdische Soldaten diese Listen für die Durchsuchungs- und Verhaftungsoperationen, die ausgeführt wurden, sobald das Dorf besetzt worden war. Die Männer mussten sich in einer Reihe aufstellen und diejenigen, deren Namen auf der Liste standen, wurden identifiziert – oft von derselben Person, die sie informiert hatten. Nun hatten sie einen Sack über dem Kopf mit zwei Löchern für die Augen, damit sie nicht erkannt wurden. Die Männer, die herausgepickt wurden, wurden oft an Ort und Stelle erschossen.

Um auf diese Listen gesetzt zu werden, musste man nicht nur an Aktionen gegen die Briten und Zionisten teilgenommen haben, sondern sich auch in der palästinensischen Nationalbewegung, an der sich zuweilen ganze Dörfer beteiligten, engagieren und enge Beziehungen zum Führer der Bewegung Mufti Haj Amin Al-Husayni haben oder mit seiner politischen Partei verbunden sein. Seit Beginn des englischen Mandates 1923 hatte der Mufti in der palästinensischen Politik das Sagen und die wichtigsten Positionen wurden von Mitgliedern seiner Partei im arabischen „Higher Committee“, der embryonalen Regierung der Palästinenser gehalten. Auch dies wurde als Vergehen betrachtet. Um auf die Liste zu kommen, gab es noch andere Gründe wie z.B. Behauptungen, „in den Libanon gereist zu sein“, von den Briten verhaftet gewesen zu sein, oder ein Mitglied des nationalen Komitees im Dorf. Eine Überprüfung

der Akte von 1947 ergab, dass Dörfer mit etwa 1500 Einwohnern gewöhnlich 20–30 solcher Verdächtiger hatte (z.B. rund um die südlichen Karmelberge bei Haifa Umm al Zaynat hatte 30 Verdächtige und im nahen Damum waren es 25).

Yigal Yadin erinnert sich, dass es diese Notizen und die detaillierten Kenntnisse eines jeden einzelnen palästinensischen Dorfes waren, die es der zionistischen militärischen Führung ermöglichte, im November 1947 selbstsicher den Schluss zu ziehen, dass die palästinensischen Araber niemanden hatten, der sie organisieren konnte“. Das einzig ernsthafte Problem waren die Briten: „wenn die Briten nicht gewesen wären, hätten wir den arabischen Aufstand – die Opposition gegen den UN-Teilungsplan von 1947 innerhalb eines Monats unterdrücken können.“

#### VORBEREITUNG AUF DEN KRIEG

Als der 2. Weltkrieg auf das Ende zugeing, wurden die Ansichten der zionistischen Bewegung langsam klarer, wie sie einen Staat verwirklichen könnten. Zu jener Zeit wurde ihnen klar, dass die Palästinenser für den zionistischen Plan kein wirkliches Hindernis darstellen. Sie stellten zwar die überwiegende Mehrheit im Lande dar und insofern waren sie ein demographisches Problem, aber sie wurden nicht mehr als militärische Bedrohung empfunden. Dazu kam, dass die Briten die palästinensische Führung und Verteidigungsfähigkeit schon 1939 vollkommen zerstört hatten, als sie den arabischen Aufstand unterdrückten und so der zionistischen Führung reichlich Zeit ließen, um ihre nächsten Schritte vorzubereiten. Der zionistischen Führung war sich auch über die zögerliche Haltung der arabischen Staaten gegenüber der Palästinafrage insgesamt im klaren. Als die Gefahr einer Nazi-Invasion gebannt war, wurde ihnen sehr deutlich bewusst, dass das einzige verbleibende Hindernis für die Übernahme des ganzen Landes die britische Präsenz ist.

Solange Großbritannien die Festung gegen Nazi-Deutschland halten musste, war es natürlich unmöglich, Druck auf dieses auszuüben. Aber mit dem Ende des Krieges und besonders

mit der Nachkriegs-Labourregierung, die nach einer demokratischen Lösung in Palästina suchte (und die bei 75 % arabischer Mehrheit für das zionistische Projekt den Untergang bedeutet hätte) war klar, dass die Briten gehen mussten. Etwa 100 000 brit. Soldaten blieben nach dem Krieg in Palästina. Bei einer Bevölkerung von weniger als 2 Millionen reichte dies als Abschreckung, auch als die Briten ihre Truppen nach dem Anschlag jüdischer Terroristen auf das Hauptquartier im Davidhotel noch einmal verringerten. Es waren diese Erwägungen, die Ben Gurion veranlassten, mit weniger als 100 % „die 1942 mit dem Biltmore-Programm verlangt wurden, zufrieden zu sein und dass ein geringfügig kleinerer Staat der zionistischen Bewegung zunächst genug wäre, um ihr zu erlauben, ihre Träume und Ziele zu erreichen.“

Dies war das Hauptproblem, das von der Bewegung Ende August 1946 debattiert wurde, als Ben Gurion die Führung der zionistischen Bewegung im Royal Mansue-Hotel in Paris versammelt hatte. Während Ben Gurion die extremistischen Mitglieder zurückhielt, sagte er der Versammlung, dass 80–90 % des Mandats Palästina ausreichten, um einen lebensfähigen Staat zu gründen, es sei denn, dass man in der Lage sei, eine jüdische Mehrheit abzusichern. „Wir werden ein großes Stück von Palästina fordern,“ sagte er den Anwesenden. Ein paar Monate später übertrug die Jüdische Agentur Ben Gurions „großes Stück von Palästina“ in eine Karte, die sie an die verteilten, die die Zukunft Palästinas entschieden. Interessanterweise stellte sich die Karte der jüdischen Agentur als größer heraus als die von der UN im November 1947 vorgeschlagene – aber bis fast auf den letzten Fleck so wie Israel nach dem 1948/49 Krieg aussah, d. h. Palästina ohne Westbank und den Gazastreifen.

Das Hauptproblem auf der zionistischen Agenda von 1946, der Kampf gegen die Briten löst sich im Februar mit der Entscheidung, Palästina zu verlassen und die Palästinafrage der UN zu übergeben. Tatsächlich hatte diese keine andere Wahl: nach dem Holocaust konnten sie mit einer drohenden jüdischen Revolte nicht so umgehen wie mit der arabischen in den 30ern.



Abgesehen davon hatte die Labourpartei sich entschieden, Indien zu verlassen. So verlor auch Palästina für sie an Bedeutung. Kürzung des Heizmaterials im besonders kalten Winter von 1947 brachte die Botschaft nach London, dass das Empire bald eine zweitrangige Macht sei, sein globaler Einfluss von zwei neuen Supermächten in den Schatten gestellt würde (von den USA und der Sowjetunion) und seine Nachkriegswirtschaft lahm liege. Statt an so entfernten Orten wie Palästina festzuhalten, sah die Labourpartei eher darin ihre Aufgabe, die eigene Wirtschaft wieder aufzubauen. Schließlich verließ England in großer Eile Palästina – und ohne Bedauern.

Ende 1946 ist es Ben Gurion – noch vor Britanniens Entscheidung – klar geworden, dass die Briten abziehen. Mit seinen Mitarbeitern begann er, an einer allgemeinen Strategie zu arbeiten, die gegen die palästinensische Bevölkerung in dem Augenblick angewandt werden konnte, indem die Briten das Land verlassen haben. Dies wurde der Plan C (Gimel auf hebr.) Plan C wurde eine revidierte Fassung von zwei früheren Plänen. Plan A – auch Elimelech-Plan (Nach Elimelech Avnir, dem Haganah-Kommandeur in Tel Aviv, der 1937 in Ben Gurions Auftrag mögliche Richtlinien für die Übernahme Palästinas ausarbeitete, sobald die Briten sich zurückziehen. Plan B war 1946 ausgedacht worden. Kurz danach wurden Plan A und B zu Plan C.

Genau wie die anderen Pläne zielte Plan C dahin, die jüdischen Militärkräfte für eine Offensivkampagne gegen das ländliche und städtische Palästina vorzubereiten – sobald die Briten abgezogen waren. Der Zweck solcher Aktionen sollte Abschreckung der palästinensischen Bevölkerung sein, jüdische Siedlungen anzugreifen und sich für Angriffe auf jüdische Häuser, Straßen und den Verkehr zu rächen. Plan C sprach deutlich aus, wie solche Strafaktionen aussehen sollten:

- Schlag gegen die politische Führung
- Schlag gegen Aufwiegler und ihre finanziellen Unterstützer
- Schlag gegen Araber, die Juden angriffen
- Schlag gegen ranghohe arabische Offiziere und Angestellte der Mandatsregierung.



Flucht vor israelischen Truppen

- Schlag gegen palästinensischen Transport.
- Quellen des Lebensunterhalts schädigen, wichtige wirtschaftliche Ziele (Wasser, Mühlen)
- Angriffe gegen Dörfer, Stadtteile, die bei zukünftigen Angriffen mitmachen
- Angriffe auf Clubs, Cafehäuser, Konferenzorte ...

Plan C fügt noch hinzu, dass die nötigen Daten für die erfolgreiche Ausführung dieser Aktionen in den Dorfakten gefunden werden könnten: die Liste der Führer, der Aktivisten, potentielle menschliche Ziele, der genaue Plan der Dörfer etc.

Im Plan fehlten aber Besonderheiten der Operationen. So wurde innerhalb weniger Monate ein neuer Plan aufgestellt, Plan Dalet. Dies war der Plan, der das Schicksal der Palästinenser innerhalb des Gebietes besiegelte, auf das die zionistischen Führer für den zukünftigen jüdischen Staat ihre Augen geworfen haben. Er enthielt im Gegensatz zum Plan C direkte Hinweise auf geographische Parameter des zukünftigen jüdischen Staates (78 % auf der Karte von 1946 der Karte der jüd. Agentur) und was das Schicksal der 1 Million Palästinenser betrifft, die in diesem Gebiet lebten:

„Diese Operationen können in folgender Weise ausgeführt werden: entweder durch Zerstören der Dörfer (in dem man sie in Brand steckt, durch

Sprengung, durch Minen, die in ihre Ruinen gelegt werden.) und besonders jene Bevölkerungszentren, die schwierig und auf Dauer; zu kontrollieren sind oder durch kombinierte Operationen, entsprechend den folgenden Richtlinien: umzingeln des Dorfes, Durchsuchung innerhalb des Dorfes. Im Falle von Widerstand, müssen bewaffnete Kräfte vernichtet und die Bevölkerung nach außerhalb der Staatsgrenzen vertrieben werden.“

Kein Dorf innerhalb des geplanten Operationsgebietes wurde von diesen Ordnern ausgenommen, weder durch seine Lage noch wegen erwartetem Widerstand. Es war der Gesamtplan für die Vertreibung aus allen Dörfern im ländlichen Palästina. Ähnliche Instruktionen – zuweilen im selben Wortlaut – für Aktionen in palästinensischen Stadtzentren.

Die Order, die direkt zu den Einheiten vor Ort gingen, waren genauer. Das Land war nach der Zahl der Brigaden in Zonen geteilt, wobei die vier ursprünglichen Brigaden der Haganah in zwölf aufgeteilt wurden, um die Ausführung des Planes zu erleichtern. Jeder Brigadekommandeur erhielt eine Liste der Dörfer oder Stadtteile seiner Zone, die zu einem bestimmten Zeitpunkt besetzt und zerstört und deren Bewohner vertrieben werden sollten. Einige Kommandeure waren beim Ausführen der Order übereifrig und fügten – im Eifer des Gefechtes – weitere Örtlichkeiten hinzu. Andererseits konnten manche Order nicht inner-

halb des Zeitplanes ausgeführt werden. Das heißt, dass mehrere Dörfer an der Küste, die im Mai besetzt werden sollten, erst im Juli besetzt wurden. Und den Dörfern im Wadi Ara-Gebiet, einem Tal, das die Küste in der Nähe von Hadera mit dem Raum um Afula verbindet (heute die Straße 65) gelang es irgendwie, alle jüdischen Angriffe bis zum Ende des Krieges zu überleben. Aber das war die Ausnahme. Der größte Teil des Planes, die Zerstörung der Dörfer und Stadtteile und die Vertreibung ihrer Bewohner, wurde ausgeführt. Und zu der Zeit, als der direkte Befehl im März veröffentlicht wurde, waren schon 30 Dörfer ausradiert.

Ein paar Tage, nachdem der Plan Dalet ausgedruckt worden war, wurde er den Kommandeuren von Dutzenden von Brigaden, aus denen nun die Hagana bestand, verteilt. Mit dieser Liste erhielt jeder Kommandeur eine detaillierte Beschreibung der Dörfer in seinem Operationsfeld und ihr bevorstehendes Schicksal: Besatzung, Zerstörung und Vertreibung. Die israelischen Dokumente, die aus den IDF-Archiven in den späten 90ern zugänglich gemacht wurden, zeigen deutlich – entgegen den Behauptungen von Historikern wie Benny Morris, dass der Plan Dalet den Brigadekommandeuren nicht als vage Richtlinie gegeben wurde, sondern als klare, eindeutige Befehlsorder zum Handeln.

Nicht wie der allgemeine Planentwurf, der den politischen Führern gesandt wurde, enthielten die von den militärischen Kommandeuren empfangenen Listen der Dörfer keine Einschränkungen, in welcher Art und Weise Zerstörung und Vertreibung ausgeführt werden sollte. Es waren keine Maßnahmen vorgesehen, wie Dörfer diesem ihrem Schicksal entgehen konnten z. B. durch bedingungslose Aufgabe, wie in dem allgemeinen Dokument versprochen wurde. Es gab noch einen Unterschied zwischen dem Plan, der den Politikern, und dem, der den Militärs gegeben wurde: Der offizielle Plan besagt, dass der Plan erst nach dem Ende des Mandats aktiviert wird, während die Offiziere vor Ort den Befehl erhielten, mit der Ausführung des Planes wenige Tage nach Erhalt der Order zu beginnen. Diese Dichotomie ist typisch für die Beziehungen, die in Israel zwischen der Ar-

mee und den Politikern bis heute besteht. Die Armee informiert die Politiker falsch über ihre wirklichen Absichten – so wie Moshe Dayan es 1956, Ariel Sharon 1982 und Shaul Mofaz 2000 taten.

Was die politische Version des Plans Dalet und die militärische Direktive gemeinsam hatten, war das Ziel. In andern Worten: noch bevor die direkten Befehle vor Ort ankamen, wussten die Soldaten schon genau, was von ihnen erwartet wurde. Die verehrenswürdige und mutige israelische Kämpferin für Bürgerrechte, Shulamit Aloni, die damals Offizierin war, erinnert sich, wie spezielle politische Offiziere kamen, die Soldaten aktiv aufstachelten, die Palästinenser dämonisierten und sich auf den Holocaust beriefen, um die bevorstehende Operation zu rechtfertigen, die oft direkt nach dem Tag der Indoktrination stattfand.

#### DAS PARADIGMA DER ETHNISCHEN SÄUBERUNG

In meinem neuen Buch will ich zum einen den Mechanismus der ethnischen Säuberung von 1948 und zum anderen das kognitive System erklären, das es ermöglichte, dass die Welt (dies alles) vergessen und die Täter ihre von der zionistischen Bewegung begangenen Verbrechen gegen das palästinensische Volk ableugnen ließ. .

Mit andern Worten: Ich möchte das Paradigma des Krieges durch das Paradigma der ethnischen Säuberung ersetzen – als Grundlage für die wissenschaftliche Forschung und die öffentliche Debatte über 1948. Ich zweifle nicht daran, dass das Nichtvorhandensein des Paradigmas der ethnischen Säuberung einer der Gründe ist, warum die Ablehnung der Katastrophe so lange hat andauern können. Es ist nicht so, dass die zionistische Bewegung, indem sie den Nationalstaat gründete, einen Krieg begann, der „tragischerweise, aber unvermeidlich“ zu der Vertreibung von Teilen der einheimischen Bevölkerung führte. Es ist eher umgekehrt: Die ethnische Säuberung des Landes war das Ziel, wonach die Bewegung trachtete, um den Staat zu gründen. Der Krieg war die Folge, das Mittel, um sie auszuführen. Am 15. Mai, einen Tag nach dem offiziellen Ende des Mandates und dem

Tag, an dem der Staat Israel proklamiert wurde, schickten die benachbarten Staaten eine kleine Armee – klein im Vergleich zu ihrer militärischen Fähigkeit. Sie sollte versuchen, die ethnische Säuberung, die schon seit über einem Monat in vollem Gang war, aufzuhalten. Der Krieg mit den regulären arabischen Armeen tat nichts, um die fortschreitende ethnische Säuberung zu verhindern. Sie ging erfolgreich bis in den Herbst 1948 weiter.

Vielen mag die Idee, das Paradigma der ethnischen Säuberung anzunehmen als eine Grundlage a priori für das Narrativ von 1948, als nichts anderes als eine Anklage erscheinen. Und in vielerlei Weise ist es mein persönliches j'accuse [ich klage an] gegenüber den Politikern, die die ethnische Säuberung vorgeschlagen und gegenüber den Generälen, die sie ausgeführt haben. Diese Männer sind nicht unbekannt. Sie sind die Helden des jüdischen Krieges der Unabhängigkeit, und ihre Namen werden den meisten Lesern bekannt sein. Die Liste beginnt mit dem unbestrittenen Führer der zionistischen Bewegung, David Ben Gurion, in dessen privater Wohnung all die Kapitel über ethnische Säuberung diskutiert und abgeschlossen wurden. Er wurde von einer kleinen Gruppe Leute unterstützt, einem Beratungsteam, das sich nur zu dem Zweck versammelte, um die Enteignung der PalästinenserInnen zu planen. In einem der wenigen Dokumente, in dem über das Treffen berichtet wird, wird von einem „Beratenden Komitee“ gesprochen; in einem anderen erscheinen die 11 Namen dieses Komitees. Obwohl all diese Namen vom Zensor gelöscht wurden, ist es möglich, sie zu rekonstruieren.

Diese Klicke bereitete die Pläne für die ethnische Säuberung vor und überwachte die Durchführung, bis der Job der Entwurzelung der Hälfte der einheimischen Bevölkerung vollbracht war. In dieser Klicke waren vor allem die hochrangigen Offiziere der zukünftigen Armee des Staates, wie der legendäre Yigal Yadin und Moshe Dayan. Ihnen schlossen sich außerhalb Israels weniger bekannte Leute an wie Yigal Alon und Yitzhak Sadeh, denen die regionalen Kommandeure wie Moshe Kalman folgten, der die Gegend um Safed „säuberte“; Moshe Carmel, der den größten Teil in Ga-

liläa entwurzelte. Yitzhak Rabin operierte in Lydda und Ramleh und im Raum Jerusalem. Shimon Avidan säuberte den Süden; viele Jahre später sagte Rechavam Ze'ewi, der mit ihm kämpfte, bewundernd, dass „er seine Front von zig Dörfern und Städten säuberte“. An der südlichen Front war auch Yitzhak Pundak, der 2004 in Haaretz erzählte: „Dort gab es 200 Dörfer an der Front – und sie sind alle weg. Wir mussten sie zerstören, sonst hätten wir hier im südlichen Teil Araber wie in Galiläa. Wir hätten sonst eine weitere Million Palästinenser.“

Diese Militärs arbeiteten zusammen mit – wie wir heute sagen würden – den „OrientalistInnen“, ExpertInnen der arabischen Welt im Allgemeinen und den PalästinenserInnen im Besonderen, weil sie entweder selbst aus einem arabischen Land kamen oder weil sie WissenschaftlerInnen auf dem Gebiet der nahöstlichen Studien waren. Einige von ihnen waren in dieser wichtigen Zeit vor Ort Offiziere der Nachrichtendienste. „Weit davon entfernt nur Sammler von

Daten über den Feind zu sein, haben diese Offiziere nicht nur eine größere Rolle beim Vorbereiten der Säuberung gespielt, einige von ihnen beteiligten sich auch persönlich an einigen der schlimmsten Grausamkeiten, die die systematische Enteignung der PalästinenserInnen begleitete.

Sie waren es, denen die letzte Entscheidung gegeben wurde, welches Dorf zu Staub verwandelt und welche DorfbewohnerInnen exekutiert werden sollten. Im Gedächtnis palästinensischer Überlebender, waren sie es, die nach einer Besetzung eines Dorfes über das Schicksal der Bewohner entschieden, was entweder Gefangenschaft oder Freiheit bedeutete. Kann man den Unterschied zwischen Leben und Tod buchstabieren? Ihre Operationen wurden von Issar Harel überwacht, der später der erste Chef des Mossad und des Shin Bet, der Geheimdienste Israels, wurde.

Ich erwähne ihre Namen – aber es geht mir nicht darum, dass sie posthum vor Gericht gebracht werden. In meinem Buch geht es mir darum, den

Tätern genau so wie den Opfer ein menschliches Antlitz zu geben. Ich möchte verhindern, dass die Verbrecen, die Israel begangen hat, irgendwelchen „Umständen“, „der Armee“ oder wie Benny Morris es tat, „dem Krieg als Krieg“ zugeschrieben werden oder anderen ähnlich vagen Hinweisen, die souveränen Staaten die Verantwortung abnehmen. Ich will Individuen ein Gewissen geben. Ich klage an, aber ich bin auch Teil der Gesellschaft, die verurteilt wird. Ich fühle beides: ich fühle mich verantwortlich und bin ein Teil der Geschichte. Aber wie andere in meiner eigenen Gesellschaft bin ich davon überzeugt, dass nur eine schmerzvolle Reise in die Vergangenheit der einzige Weg nach vorn ist, wenn wir eine bessere Zukunft für uns alle, für die PalästinenserInnen genau so wie für die Israelis, schaffen wollen.

Oktober 2006

Übersetzung: Ellen Rohlfis

## Dimensionen der palästinensischen Katastrophe von 1948

Birgit Althaler

In den Jahren 1947 bis 1949 fand in Palästina unter Duldung der damaligen Kolonialmacht Großbritannien die gewaltsame Massenvertreibung der einheimischen arabischen Bevölkerung statt, mit dem Ziel, einen jüdischen Staat in der Region zu errichten. Von den rund 1,4 Millionen arabischen EinwohnerInnen Palästinas wurden im Zug der Staatsgründung Israels innerhalb von eineinhalb Jahren rund 750 000 Menschen durch zionistische Verbände vertrieben, mindestens 10 000 Menschen getötet und 30 000 verletzt. Das historische Palästina wurde zu 60 Prozent und der Teil, auf dem der Staat Israel ausgerufen wurde, zu nahezu 80 Prozent von seiner arabischen Bevölkerung

„gesäubert“. Rund 60 000 PalästinenserInnen, darunter Tausende intern Vertriebene, fielen unter israelische Herrschaft und unterstanden bis 1966 einer Militärverwaltung, die dem heutigen Besatzungsregime im Westjordanland ähnelt. Über 500 palästinensische Ortschaften wurden zerstört, ehemals arabische Stadtteile geplündert und die Flüchtlinge seither systematisch an der Rückkehr gehindert.

Was die PalästinenserInnen als Katastrophe, als „Nakba“ erleben, ist nicht bloß Geschichte. Es prägt maßgeblich die heutige Situation. Einerseits, weil sich Israel auch sechzig Jahre danach weigert, die Verantwortung für die Palästina-Flüchtlinge zu übernehmen, und diesen ihre Rechte

verweigert. Die Existenz von Millionen Flüchtlingen, insbesondere in den besetzten Gebieten und den Nachbarländern, ist nach wie vor prekär und ihre Zukunft völlig ungewiss. Andererseits wird im gesamten unter israelischer Kontrolle stehenden Gebiet (Israel von 1948, Jerusalem, Besetzte Gebiete) die Vertreibungspolitik bis heute fortgesetzt und hat seit der zweiten Intifada und dem Bau der Mauer eine neue Dimension angenommen.

Das historische Ereignis der Nakba, der systematischen, gewollten Vertreibung der PalästinenserInnen, ist auf arabischer wie israelischer Seite gut dokumentiert. Obwohl die Nakba seit den siebziger Jahren Eingang in die deutschsprachige Literatur gefun-

den hat – zu erwähnen ist insbesondere die nach wie vor ausgesprochen empfehlenswerte sozialgeschichtliche Studie von Walter Hollstein, „Kein Frieden um Israel“, die 1972 erstmals erschienen ist – und obwohl sich in der angelsächsischen Welt eine reichhaltige Literatur zum Thema findet, wurde das Faktum der systematischen Vertreibung als eines konstitutiven Elements des jüdisch definierten israelischen Staates in der politischen Diskussion über Jahre weitgehend ausgeblendet.

Umso wichtiger ist der Beitrag, den der israelische Historiker Ilan Pappé in seinem 2007 erschienenen Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ leistet. Pappé belegt darin die Systematik und Geplantheit der Vertreibung anhand israelischer Quellen aus Archiven und privaten Aufzeichnungen führender ZionistInnen. Er begründet, warum er in Anlehnung an die im Bezug auf das ehemalige Jugoslawien anerkannte Definition von „ethnischer Säuberung“ den Begriff auch für Palästina von 1947–1949 wählt und welche politischen Konsequenzen eine solche Qualifizierung im Hinblick auf eine Lösung des Konflikts hat.

Einen spannenden Einblick in die jüngere palästinensische Nakba-Forschung und -Rezeption bietet der von Ahmad Sa’adi und Lila Abu-Lughod herausgegebene Sammelband: *Nakba. Palestine, 1948, and the Claims of Memory*. In verschiedenen Aufsätzen werden geschlechts-, schicht- und generationenspezifische Unterschiede in der Erinnerung und Vermittlung der Nakba untersucht, deren Verarbeitung in Film und Literatur aufgezeigt, der Zusammenhang zwischen historischer Erfahrung und Kontinuität von existentieller Bedrohung und Nichtanerkennung analysiert und vieles mehr. Das Buch zeigt einerseits, dass auf palästinensischer Seite eine vielschichtige Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und deren Aufarbeitung stattfindet und dass andererseits die westliche Darstellung des Palästina-Konflikts stark von den Erfah-

rungen und der Wahrnehmung der direkt Betroffenen abweicht.

Einen Einblick in die Vielschichtigkeit der palästinensischen Gesellschaft bis zur Nakba vermittelt Walid Khalidi in seinem Bildband: *Before their diaspora*. Um sich der subjektiven Erfahrung von Vertreibung, Exil, Flüchtlingsdasein, Rückkehr(versuchen) und Widerstand anzunähern, sei schliesslich auf Romane (insb. Elias Khouris *Tor zur Sonne*), Filme (Muhamad Bakri, Elia Suleiman, Nizar Hassan sowie diverse Interviews im ausgezeichneten Film *Route 181*) und Essays verwiesen, von denen einige auch auf Deutsch erschienen sind.

#### Empfohlene Literatur

Naseer Aruri (Hg.), *Palestinian Refugees. The Right of Return*, London 2001.

Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel*. Promedia, Wien 1984 und Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1972 (antiquarisch erhältlich)

Walid Khalidi: *All that remains, The palestinian Villages occupied and depopulated by Israel in 1948*. Washington D.C. 1992.

Walid Khalidi: *Before their Diaspora*. Washington D.C. 1991. (antiquarisch erhältlich)

Nur Masalha: *Expulsion of the Palestinians. The Concept of „Transfer“ in Zionist Political Thought, 1882–1948*

Ilan Pappé, *Die ethnische Säuberung Palästinas*. Verlag Zweitausendundeins, Frankfurt/M. 2007.

Ahmad H. Sa’adi und Lila Abu-Lughod: *Nakba. Palestine, 1948, and the Claims Of Memory*. Columbia, New York 2007.

Edward Said: *The question of Palestine*. New York 1979.

Belletristik: u.a. Ghassan Kanafani, Eliza Khouri, Emil Habibi

#### Filme

*Route 181*, *Fragmente einer Reise in Palästina-Israel*, von Michel Kheifi und Eyal Sivan.

*Telling Strings*, von Anne-Marie Haller, mit Kamilya Jubran (u.a. Musik) und ihren Eltern und Brüdern; Zürich 2006

*Yoom Ilak, Yoom Aleik: Refugees from Jerusalem 1948, Bethlehem (Badil) 1998*.

*Experiencing Return: Refugee return visits to their villages of origin, Bethlehem (Badil) 2000*.

#### Websites

[www.nakba-archive.org](http://www.nakba-archive.org) – Interviews mit Vertriebenen im Libanon, mit Filmdokumenten

[www.alnakba.org](http://www.alnakba.org) – Interviews mit Vertriebenen (erstellt zum 50. Jahrestag der Nakba)

[www.palestineremembered.com](http://www.palestineremembered.com) – Informationen zu den Zerstörungen und Vertreibungen, systematische Infos zu einzelnen Ortschaften, Karten, Filme

[www.zochrot.org](http://www.zochrot.org) – Vermittlung der Nakba auf Hebräisch, gerichtet an die israelische Öffentlichkeit

[www.badil.org](http://www.badil.org) – Informationen über die Rechte der Flüchtlinge, Dokumentationsmaterial

[www.assoc40.org/index\\_main.html](http://www.assoc40.org/index_main.html) – Association of the Forty; vertritt die über 100 nicht anerkannten palästinensischen Ortschaften in Israel

[www.internal-displacement.org/](http://www.internal-displacement.org/) – Internal displacement monitoring Center, unter Countries, Israel bzw. Palestinian Territories, mit Hinweisen auf diverse Organisationen in Palästina/Israel, die sich für die Rechte der intern Vertriebenen einsetzen

[www.ittijah.org](http://www.ittijah.org) – Union of Arab Community based organisations, mit Hinweisen auf palästinensische Organisationen in Israel, die sich u.a. für die Rechte von Vertriebenen, nicht anerkannten Dörfern, gegen weitere Vertreibungen etc. einsetzen

[www.al-awda.org](http://www.al-awda.org) – The Palestinian right of Return Coalition

# Der Rückzug und die Grenzen des Zionismus

Darryl Lee

Als Israel Mitte Januar seine Blockade des Gazastreifens verstärkte, beeilte es sich, der Welt zu versichern, dass es eine humanitäre Krise nicht zulassen würde. Wenige Tage, nachdem die Hamas angesichts des verschärften Belagerungszustandes die Grenze vom Gazastreifen nach Ägypten durchbrochen hatte und die palästinensische Bevölkerung auf der Suche nach Lebensmitteln nach Ägypten strömte, gab Israel bekannt, Tausende von Impfstoffen für Tiere nach Gaza schicken zu wollen, um ein mögliches Ausbrechen der Vogelgrippe oder anderer Epidemien zu verhindern, weil Vieh und Geflügel von Ägypten nach Gaza gelangt war.<sup>1</sup> Die Episode ist symptomatisch. Arzneimittel für Menschen gelangen nur tröpfchenweise in den Gazastreifen, nachdem die Grenze wieder abgeriegelt ist. Die Entsendung der Impfstoffe für Tiere zeugt nicht nur von einem Eigeninteresse, von dem die andere Seite zufällig auch profitiert – oder deutlicher ausgedrückt, von der Erkenntnis, dass „der Virus nicht am Grenzposten halt macht“.<sup>2</sup> Sie zeigt zudem, auf welche Weise Israel seine Kontrolle über den Gazastreifen wiederherzustellen gedenkt. Die Geschichte der jüngsten Einschränkungen, soweit sie der Weltöffentlichkeit überhaupt zu Ohren kommen, wird weitgehend anhand von Statistiken vermittelt: 90 Prozent der privaten Firmen im Gazastreifen mussten schließen, 80 Prozent der Bevölkerung erhält Lebensmittelhilfe, alle Baustellen stehen still und die

Arbeitslosenrate hat neue Rekordwerte erreicht.<sup>3</sup> JournalistInnen und NGOs haben über einzelne ruinierte Bauern, bankrotte Händler und Kranke berichtet, die nicht ausreisen können, um sich behandeln zu lassen. Der Würgegriff um Gaza ist jedoch nicht nur eine härtere Version der Politik der letzten fünf Jahre. Er drückt auch einen qualitativen Wechsel in der Methode aus, mit der Israel die Verwaltung des Gebiets handhabt. Der Unterschied zwischen der raschen Lieferung von Impfstoffen für Tiere und der Verweigerung von Medikamenten für die Menschen im Gazastreifen ist beispielhaft für diese sich anbahnende Form der Kontrolle, die man mangels eines besseren Begriffs „Rückzug“<sup>4</sup> nennen könnte.

„Rückzug“ nannte Israel selbst die Aufgabe der Siedlungen und Militärbasen im Gazastreifen. Statt einer zu einem gegebenen Zeitpunkt vollzogenen Aufgabe der Kontrolle bedeutet Rückzug in diesem Fall den fortwährenden Prozess eines kontrollierten Imstichlassens, durch das Israel die Verbindungen zum Gazastreifen löst, die während mehr als 40 Jahren Herrschaft entstanden sind, ohne irgendwelche existenzfähigen Alternativen zuzulassen. Gleichzeitig überlässt es der internationalen Gebergemeinschaft, das zu unterstützen, was übrig bleibt. Das Ganze läuft darauf hinaus, den Gazastreifen wie einen Tierpferch zu behandeln, dessen BewohnerInnen nicht gezähmt werden können und die deshalb abgesondert werden müssen. „Rückzug“ ist eine Herrschaftsform, die nicht Gerechtigkeit und nicht einmal Stabilität zum Ziel hat, sondern das bloße Überleben – wie uns jedes Mal in Erinnerung gerufen wird, wenn beteuert wird, dass eine (undefinierte) „humanitäre Krise“ vermieden würde.

## VON BANTUSTAN ÜBER DAS INTERNIERUNGSLAGER ZUM TIERPFERCH

Seit seinen Anfängen vor mehr als hundert Jahren ist das zionistische Projekt eines jüdischen Staates im östlichen Mittelmeerraum mit einer kaum lösbaren Herausforderung konfrontiert: Wie soll mit der einheimischen nicht-jüdischen Bevölkerung, die aktuell die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht, umgegangen werden, wenn die Realität zeigt, dass sie nicht zum Verschwinden gebracht werden kann, während die Ideologie sagt, dass man ihnen keine politische Gleichheit gewähren darf. Von dieser Konstellation ausgehend, werden die Umrisse der israelischen Politik von links nach rechts seit Generationen klar: Erstens soll eine möglichst hohe Anzahl der arabischen Bevölkerung auf möglichst wenig Raum zusammengepfercht werden und zweitens soll die Kontrolle über sie maximiert und gleichzeitig jede offensichtliche Verantwortung für sie minimiert werden.

Bezüglich des ersten Zieles ist der Gazastreifen ein voller Erfolg. Obwohl er nur 1,5 Prozent des Gebiets zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer einnimmt, findet sich dort ein Viertel aller PalästinenserInnen des gesamten Landes. Was hingegen den zweiten Punkt angeht, sorgt die große Bevölkerungsdichte dafür, dass der Gazastreifen schwer zu handhaben ist und gegenüber der Welt angesichts der dort herrschenden Armut als Schandfleck erscheint. So haben der palästinensische Widerstand und in kleinerem Ausmaß internationaler Druck Israel dazu gezwungen, seine Gratwanderung zwischen Verantwortung und Kontrolle mehrmals zu überdenken. Für jede Phase dieses andauernden Experiments kann eine räumlich zunehmend begrenztere Metapher gewählt werden: Bantustan, Internierungslager und Viehpferch.

1 Associated Press, 30. January 2008.

2 Dieser Ausdruck („ha-virus lo 'otzer bamahsom“) ist der Titel eines 2002 erschienenen Buches über das Gesundheitswesen in der Westbank und im Gazastreifen, dessen englische Ausgabe unter dem politisch korrekteren Titel „Separate and Cooperate, Cooperate and Separate: The Disengagement of the Palestine Health Care System from Israel and Its Emergence as an Independent System“ (Tamar Barnea and Rafiq Hussein, eds.) (London: Praeger, 2002) erschienen ist. Mein Dank an Deema Arafah für diesen Hinweis.

3 UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA): „The Closure of the Gaza Strip: The Economic and Humanitarian Consequences“, 13. Dezember 2007.

4 Engl. disengagement.

Zwischen 1967 und der ersten Intifada von 1987 bis 1993 nutzte Israel seine militärische Stärke dazu, die Wirtschaft und Infrastruktur des Gazastreifens gewaltsam in die eigene zu integrieren. Die palästinensische Bevölkerung wurde gleichzeitig als billiges Gastarbeiterreservoir behandelt. Während dieser Periode des Gastarbeiterdaseins und der territorialen Trennung glich Gaza den südafrikanischen „Bantustans“ am meisten; darunter sind die nominal unabhängigen schwarzen Ministaaten zu verstehen, die das Apartheid-Regime geschaffen hatte, um sich der Verantwortung für die einheimische Bevölkerung zu entziehen, die es ausbeutete.<sup>5</sup>

Während der „Oslo-Phase“ der Besetzung (1993–2005) trat Israel einige administrative Aufgaben an die palästinensische Autonomiebehörde (PA) ab und ließ GastarbeiterInnen aus Asien und Osteuropa einreisen, die die Leute aus Gaza ersetzten. Zudem wurde ein neues System von Personenkontrollen eingeführt. Genehmigungen für die Einreise nach Israel und in die Westbank, die bis anhin die Regel waren, wurden nur noch ausnahmsweise ausgestellt. Der motorisierte Alltagsverkehr kam zum Erliegen. In der zweiten Hälfte der Dekade errichtete Israel einen Zaun um das Gebiet und begann Leute ohne israelischen Pass und deren Waren durch eine Handvoll von neu errichteten dauerhaften Abfertigungsstellen zu schleusen – vergleichbar den , die unlängst zur Westbank hin gebaut wurden. Während dieses Zeitraums glich der Gazastreifen einem riesigen Internierungslager unter israelischer Verwaltung. Die inhaftierte Bevölkerung organisierte sich bis zu einem gewissen Grad selbst und bestimmte Abgeordnete, die sie vertreten sollten (die PA), die aber nichtsdestotrotz unter der Oberhoheit der obersten israelischen Militärbehörde tätig waren, im Rahmen eines Abkommens zwischen Israel und einer weitgehend lahmgelegten PLO. (Im Grunde genommen handelt es sich um ein Abkommen Israels mit sich selbst.)

5 Dunkle Visionen einer Zukunft als „Bantustan“ für den Gazastreifen sind ebenso veraltet wie irrelevant. Bereits 1985 stellten zwei Autoren fest, dass „Gaza in Wirklichkeit ein Bantustan, ein Schlafsaal für Tagelöhner in der israelischen Wirtschaft, sei. Daher sei die viel gepriesene „Zweistaaten-Lösung“ für die Bevölkerung des Gazastreifens eher unattraktiver als für einen Teil der Leute in der Westbank. (Richard Locke und Antony Stewart, *Bantustan Gaza*, London, 1985, p. 2.

Der Misserfolg des Siedlungsunternehmens und die Heftigkeit des bewaffneten Widerstandes während der zweiten Intifada, die im Herbst 2000 begonnen hatte, trugen zweifellos zur Entscheidung bei, Siedlungen aufzugeben und Truppen zurückzuziehen. Der Rückzug beschränkte Israel nicht nur einen entscheidenden politischen Rückhalt beim Vorantreiben seiner Kolonisierungspläne in der Westbank, sondern machte es auch wesentlich unangreifbarer für bewaffnete palästinensische Gruppen. Zwischen 2000 und 2005 befanden sich weniger als ein Prozent der jüdischen Bevölkerung von Israel/Palästina im Gazastreifen. Gleichzeitig entfielen etwa zehn Prozent der mit der Intifada zusammenhängenden israelischen Todesopfer und mehr als vierzig Prozent aller im Kampf gestorbenen Israelis auf dieses Gebiet. Gleichzeitig beschränkte sich die Bedrohung fast vollständig auf das Gebiet selbst und betraf Soldaten und SiedlerInnen. Durch die hermetische Abriegelung des Gazastreifens fiel die Bedrohung durch Selbstmordattentate weitgehend weg und ließ den bewaffneten palästinensischen Gruppierungen in Gaza wenig echte Möglichkeiten, Israel Schaden zuzufügen. Seit August 2005 wurden innerhalb Israels vier Personen durch Angriffe mit Kassar-Raketen getötet – weniger als die Palästinenser 2007 im Wochendurchschnitt durch Aktivitäten des israelischen Militärs zu beklagen hatten.<sup>6</sup>

Kritiker wiesen unverzüglich darauf hin, dass Israels Abzug aus Gaza nichts an seiner effektiven Kontrolle über das Gebiet und demzufolge an seiner Verantwortung als Besatzungsmacht gemäß internationalem Humanitärem Recht änderte. Auf der militärischen Seite überwacht Israel weiterhin den Luftraum und die Küste, und auch die Bodentruppen waren nicht untätig, sondern errichteten Befestigungen und setzten regelmäßige

6 Mehr als siebenzig Prozent der israelischen Todesopfer im Gazastreifen vor dem Rückzug waren bewaffnete Sicherheitsleute. Im Vergleich dazu waren es fünfzig Prozent in der Westbank und fünfzehn innerhalb der Grünen Linie. Die Statistiken zu den israelischen Opfern stammen aus „Victims of Palestinian Terror Since September 2000“; sie werden durch das israelische Außenministerium regelmässig auf den neusten Stand gebracht (siehe <http://www.mfa.gov.il/>) – ferner aus den Listen, die die israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem führt (<http://www.btselem.org/English/Statistics/Casualties.asp>). Gemäss Punkt 6 von B'tselems Report für 2007 wurden in diesem Jahr 293 Bewohner von Gaza (bewaffnet und unbewaffnet) durch Israel getötet.

Pufferzonen durch, sodass der Hauptunterschied darin zu liegen scheint, dass die Truppenunterkünfte einige Kilometer nach Osten verlegt wurden. Mit dem Abbau von permanenten Militärbasen tendierten die Kritiker allerdings dazu, die andauernde Abhängigkeit des Gazastreifens von Israel als Beleg für die fortbestehende Kontrolle anzuprangern. Das Steuersystem, die Währung und der Handel blieben Israel unterstellt; Wasser- und Stromversorgung und die Infrastruktur der Telekommunikation waren ebenfalls weiterhin von Israel abhängig; und sogar die Verwaltung der Personendaten wurde nach wie vor von den israelischen Behörden erledigt.

Die Reaktion Israels war so simpel wie verlogen: Wenn sich die Verantwortung für Gaza aus der Abhängigkeit des Gebietes von Israel ableitet, dann wäre Israel noch so gerne bereit, diese Bande ein für allemal zu durchtrennen. Und genau diese Vorstellung begann Israel nach der militärischen Niederlage der Fatah gegen die Hamas im Juni 2007 in die Tat umzusetzen. Selbst wenn die Fatah (bzw. die Sicherheitskräfte der PA unter dem Kommando von Präsident Mahmoud Abbas) bei der Wiedereröffnung des Übergangs bei Rafah an der Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen eine Vermittlerrolle spielt – wie es bei Erez, dem einzigen Übergangspunkt für Zivilpersonen nach Israel, immer noch der Fall ist –, so wird dies bloß ein weiterer Vorwand für Israel sein, sich vor seiner Verantwortung für Gaza zu drücken. Auf jeden Fall scheint das in Oslo beschlossene Experiment der indirekten Herrschaft vorbei zu sein. Israel behandelt das Gebiet nun weniger als ein Internierungslager denn als Tierpferrch: ein beinahe vollständig abgeriegeltes Gebiet, dessen Wächter sich in erster Linie darum kümmern, dass die Eingeschlossenen am Leben und zahm bleiben, wobei auch ein wenig Rücksicht auf die Ansichten der Nachbarn und anderer Außenstehender genommen wird.

Der Unterschied zwischen den beiden Methoden zeigt sich am deutlichsten bei der Elektrizität. 2006 wurde ein israelischer Soldat gefangen genommen und zwei weitere getötet. Israel reagierte darauf mit der Bombardierung des einzigen Kraftwerks in Gaza, das nun trotz einiger Reparaturen nur noch einen Drittel seiner ursprünglichen Kapazität produziert.<sup>7</sup> Heute wird versucht, densel-

7 B'tselem, „Act of Vengeance: Israel's Bom-

ben Engpass zu erreichen, indem der direkt nach Gaza gelieferte Strom rationiert wird, wodurch sich die täglichen Versorgungslücken, die es schon länger gibt, verstärken. Diese Kürzungen, die das israelische Obergericht am 30. Januar gutgeheißen hat und die am 7. Februar erstmals umgesetzt wurden, werden so bemessen, dass sie den „grundlegenden humanitären Anforderungen“ gerecht werden. Im November hatte das Oberste Gericht dieselbe Regelung gestützt, indem es die Kürzungen der nach Gaza verkauften Treibstoffmengen bewilligte. Dieser Wandel im Verhalten Israels seit 2006 gleicht dem Unterschied zwischen der körperlichen Misshandlung eines Gefangenen, um ihn zu unterwerfen, und der Zähmung eines Tiers durch den sorgfältigen Einsatz von Zuckerbrot und Peitsche.

#### RÜCKZUG UND „LEBENSNOTWENDIGE HUMANITÄRE BEDÜRFNISSE“

Um den Unterschied im Management eines Internierungslagers und eines Tiergeheges zu erhellen, dürfte ein Blick auf die Stellen nützlich sein, an denen sich die israelische Kontrolle über Gaza am deutlichsten manifestiert: die Grenzübergänge.

Karni ist der einzige offizielle Grenzübergang für Handelsverkehr zwischen dem Gazastreifen und Israel, eine stark befestigte Anlage, die zu beiden Seiten der Grenze auf dem Gelände eines alten britischen Militärflugplatzes bei Gaza-Stadt verläuft. Karni verfügt ungefähr über dreißig Fahrspuren zur Abfertigung von Fracht, von Schiffscontainern bis zu Massengütern, die für eine moderne Wirtschaft benötigt werden. Karni ist ein Produkt der „Oslo-Phase“, das dessen Logik eines eindrucklichen Spektakels und bemühter Ineffizienz in die Tat umsetzt, um die israelischen Kontrollmechanismen mit der Vorstellung von palästinensischer Autonomie unter einen Hut zu bringen. Der Übergang wird nach dem verheerenden Prinzip eines „Rücken-an-

Rücken-Transports“ betrieben: Die Waren werden von einer Partei in ein durch eine Wand abgetrenntes Niemandsland gebracht und anschließend von der anderen ohne direkten Kontakt übernommen, wodurch sich die Transportkosten verdoppeln.

In den letzten Monaten hat Israel Karni vollständig geschlossen; davon ausgenommen waren nur gelegentliche Lieferungen von Weizen und Tierfutter.<sup>8</sup> Zur selben Zeit hat Israel einige Arten von erlaubten „lebensnotwendigen Gütern“ hauptsächlich zu den Übergängen Kerem Shalom und Sufa weiter südlich umgeleitet. Anders als Karni werden Kerem Shalom und Sufa vollständig von Israel betrieben und tragen nichts zu einer israelisch-palästinensischen Partnerschaft bei. Sie sind keine üblichen Grenzübergänge, sondern im Wesentlichen Pforten im Zaun, die nicht für den Durchtransport von Gütern konzipiert wurden und diverse schwer zu befördernde Gegenstände wie Baumaterialien sowie Gas in Leitungen nicht bewältigen können.<sup>9</sup> Wenn sie überhaupt geöffnet sind, können Kerem Shalom und Sufa zusammen vielleicht hundert Lastwagenladungen pro Tag abfertigen; Karni hätte dagegen eine Kapazität von ungefähr 750 Ladungen.<sup>10</sup>

Am entlarvendsten ist allerdings die Art der Warenübergabe. Das Material wird in Kerem Shalom und Sufa von den Lastwagen abgeladen und auf Paletten im Freien für die Palästinenser stehen gelassen, die es dann abholen, sobald es ihnen erlaubt wird, sich zu nähern. Der Kontrast zu den aufwendigen Sicherheitsvorkehrungen in Karni ist frappant. „Im Gefängnis – und ich war im Gefängnis – gibt es wenigstens Regeln“, erzählt der Menschenrechtsanwalt Raji Sourani aus Gaza der New York Times. „Aber nun leben wir in einer Art Tierpark. Wir leben in einem Gehege, und sie schaffen Lebensmittel und Medikamente herbei.“<sup>11</sup>

Der Umzug von Karni nach Kerem Shalom und Sufa und die offizielle Beschränkung der Ausfuhren auf „lebensnotwendige Güter“ verkörpern den

Wechsel in der israelischen Blockadepolitik vom Versuch, die Wirtschaft in Gaza zu bestrafen, zum Verzicht auf Handel mit dem Gazastreifen überhaupt. (Ausgenommen, wenn israelische Produzenten billigen Überschuss in Gaza loswerden wollen.) Israel zieht sich auch aus anderen wirtschaftlichen Beziehungen mit Gaza zurück. So haben israelische Großbanken angekündigt, dass sie jegliche Verbindungen zu Gaza aufkündigen wollen, und der Staat hat den Fluss von US-Dollar und jordanischen Dinar nach Gaza limitiert und damit den Import und die Möglichkeit von Geldüberweisungen infrage gestellt.

Dass die Wirtschaft von Gaza in den Augen Israels einfach überflüssig ist, zeigt sich am deutlichsten im Zusammenhang mit dem Entscheid des Obersten israelischen Gerichts, Kürzungen der Treibstofflieferungen nach Gaza gutzuheißen, mit dem Argument, es genüge, dass der verbleibende Treibstoff für Krankenhäuser und das Kanalisationsystem rationiert würde. Die Wirtschaft von Gaza spiele dagegen keine Rolle. „Wir können das Argument des Antragstellers, dass in Gaza in Bezug auf den Treibstoffverbrauch der Markt spielen solle, nicht akzeptieren“, hieß es.<sup>12</sup> Die Logik der Gerichtsentscheide betreffend Treibstoff und Elektrizität führt zum Schluss, dass, solange die nicht näher definierten „grundlegenden humanitären Bedürfnisse“ gedeckt sind, jede sonstige „Schonkost“ zulässig ist.

In der Praxis ist eine klare Unterscheidung zwischen Lebensnotwendigem und Luxus oft ein Ding der Unmöglichkeit, da sie das weite Feld menschlicher Aktivitäten ignoriert, ebenso wie Wünsche, die irgendwo dazwischen liegen und nicht unwichtiger werden, bloß weil es möglich ist, vorübergehend auf ihre Erfüllung zu verzichten. Dies war besonders schmerzlich im Fall der Passierscheine, die das Verlassen des Gazastreifens für ärztliche Behandlungen erlauben. Sie werden nun nur noch an Personen in einem lebensbedrohenden Zustand ausgestellt.<sup>13</sup> Unter dieser Vorgabe wurden laut Human Rights Watch Passierscheine für „reine Eingriffe zugunsten von mehr Lebensqualität“ wie Her-

bing of the Gaza Power Plant and its Effects“ (September 2006) gibt einen Überblick über die Auswirkungen des Angriffs und eine Beurteilung von dessen Legalität. Israel hat die Reparaturen wiederholt behindert, was zu weitläufigen Stromausfällen geführt hat, bereits vor den späteren absichtlichen Stromunterbrüchen. (OCHA, „Gaza Humanitarian Situation Report: Power Shortages in the Gaza Strip“, 8. Januar 2008.)

8 OCHA, „Gaza Closure: Situation Report“, 24. Januar 2008.

9 World Bank, „Two Years After London: Restarting Palestinian Economic Recovery“, 24. September 2007, S. 16; OCHA, „Gaza Humanitarian Situation Report“, 27. Juni 2007, S. 3.

10 OCHA, „Gaza Humanitarian Situation Report“, 6. November 2007.

11 New York Times, 18. November 2007.

12 Israeli High Court of Justice (HCJ) 9132/07, Jabr al-Basyuni Ahmad gegen den Premierminister (Interimsentscheid von 29. November 2007), para. 1.4.

13 HCJ 5429/07, Ärzte für Menschenrechte in Israel gegen den Verteidigungsminister.

zoperationen verweigert, was in einem Teil der Fälle zum Tod der Betroffenen führte. Was die Kürzung der Stromlieferungen angeht, tat der Oberste Gerichtshof unbekümmert so, als ob man in Gaza die verbleibende Energie problemlos zu Krankenhäusern und Betreibern des Abwassernetzes umleiten könne, obwohl offensichtlich das Gegenteil der Fall war.<sup>14</sup> Soweit die Elektrizität innerhalb eines Gebietes überhaupt umgeleitet werden kann, muss das technische Personal mehrmals täglich selbst in die Nebenstationen gehen und von Hand Hebel ziehen, die eigentlich nur einmal pro Jahr zu Unterhaltszwecken betätigt werden sollten. Die Folge davon waren zahlreiche Systemzusammenbrüche, und außerdem wurden mindestens zwei Ingenieure durch einen Stromschlag getötet.<sup>15</sup>

Selbst wenn sie umsetzbar wäre und in bester Absicht umgesetzt würde, bedeutet die Logik der „lebensnotwendigen humanitären Bedürfnisse“ – wobei unklar bleibt, was „nicht lebensnotwendige humanitäre Bedürfnisse“ beinhalten würde – nichts weniger, als die gesamte Bevölkerung Gazas zu Bettlern zu machen, oder eher zu wohlgenährten Tieren, die von internationalem Geld und dem Okay Israels abhängig sind. Sie erlaubt es Israel, die Palästinenser und die internationale Gemeinschaft in einer ständigen Angst einer gänzlich hausgemachten humanitären Krise zu halten, einer Krise, die Israel mit einem Schaltergriff herbeiführen kann. Aufgrund des Embargos hat das Elektrizitätswerk von Gaza aufs Mal nämlich nur genügend Treibstoff für zwei Tage.<sup>16</sup> Und sie lenkt von der Zerstörung der eigenständigen Wirtschaft des Gazastreifens, dessen Einrichtungen und der Infrastruktur ab und legitimiert diese sogar, ganz zu schweigen von der anhal-

tenden Kolonisation anderswo in Palästina bzw. Israel. Der Begriff des „lebensnotwendigen humanitären Bedürfnisse“ reduziert die Bedürfnisse, Ansprüche und Rechte von 1,4 Millionen Menschen auf eine Frage des Abzählens von Kalorien, Megawatt und anderen abstrakten, eindimensionalen Einheiten, anhand derer der Abstand von Tod gemessen wird.

## DIE EUPHEMISMEN FÜR UNGLEICHHEIT

Da Israel über die Jahrzehnte mit diversen Modellen, wie es Gaza unter Kontrolle behalten kann, experimentiert hat, hat die grundsätzliche Verweigerung der politischen Gleichheit, die sämtlichen dieser Modelle eigen ist, verschiedene Namen erhalten. Diese dienen stets der eigenen Rechtfertigung und liefern einen Grund, eigene Auswüchse zu mildern. Während der „Bantustan-Periode“ wurde die Ungleichheit Koexistenz genannt, während der „Oslo-Phase“ Separation und in der „Zeit des Rückzugs“ wird sie in die Vermeidung von humanitären Krisen oder Sicherstellung des Überlebensnotwendigen umgedeutet. Diese Slogans waren nicht direkt Lügen, aber sie ließen die unerwünschte Tatsache außer Acht, dass Koexistenz nicht Freiheit, Separation nicht Unabhängigkeit und bloßes Überleben nicht Leben bedeuten.

Der „Rückzug“ hingegen ist nicht bloß das letzte Stadium eines historischen Prozesses; er ist auch die unterste Stufe einer territorial getrennten Hierarchie der Unterwerfung, die sämtliche PalästinenserInnen in der Westbank, Ostjerusalem und innerhalb der Grünen Linie betrifft. Die Hälfte der Menschen zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan leben unter der Herrschaft eines Staates, der sie von der Gemeinschaft politischer Personen ausschließt, ihnen echte Gleichheit verweigert und sie damit in diversen Rechtsdomänen diskriminiert. Israel hat es auf beeindruckende Art und Weise fertiggebracht, diese fünfzig Prozent der Bevölkerung innerlich zu spalten – ebenso wie es eine Kluft zwischen ihnen und der ausländischen Arbeiterschaft und den nicht-aschenasischen Juden offenhält, – indem es unterschiedliche Privilegien und Strafaktionen geschickt verteilt hat und dies wohl auch in der näheren Zukunft tun wird. Natürlich besteht immer die Möglichkeit von vereinzelten

dramatischen Widerstandsaktionen wie dem Durchbrechen der Grenzsperrungen, was vorübergehend eine trostlose Reihe von zerstörten Häusern in einen gigantischen Open-Air-Markt verwandelte, so wie schrittweise technokratische Veränderungen, wie ein mögliches Arrangement, um den Übergang bei Rafah wieder zu öffnen. Aber im Wesentlichen scheint die unerbittliche Logik des kontrollierten „Rückzugs“ der Regierung davon unberührt zu bleiben.

Es ist vielsagend, dass allem Gerede von Trennung zum Trotz auch die am abgelegensten lebende und isolierteste palästinensische Gruppe, die unter israelischer Kontrolle steht, immer noch nah genug bei israelischen Juden lebt, dass deren Import von Vieh und Geflügel aus Ägypten eine sofortige Aktion zugunsten der öffentlichen Gesundheit auslöst. Die Lieferung von Impfstoffen für die Tiere spricht nämlich nicht nur Bände über die Kontrolle, die Israel über Gaza behalten hat und seine Zurückweisung jeglicher Verantwortung für die dort lebenden Menschen, sondern ist auch eine stumme Erinnerung an die engen Beziehungen, die sich durch vierzig Jahre Herrschaft gehalten haben. Die BewohnerInnen der südisraelischen Stadt Sderot wurden eines Morgens im Jahr 2005 ebenfalls auf unangenehme Art an diese enge Beziehung erinnert, als sie nach dem Aufstehen Hunderte von Flugblättern auf ihren Straßen fanden, die sie in arabischer Sprache dazu aufforderten, ihre Behausungen zu verlassen, da sie demnächst angegriffen würden.<sup>17</sup> Die israelische Luftwaffe hatte diese Flugblätter über benachbarten Teilen des nördlichen Gazastreifens abgeworfen, um die dort lebenden PalästinenserInnen zu verängstigen, aber heftiger Wind hatte sie stattdessen über die Grenze geweht ...

Darryl Lee ist Doktorand in den Fächern Anthropologie und Middle East Studies an der Harvard Universität und gleichzeitig Jura-Student in Yale. Er verbrachte den vergangenen Januar im Gazastreifen.

Zu den Hintergründen von Israels Kontrollmethoden im Gazastreifen siehe Darryl Li, „The Gaza Strip as Laboratory: Notes in the Wake of Disengagement“ im *Journal of Palestine Studies*, 35/2 (Winter 2006); <http://www.palestine-studies.com/jps/138/6638.pdf>.

16. Februar 2008

*Übersetzung: Hans Peter Frey*

<sup>17</sup> „Ynet“, 27. September 2005.

<sup>14</sup> HCJ 9132/07, Jabr al-Basyuni Ahmad gegen den Premierminister (Definitiver Entscheid vom 30. Januar 2008). Für weitere Informationen zu den zweifelhaften Urteilssprüchen (einschließlich der Tatsache, dass es sich auf eine Behauptung der Regierung stützte, dass ungenannte „palästinensische Offizielle“ versichert hätten, dass die Umverteilung von Strom in die Krankenhäuser machbar sei, dies trotz vielfach unterzeichneter eidesstattlicher Erklärungen von höheren palästinensischen Managern von Versorgungsbetrieben, die das Gegenteil bezugeten.) des Gerichtshofs, siehe Gisha (Legal Center for Freedom of Movement), „Briefing: Israeli High Court Decision Authorizing Fuel and Electricity Cuts to Gaza“, 31. Januar 2008.

<sup>15</sup> OCHA, „Electricity Shortages in the Gaza Strip: Situation Report“, 8. Februar 2008.

<sup>16</sup> Ibid.



# Tagung des Internationalen Komitees

Das Internationale Komitee (IK) der IV. Internationale, ihr wichtigstes Gremium zwischen den Weltkongressen, ist Anfang März in Amsterdam zu einer regulären Tagung zusammen gekommen. Auf der Tagesordnung standen Diskussionen über die internationale Lage, die ökologische Krise und den Klimawandel, die politische Lage und die Aktivitäten der Organisationen in Lateinamerika, in Pakistan und in Russland, über die Erfahrungen mit dem Aufbau von neuen Parteien in Europa (England, Frankreich und Italien), über die Forschungs- und Bildungstätigkeit des Instituts in Amsterdam sowie die Vorbereitung des nächsten Weltkongresses.

Teilgenommen haben die Mitglieder des IK und RepräsentantInnen von Organisationen mit dem Status von „permanenten Beobachtern“ aus dreißig Ländern: Algerien, Belgien, Brasilien, Bolivien, Dänemark, Deutschland, Ecuador, Euzkadi, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, Mexiko, Niederlanden, Österreich, Pakistan, Peru, Philippinen, Puerto Rico, Portugal, Québec, Russland, Spanischer Staat, Sri Lanka, Schweden, Schweiz, Türkei, USA. Delegierte aus Kolumbien, Hongkong, Marokko, Polen und Uruguay konnten aus materiellen Gründen nicht kommen. Unter den Gästen war ein Repräsentant der „International Socialist Organisation“ (ISO) aus den USA; dagegen hat der Genosse der venezolanischen Organisation „Marea Socialista“, der kommen wollte, im letzten Moment wieder abgesagt, als bei Sidor, dem größten Stahlbetrieb des Landes, ein Streik ausbrach.

Die Diskussion über die internationale Lage<sup>1</sup> bezog sich auf die jüngsten Entwicklungen der Wirtschaftskrise. Sie drehte sich auch um eine lang- und mittelfristig fundamentale Frage, näm-

lich die Veränderungen in der Weltwirtschaft und in den internationalen Kräfteverhältnissen, die von dem Schub des Kapitalismus in „Schwellenländern“, vor allem in China, ausgelöst worden sind. Diese Debatte wurde mit drei Diskussionspunkten fortgesetzt: ökologische Krise (ausgehend von einem Bericht über das Seminar, das in der Woche vorher stattgefunden hatte, ebenfalls in Amsterdam), Situation in Lateinamerika, Situation in Europa.

Zu Lateinamerika wurde ein Bericht vorgetragen, gefolgt von einer Diskussion. Wenngleich sich die allgemeinen Tendenzen der gegenwärtigen Lage in Lateinamerika behauptet haben (Lockerung des nordamerikanischen Schraubstocks, Herausbildung des Blocks Brasilien–Argentinien, Bedeutung einer Reihe von sozialen Bewegungen, Schwemme von radikalen nationalistischen oder revolutionären Strömungen in Verbindung mit dem Block Venezuela–Bolivien–Ecuador–Kuba), so ist mit der von den USA unterstützten Offensive in Kolumbien doch ein Wandel der momentanen Lage festzustellen. Das IK hat eine Erklärung zu Kolumbien verabschiedet.

Bei dem Punkt zu Europa haben RepräsentantInnen der britischen, französischen und italienischen Sektion Berichte zu den laufenden Erfahrungen gehalten. Bemerkenswert ist die Kandidatur der GenossInnen von Sinistra Critica bei den Parlamentswahlen in Italien, sie treten in fast allen Regionen des Landes an. Ein Punkt auf der Tagesordnung bezog sich auf die Konferenz der europäischen antikapitalistischen Linken zu dem Thema „Mai 68 – Mai 2008“, zu der die französische Ligue Communiste Révolutionnaire eingeladen hat. Alle Sektionen werden an dieser Initiative teilnehmen, andere „klassenkämpferische“ oder revolutionäre Strömungen werden eingeladen. Unabhängig von ihren jeweiligen nationalen Wahltaktiken haben die LCR, Sinistra Critica, Espacio Alternativo aus dem Spanischen Staat und die schwedische Sozialistische Partei, d. h. vier Sektionen bzw. der IV. Internationale eng

verbundene Organisationen, die öffentlich als unabhängige Organisationen auftreten, die Absicht bekundet, ein gemeinsames Projekt zu den kommenden Europawahlen zu entwickeln.

Diese Sitzung des Internationalen Komitees kam zum ersten Mal in den neuen Räumen des Internationalen Instituts für Forschung und Bildung (englische Abkürzung: IIRE) in Amsterdam zusammen. Dies war Anlass für eine Diskussion über neue Impulse in der Arbeit des Instituts, das sowohl Schulungsaktivitäten durchführen und zu theoretischer Arbeit der Internationale beitragen soll als auch seine Infrastruktur für die antikapitalistischen Strömungen der niederländischen und europäischen Arbeiterbewegung öffnen wird. Hier können Versammlungen, Schulungskurse und theoretische Seminare durchgeführt werden. Das IK hat einen Bericht über die Grundlinien der Aktivitäten des Instituts gebilligt.

Und schließlich hat das IK beschlossen, den nächsten Weltkongress für das erste Vierteljahr 2010 einzu-berufen. Der Genosse Laurent hat ein Einleitungsreferat zu den Fragen gehalten, um die es bei dem Kongress gehen wird. Als Ausgangspunkt für die Diskussion diente eine Skizze mit Überlegungen, die nach Diskussionen im Exekutivbüro der IV. Internationale von den Genossen Laurent und Ollivier vorgelegt worden ist. Die Diskussion soll nun zu zwei Fragen geführt werden: Wie kann die IV. Internationale in der gegenwärtigen Periode gestärkt werden? Und wie können wir im Hinblick auf neue Sammlungen, Konvergenzen oder Rahmen für Zusammenarbeit auf internationaler Ebene vorankommen? Es wurde ein Zeitplan für die internationale Diskussion verabschiedet, zu der auch die Ausarbeitung von Thesen zu dem Thema Klimawandel und Kampf für den Sozialismus gehören soll.

Dieser Bericht wurde für die französischsprachige *Inprekor* verfasst und von Friedrich Dorn übersetzt.

<sup>1</sup> Der Bericht zur internationalen Lage, den François Sabado gehalten hat, konnten wir aus Platzgründen leider nicht in diesem Heft unterbringen. Die ersten Teile sind ins Deutsche übersetzt worden und auf <http://inprekor.de> zu finden. Der vollständige Text wird auf Englisch auf <http://www.internationalviewpoint.org/> zu lesen sein. (Anm. d. Übers.)

# Resolution des Internationalen Komitees der IV. Internationale zum Klimawandel

Das Internationale Komitee stimmt den wesentlichen Punkten der Orientierung zu, die im Rahmen des Seminars zum Klimawandel entwickelt wurden, das das Internationale Institut für Forschung und Bildung (IIRE) organisiert und das vom 22. bis 27. Februar 2008 stattgefunden hat:

1. Die verschiedenen kapitalistischen Vorschläge, die in der Diskussion sind, um über 2012 hinaus ein Klimaabkommen zustande zu bringen (insbesondere das „Klimapaket“ der Europäischen Kommission für 2013 bis 2020, der Stern-Report, die sogenannte Warner-Lieberman-Gesetzesinitiative in den USA), sind völlig unzureichend, um einen Temperaturanstieg auf der Erde über den gefährlichen Punkt hinaus (+ 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Periode) zu verhindern.

2. Wir stehen dem kriminellen Zynismus und der Verantwortungslosigkeit des kapitalistischen Systems und seiner politischen RepräsentantInnen gegenüber, die – entgegen jeglicher nicht ignorierbarer wissenschaftlicher Evidenz hinsichtlich der Beschleunigung der Erderwärmung und ihrer Konsequenzen – Leben, Gesundheit, Ernährung, Wasserressourcen und Arbeitsplätze von Hunderten Millionen von Menschen in Gefahr bringen und der Biosphäre irreparablen Schaden zufügen. Sie bevorzugen Technologien, die gefährlich (wie die Kernenergie), zerstörerisch (wie die massive Produktion von Agrotreibstoffen) oder geradezu lächerlich sind – allerdings manchmal mit sozialen Konsequenzen – (CO<sub>2</sub>-Einlagerung), anstatt die Wachstumsideologie und die Jagd nach Profit in Frage zu stellen.

3. Es hat sich eine positive weltweite Bewegung zum Kampf für das

Klima entwickelt, die sich insbesondere in den Demonstrationen 2006 und 2007 in London, im Juni 2007 in Spanien („Tag der Sonne“) und im November 2007 in Australien zeigte und allgemein an den Aktionen der „Global Climate Campaign“ (Weltweite Klimakampagne) – ein Beispiel, dem zu folgen ist, speziell im Hinblick auf die zweijährige Verhandlungsphase, die im Dezember 2009 zu einem neuen Klimaabkommen führen soll.

4. Die breitestmögliche Aktions Einheit auf weltweiter Ebene ist nötig, um durch massenhaften Druck die Regierungen zum Handeln im Sinne der drei Empfehlungen des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) zu zwingen (1. die Treibhausgasemissionen der industrialisierten Länder müssen bis 2020 zwischen 25 und 40 % gegenüber heute gesenkt werden; 2. der Höchststand der Emissionen muss in den kommenden 10 bis 15 Jahren erreicht sein; 3. bis 2050 muss eine Reduktion von 50 % bis 85 % erfolgen) und dabei gleichzeitig die sozialen und demokratischen Rechte ebenso zu respektieren wie das Recht eines jeden auf eine menschenwürdige Existenz.

5. Aus Gründen der Vorsicht und angesichts der Unsicherheiten in den Prognosen, die auf wissenschaftlichen Klimamodellen basieren, ist es zwingend, die Reduktionsziele im oberen Bereich der IPCC-Empfehlungen anzusiedeln, um den Schaden so weit als möglich zu begrenzen – auch wenn unglücklicherweise gewisse Schäden unvermeidlich sind infolge der Tatsache, dass die globale

Erwärmung bereits Realität ist.

6. Es gibt zahlreiche soziale Bewegungen, die zur Entwicklung einer Alternative zum kapitalistischen Produktivismus beitragen (insbeson-

dere indem sie gegen die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen kämpfen und für die Erhaltung der Regenwälder, die Rechte der Ureinwohner, für eine ökologische Landwirtschaft, für eine alternative Abfallpolitik, die dem Recycling Vorrang einräumt, gegen die unkontrollierte Ausweitung des Land-, Luft- und Seetransports, für eine nachhaltige Energienutzung, gegen Nuklear- und Waffenindustrie, gegen Flexibilisierung und das Wachstum von Zeit- und Teilzeitarbeit, für die rationelle Wassernutzung – und den freien Zugang zu letzterem als öffentlichem Gut, das nicht privatisiert werden darf –, gegen Werbung und Überkonsumption, für einen nicht den Warenegesetzen unterliegenden Transfer von Wissen und Technologie). Diese Bewegungen sollten ermutigt werden, direkt in den weltweiten Kampf für die Rettung des Klimas einzutreten.

7. Der Kampf um die Verteidigung des Klimas kann nicht ohne aktive Beteiligung der Enteigneten und Unterdrückten, die die absolute Mehrheit der Menschheit darstellen, gewonnen werden. Er muss daher ihre legitimen Forderungen und sozialen Ansprüche einschließen, insbesondere in Bezug auf Beschäftigung und soziale Absicherung. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei der Teilnahme der Arbeiter- und Bauernorganisationen, der Frauenbewegung, der Ureinwohner und der Umweltschutzorganisationen gewidmet werden, ebenso wie der der Jugend und der marginalisierten sozialen Schichten, damit ihre Forderungen in die Ziele und die Form der Aktionen einfließen.

8. Wir lehnen kapitalistische Rezepte ab (Markt für Verschmutzungsrechte, CO<sub>2</sub>-Steuer, „saubere“ Investitionen zur Schaffung von CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechten, Subventionen

für Unternehmen, Unterordnung der Forschung unter kapitalistische Verwertungsinteressen, Abbau sozialer Sicherung und anderer Ausgleichsregelungen ...). Sowohl im Kampf gegen den Klimawandel wie bei den Anstrengungen, mit den Folgen fertig zu werden, verstärken derartige Maßnahmen unvermeidlich imperialistische Herrschaft wie kapitalistische Konkurrenz und Gewalt und damit auch Ausbeutung, Unterdrückung, Konkurrenz unter den Arbeitenden, Verletzung von Rechten und den Würgegriff der herrschenden Klasse in allen Lebensbereichen.

9. Nuklearenergie stellt aus vielen Gründen (besonders wegen der fehlenden Lösungen für die Entsorgung des Mülls, der Verbindung mit der Rüstungsindustrie und dem Risiko der Proliferation, der schlechten Effizienz, der insgesamt gesehen eher mittelmäßigen CO<sub>2</sub>-Bilanz und der extremen Zentralisierung, die das Gegenteil von Dezentralisierung und Wärmerückgewinnung bedeutet) keine Waffe gegen den Klimawandel dar. Die Bewegung muss den Druck der Lobby für den Ausbau dieser Industrie konsequent bekämpfen.

10. Der Klimawandel führt aufgrund des interimperialistischen und interkapitalistischen Wettlaufs um Ressourcen – insbesondere um fossile Energieträger, aber auch zur Verteidigung der Örenditen und anderer damit verbundener Privilegien – zu einer neuen alarmierenden und zunehmenden Gefahr von Kriegen.

11. Wir weisen die sich in bestimmten bürgerlichen Kreisen wieder ausbreitende neomalthusianische

Ideologie zurück. Sie basiert auf einem barbarischen und säbelrasselnden kapitalistischen Krisenmanagement – zum Schaden der ärmsten Völker, der Armen insgesamt, der Arbeiterklasse, der Opfer der Katastrophen, zum Schaden derer, die gezwungen sind, auszuwandern, und insbesondere der Frauen.

12. Deshalb weisen wir jeglichen Versuch zurück, den Klimawandel mit der demographischen Entwicklung in Zusammenhang zu bringen, insbesondere in den unterentwickelt gehaltenen Ländern. Es gibt einen unab-

weisbaren Zusammenhang zwischen Entwicklung und demographischem Wandel. Wir bekräftigen ausdrücklich das Recht der Frauen zu entscheiden, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, ein Recht, das impliziert, dass Frauen freien Zugang zu den Techniken der Geburtenkontrolle und zu Abtreibung haben.

13. Die entwickelten Länder müssen positiv auf den großzügigen und verantwortungsvollen Vorschlag des ecuadorianischen Präsidenten Correa antworten, der, um die Biodiversität zu schützen und um zur Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre beizutragen, vorschlug, ein bedeutendes Ölgebiet im Tropenwald im Austausch gegen eine teilweise Kompensation der Einnahmeverluste für sein Land nicht auszubeuten. In diesem Kontext weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass die industrialisierten Länder des Nordens ihre historische Verantwortung für die Katastrophen, die sich als Folge des Klimawandels in den Ländern des Südens ereignen, anerkennen müssen.

14. Angesichts der durch neoliberale Politik verschärften kapitalistischen Logik muss dringend ein Weltplan entwickelt werden, der eine Energie-Revolution (Ressourceneinsparung, höhere Energieeffizienz, Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen – geothermische und solare in ihren verschiedenen Formen –, Dezentralisierung, eine radikale Neuordnung der Transportsysteme für Menschen und Güter ...) mit den unvermeidlichen Maßnahmen zur Anpassung und zum Umbau verbindet, und zwar unabhängig von Kosten und Profiten, unter Respektierung der gleichen Rechte aller Menschen, Kohlenstoff im Rahmen der von der Biosphäre gesetzten biologischen und physikalischen Grenzen zu verbrauchen bzw. zu emittieren.

15. Ein solcher Plan setzt einen Bruch mit der Wachstumslogik, mit kapitalistischer Globalisierung und Konsumlogik voraus (Ausschaltung aller Bereiche, die nutzlos oder schädlich sind wie Waffen oder Werbung; Abbau des auf fossilen Energieträgern basierenden Industriebereichs; Umschulung der ArbeiterInnen und ei-

ne radikale Verkürzung der Arbeitszeit; partielle Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion und Konsumtion), die Erneuerung des öffentlichen Sektors, das kollektive Eigentum an den Energieressourcen, eine breite Umverteilung des Reichtums zwischen Ländern und Klassen (Schuldenstreichung für den Süden; hohe Besteuerung der Profite im Energiesektor und von Erbschaften ...) wie auch die Einbeziehung der breiten Masse durch demokratische Kontrollmechanismen.

16. Die Linke einschließlich der Vierten Internationale ist in der Frage des Klimawandels sehr spät dran. Aus diesem Grund müssen wir in *Inprekor* und *International Viewpoint* konsequent verfolgen, was in Bezug auf Klima und Klimapolitik vor sich geht. Die Sektionen der Vierten Internationale müssen diese Frage in ihre Propaganda und Aktivitäten aufnehmen. Im Februar 2010 werden wir erneut ein Klimaseminar organisieren.

17. Die Energie-/Klimakrise macht es noch dringlicher, eine Neubestimmung des sozialistischen Projekts als globales ökosozialistisches Projekt vorzunehmen (das sowohl die Befriedigung der realen menschlichen Bedürfnisse auf Basis demokratischer Entscheidungen einschließt, wie auch die vorausschauende Verwaltung der Biosphäre). Die Bildung des internationalen ökosozialistischen Netzwerks stellt hierfür einen bedeutenden Schritt dar.

18. Der nächste Weltkongress der Internationale wird sich mit einer Resolution zum Kampf gegen den Klimawandel, zu programmatischen Alternativen und zu ihren Konsequenzen für das sozialistische Projekt befassen.

Internationales Komitee, Februar 2008

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Thadeus Pato*

NSSP ruft zu internationaler Solidarität auf

# Die UNO muss die Unabhängigkeit der Tamilen anerkennen

**B. Nadesan, Führungsmitglied der LTTE (Tamil Tigers) hat den UN-Generalsekretär in einem Schreiben gebeten, die UNO möge die Unabhängigkeit der tamilischen Nation anerkennen. Dies müsse die Folge der barbarischen Kriegspolitik der GOSL gegen die Tamilen sein.**

## Vickramabahu Karunarathne

Seit 1974 vertreten wir die Meinung, dass das Gebiet der Tamilen, ihre Nationalität, ihre Autonomie und ihr Selbstbestimmungsrecht anerkannt werden müssen. Wir haben in Sri Lanka dafür nicht nur Kampagnen geführt. Mitglieder von uns haben ihr Leben verloren, wir haben sehr gelitten, aber wir sind auch international aktiv geworden über die IV. Internationale, der un-

sere Organisation angehört. Wir haben an zahlreichen internationalen Tagungen in Indien, Großbritannien, Kanada, Australien, Norwegen, Südafrika, Hongkong usw. teilgenommen.

In der heutigen schwierigen Situation rufen wir linke Organisationen, Gewerkschaften und sozialistische Intellektuelle in aller Welt auf, uns bei der Suche nach einer Lösung zu unterstüt-

zen, bei welcher das Gebiet der Tamilen, ihre Nationalität, ihre Autonomie und ihr Selbstbestimmungsrecht anerkannt werden. Insbesondere richten wir unseren Aufruf, uns zu helfen, an die Regierungen Cubas, Venezuelas und an die Führungsmitglieder der Left Front of India, der die Indische marxistische kommunistische Partei und die Indische kommunistische Partei angehören.

Vickramabahu Karunarathne („Bahu“) ist Generalsekretär der Nava Sama Samaja Party (NSSP – New Socialist Party), Sektion der IV. Internationale in Sri Lanka.

# Linke ruft weltweit zur Unterstützung der Tamilen auf

**IV. Internationale: Der militärische Angriff der Regierung Sri Lankas gegen die Tamilen weltweit scharf verurteilt**

**TamiNet 10.03.2008**

Über 30 politische Parteien und Organisationen aus der ganzen Welt haben an einem Treffen in Amsterdam alle linken und fortschrittlichen Kräfte dazu aufgerufen, den berechtigten Kampf des tamilischen Volkes zu unterstützen. In einer öffentlichen Erklärung forderten sie die Regierung Sri Lankas dazu auf, ihre Versuche sofort einzustellen, der tamilischen Bevölkerung ihren Willen mit militärischen Mitteln aufzuzwingen.

Die in Amsterdam versammelten Delegationen verpflichteten sich, bei ihren eigenen Regierungen vorstellig zu werden und sie aufzufordern, sich

bei der Regierung Sri Lankas für eine sofortige Waffenruhe einzusetzen und dafür, dass dem Töten von ZivilistInnen sofort Einhalt geboten wird. Die Linke Sri Lankas wurde von Chamil Jayaneththi von der *Left Front* vertreten.

Die Erklärung wurde von Mitgliedern der folgenden Organisationen unterzeichnet:

Algerien: Parti Socialiste des Travailleurs (PST)  
 Baskenland: Ezker Gogoa (EG)  
 Belgien: Ligue communiste révolutionnaire (LCR) / Sozialistische Arbeiterpartij (SAP)  
 Bolivien: Partido Obrero Revolucionario – Combate (POR-C)  
 Brasilien: Partido Socialismo e Libertade (P-Sol)  
 Grossbritannien: International Socialist Group (ISG)  
 Dänemark: Socialistik Arbejderparti (SAP)  
 Deutschland: internationale sozialistische linke (isl)  
 Deutschland: Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)  
 Ecuador: Democracia Socialista (DS)  
 Ecuador: Refundación Socialista (RS)

Frankreich: Ligue communiste révolutionnaire (LCR)  
 Frankreich: Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF)  
 Griechenland: Kokkino – Rot  
 Griechenland: Organistaton der Kommunistischen Internationalisten Griechenlands – Spartacus (OK-DE Spartakos)  
 Italien: Bandiera Rossa Assoziacione  
 Japan: Japan Revolutionary Communist League (JRCL)  
 Mexiko: Partido Revolucionario de l@s Trabajadores (PRT)  
 Niederlande: Socialistische Alternatieve Politiek (SAP)  
 Niederlande: International Institute for Research and Education (IIRE)  
 Pakistan: Labour Party Pakistan (LPP)  
 Peru: Resistencia Global (RG)  
 Philippinen: Revolutionary Workers Party – Mindanao (RWP-M)  
 Puerto Rico: Taller de Formación Política (TFP)  
 Québec: Gauche Socialiste (GS)  
 Schweden: Socialist Party (SP)  
 Schweiz: Antikapitalistische Linke – für Sozialismus  
 Türkei: Özgürlük ve Dayanisma Partisi, Partei der Solidarität und der Revolution (ÖDP)  
 USA: International Socialist Organization (ISO)

# Für das Recht auf Selbstbestimmung des tibetischen Volkes

**Die chinesische Armee hat Tibet und die angrenzenden Provinzen unter enger Kontrolle. Die Repression gegen die „Randalierer“, die den vergangenen zwei Wochen auf die Straße gegangen sind, scheint ernst. Solidarität und wirksame Anerkennung des Rechts des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung sind nötig.**

**Pierre Rousset**

Einige Linke (selten in Frankreich, häufiger anderswo) verweigern die Solidarität aus Angst, das Spiel der USA gegen China zu spielen. Andere auf der Rechten rufen zu Demonstrationen gegen 59 Jahre chinesischer Besetzung auf (1950/1951 hatte die Rote Armee das Land betreten) und verurteilen die „kommunistische Diktatur“. Beide „spiegelbildlichen“ Positionen kümmern sich wenig um die Geschichte: Die „Tibetfrage“ stellte sich in den verschiedenen Epochen in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen.

Die Oberherrschaft Chinas über den Tibet reicht weit in die Vergangenheit zurück: Sie war zeitweise sehr formal oder gar nicht vorhanden, und manchmal tiefgreifend (mit militärischer Besetzung), bevor das Land 1911–1913 seine Unabhängigkeit erklärte. Wenn man sich aber auf die jüngere Geschichte, nach dem Sieg der chinesischen Revolution (1949), beschränkt, so war die Frage der Selbstbestimmung untrennbar mit den gewaltsamen Konflikten der damaligen Zeit verbunden. Hätte die Ausstrahlung dieser Revolution eine Mobilisierung der tibetischen Bauern gegen die harte Ausbeutung, deren Opfer sie waren und die vor allem vom Klerus und den Klöstern ausgeübt wurde, begünstigen können? Wer hätte denn damals im Namen des Volkes sprechen können? Hätte Tibet vom Imperialismus als Stützpfeiler benutzt werden können?

Die Jahre 1950–1960 waren die des Korea-Kriegs und der Anfänge der militärischen Eskalation der USA in Indochina, der Bewaffnung Taiwans, des Baus von gewaltigen US-Basen in der Region und des chinesisch-indischen

Showdowns im Himalaya. Um die Eröffnung einer neuen Front zu verhindern, hatte die Kommunistische Partei Chinas im Jahr 1951 ein Abkommen mit den besitzenden Klassen Tibets, dem buddhistischen Klerus und dem Dalai Lama geschlossen. Dieser Kompromiss wurde gebrochen, und es war die CIA, die den anti-chinesischen Aufstand 1957–1959 bewaffnete. Die Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution zerriss die ganze Region. Wie kann man das vergessen?

In ihrem Programm von 1930 erkannte die KPCh das Recht auf Selbstbestimmung an, einschließlich dem der Tibeter. Aber dieses internationalistische Prinzip wurde nach dem Sieg von 1949 schnell fallen gelassen, mit dem Machtantritt der Bürokratie und des „Groß-Han“-Nationalismus (die Han sind die ethnische Mehrheit in China). In Tibet hatte die Rote Armee seit

1950/1951 und besonders nach der Repression von 1959 begonnen, sich wie eine Besatzungsmacht aufzuführen. Für Peking bestand die Bedeutung dieses Landes vor allem in ideologischen (nationalistischen) Erwägungen, in seiner geostrategischen Lage und seinen natürlichen Ressourcen (Wasser, Bergbau, Forstwirtschaft ...). Trotz der sozialen Reformen zum Vorteil der Bauern blieb das tibetische Volk Gegenstand einer spezifischen nationalen Unterdrückung, sowohl auf kulturellem wie auf wirtschaftlichem Gebiet. Besonders die Mobilisierungen von 1987 bis 1990 wurden gewaltsam unterdrückt. Das Recht auf Selbstbestimmung stand der bürokratischen Ordnung deutlich entgegen.

Gilt das auch heute noch? Die derzeitige Entwicklung des Kapitalismus in China hat keinen Beitrag zur Lösung der nationalen Frage geleistet, ganz und gar nicht. Tatsächlich hat sich die Situation seit 1995 erheblich verschlechtert. Wir erleben einen fast klassischen Prozess der Kolonisierung durch Besiedelung: Die Tibeter laufen Gefahr, zur Minderheit im eigenen Land zu werden, und sind sowohl von Marginalisierung wie auch von erzwungener Assimilierung bedroht. Die „Entwicklung“



des Landes entspricht von nun an mehr und mehr kapitalistischen Standards, und es könnte zu einer ebenso unlösbaren Situation kommen wie in Sri Lanka (Tamilen) oder im Süden der Philippinen (Moros und Lumads). Das Recht auf Selbstbestimmung steht heute mindestens ebenso der neuen chinesischen Bourgeoisie und den multinationalen Unternehmen, die an den Reichtümern des Landes interessiert sind, entgegen wie der alten, im Umbruch befindlichen Bürokratie. Warum noch von „Kommunismus“ sprechen?

Schreiben ist Teil der Verpflichtung zur Solidarität. Jedoch ist es für einen Nicht-Spezialisten sehr heikel, sich zum Tibet zu äußern. Wie steht es heute um die tibetische Gesellschaft? Welche Forderungen entsprechen am besten dieser Situation? Dies sind einige äußerst wichtige Fragen, die dennoch für den Autor dieses Artikels noch ohne Antwort sind. Tibet ist allen bekannt, doch was wissen wir jenseits der Klischees? Dies ist die Stunde der Solidarität – aber auch die des Bemühens um eine Vertiefung der politischen Analyse. Es ist Sa-

che des tibetischen Volkes, seine eigene Entscheidung frei zu treffen.

Aus: Rouge, 24. März 2008

Pierre Rousset ist Mitglied von Europe Solidaire Sans Frontiers (Europa solidarisch ohne Grenzen – ESSF) in Frankreich und der Ligue Communiste Révolutionnaire (IV. Internationale).

Übersetzung: Björn Mertens

## IIRE: Erfolgreiche Gramsci-Konferenz

Bertil Videt und Sara Farris

Die Amsterdamer Gramsci-Konferenz vom 8. Dezember 2007 wurde zu einem großen Erfolg, sowohl von der Teilnahme als auch den Diskussionen her gesehen. 120 TeilnehmerInnen wurden registriert – viel mehr, als erwartet worden waren, so dass die OrganisatorInnen gezwungen waren, einige, die auch noch kommen wollten, nicht mehr hereinzulassen.

Dieses eintägige Seminar zu dem Erbe und der Relevanz von Antonio Gramscis Denken heute wurde von dem „International Institute for Research and Education“ (IIRE) in Zusammenarbeit mit dem „Italiaans Cultureel Instituut“ in Amsterdam organisiert. Das Publikum war sehr bunt zusammengesetzt: Studierende, AkademikerInnen, Berufstätige; ungefähr gleich viele Männer und Frauen. Es waren auch viele Junge und Jüngere da, vor allem Studierende, die gekommen waren, um Gramscis revolutionäres Denken kennen zu lernen. Der Hintergrund war ganz unterschiedlich. Einige waren sogar aus der Türkei, aus Deutschland oder aus Belgien angereist, um die Konferenz mitbekommen zu können. Die Diskussionen waren zum größten Teil von hohem Niveau; das IIRE war dazu in der Lage, konstruktiv mit unterschiedlichen Strömungen der sozialistischen Bewegung zusammenzuwirken.



Die Konferenz war in drei Abschnitte unterteilt, die sich jeweils mit einem unterschiedlichen Aspekt von Gramscis Denken befassten. Es folgte ein gemütliches sardinisches Abendessen, an dem 35 teilgenommen haben.

Diese Veranstaltung ist Teil des Neustarts des IIRE, mit dem das Institut zu einem sichtbaren und dynamischen Zentrum für die Entwicklung von kritischem Denken im Dienste von progressiven Kräften weltweit werden möchte.

Von allen Vorträgen und Debat-

ten sind Mp3-Dateien erstellt worden, sie werden über die Webseite des IIRE [<http://www.iire.org>] zugänglich gemacht werden; im Netz sind außerdem 23 Fotos von der Konferenz zu finden [<http://picasaweb.google.com/bertilvidet/GramsciTodayConference8December2007>].

Bertil Videt leitet das politische Programm des IIRE. Sara Farris koordiniert für das IIRE die Seminarreihe „Returns of Marxism“.

Übersetzung: Friedrich Dorn.

# Internationales Seminar zum Klimawandel

**Das Seminar, das vom 23. bis zum 27. Februar 2008 auf Einladung des International Institute for Research and Education (IIRE) in Amsterdam stattfand, war in vieler Hinsicht fruchtbar und anregend.**

## Laurent Garrouste

Unter dem Titel „Klimawandel, Energievolution und sozialer Wandel“ trafen sich aufgrund dieser für die Vierte Internationale beispiellosen Initiative aktive Fachleute und fachkundige Aktive, Mitglieder und Nicht-Mitglieder unserer politischen Strömung. Unter den ExpertInnen sind besonders die Beiträge des Klimatologen Jean-Pascal van Ypersele, des Agraringenieurs Daniel Tanuro, der Energieökonomin Carine Barbier, der Ökonomen Michel Husson und Jean-Marie Harribey und des Chemikers Phil Ward zu nennen; der Physiker Jean-Paul Deléage ließ sich entschuldigen. Insgesamt haben etwa 40 Personen an dem Seminar teilgenommen; sie kamen aus Europa (Deutschland, Belgien, Dänemark, Schweden, Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland), Asien (Türkei), Nord- (Kanada, USA) und Südamerika (Brasilien), und viele sind direkt am Aufbau von Mobilisierungen und Bewegungen gegen den Klimawandel beteiligt.

Den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel zu untersuchen, die dagegen vorgeschlagenen neoliberalen Antworten zu analysieren und die Grundzüge einer alternativen Antwort auf diese Herausforderung, sowohl in programmatischer Hinsicht als auch im Hinblick auf den Aufbau einer weltweiten Mobilisierung gegen den Klimawandel, zu formulieren, waren die Leitgedanken dieses Austausches. Dafür war es nötig, die Energiefrage in all ihren Dimensionen neu zu durchdenken: Die Diskussionen befassten sich daher sowohl mit der erforderlichen Energie- wende als auch mit dem marxistischen Theoriegebäude.

## WELTKLIMARAT

Der als Experte eingeladene Klimatologe Jean-Pascal van Ypersele (Katholische Universität Löwen) erläuterte im Lichte der jüngsten Arbeiten des Weltklimarats (IPCC) die schwerwiegende Diagnose des Klimawandels und seiner voraussichtlichen Auswirkungen auf ökologischem, sozialem, medizinischem und Ernährungsgebiet, die heute breiter Konsens in der Welt der Wissenschaft sind. Er betonte vor allem die Tatsache, dass der IPCC seine Analysen auf eine umfassenden Berücksichtigung der Gesamtheit der wissenschaftlichen Literatur stützt: ein Ansatz, der das Ausmaß der derzeit stattfindenden Veränderungen etwas unterschätzen kann, der aber gleichzeitig Grundlage, der hohen Glaubwürdigkeit seiner Arbeit ist. Tatsächlich erscheinen die Konsequenzen in Bezug auf die Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen, die sich aus dem vom IPCC empfohlenen Ziel der Stabilisierung der Temperatur ergeben, als eine gigantische Herausforderung. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten, welche solide Unterstü- tzungsgrundlage diese Arbeit darstellt: eine Analyse und Empfehlungen, die von der wissenschaftlichen Welt geteilt werden und die ernst genommen direkt in Konflikt mit der Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft und ihren technischen Grundlagen kommen. Michel Husson untersuchte aus diesem Blickwinkel, insbesondere im Lichte der Theorie der langen Wellen, die Möglichkeit der Entstehung eines grünen Kapitalismus. Er hob vor allem die beängstigende Frage der Rentabilität hervor, mit der ein grüner Kapita-

lismus, der mehr als nur ein „grün lackierter“ Kapitalismus sein will, konfrontiert wäre.

## MIT MARKTMECHANISMEN GEGEN DEN KLIMAWANDEL?

Daniel Tanuro stellte die verschiedenen Aspekte der neoliberalen Reaktion auf die Klimakrise dar und erläuterte den begrenzten und unzureichenden Charakter der in Kyoto festgelegten Ziele und der ergriffenen Maßnahmen wie auch die negativen Auswirkungen der beschlossenen Mechanismen. Er wies auf die seitens der herrschenden Klassen erfolgte Wende hin: Die jüngste Konferenz in Bali im Dezember 2007 zeigte, dass ihnen die Notwendigkeit einer Reaktion auf die sich entwickelnde Krise bewusst wird, auch wenn dies in keiner Weise bedeutet, dass diese Reaktion ökologisch wirksam oder zufriedenstellend aus Sicht der Unterdrückten sein wird. Doch werden sie voraussichtlich nicht nur völlig unzureichend sein, sondern die vorrangig gewollten [Markt-]Mechanismen werden wahrscheinlich auch zu einer Verstärkung der imperialistischen Vorherrschaft und der neoliberalen Offensive führen. In diesem Zusammenhang trug Jean-Marie Harribey eine detaillierte Kritik der Märkte für Verschmutzungsrechte und der Ökosteuer vor und stellte grundsätzlich den Einsatz wirtschaftlicher Mechanismen im Rahmen der Dynamik eines progressiven sozialen Wandels in Frage. Phil Ward ergänzte diese Kritik, indem er die malthusianische Antwort auseinandernahm, die häufig die herrschende Diskussion begleitet, aber auch bestimmte ökologische Diskussionen zum Thema „Überbevölkerung“. Mehrere Genossen und Genossinnen unterstrichen, wie sehr diese Art von Antworten immer von heftigen Angriffen auf die Rechte der Frauen begleitet ist. João Alfredo, ein brasilianischer Aktivist, stell-



Dürre in Spanien

te dann die Politik des Kampfes gegen den Klimawandel der Regierung Lula dar. Er zeigte, wie sehr diese Politik zu einer Vervielfachung der ökologischen Schäden führt, insbesondere durch die rasende Entwicklung von Agrokraftstoffen mit ihren verheerenden Folgen für die Armen und landlosen Bauern.

#### KEIN SOZIALER WANDEL OHNE ENERGIEREVOLUTION

Carine Barbier erläuterte die wichtigsten Parameter, von denen aus die Umriss einer Energiewende durchdacht werden können: Ausgehend von den derzeitigen Merkmalen der Produktion und des Verbrauchs von Energie betonte sie, dass jeder Prozess des sozialen Wandels von einer Energierevolution begleitet sein muss. Sie betonte, dass Dreh- und Angelpunkt dieser Wende die drastische Verringerung der produzierten und konsumierten Energie sei, was nicht nur mit der Erhaltung, sondern auch mit einer Verbesserung des Lebensstandards der Weltbevölkerung vereinbar sei. Nur mit dieser Perspektive der Energieeinsparung kann das System auf erneuerbare Energien umgestellt werden und sich sowohl der fossilen als auch der nuklearen Energiequellen entledigen. Sie erläuterte, in welcher Weise rein technische Antworten auf die Klimakrise Illusionen und oft Gefahren beinhalten

(Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid, Rückgriff auf Wasserstoff etc.). Daniel Tanuro betonte die Notwendigkeit, vom Begriff eines kapitalistischen Energiesystems auszugehen, und skizzierte die wichtigsten Grundzüge dieses Systems. In der Tat erscheint jede Analyse des Kapitalismus, die seine Energiebasis ignoriert, höchst unzureichend, insbesondere dann, wenn es darum geht, auf den Klimawandel oder die darauf erforderlichen Antworten zu reagieren. Bei der Erläuterung seiner Analyse plädierte er auch für eine Anpassung des Marxismus in der Energiefrage. Er betonte, dass Marx in seinen Werken nicht zwischen erneuerbaren und gespeicherten (z.B. fossilen) Energien unterschieden hat, was ihn daran hinderte, eine der zentralen Dimensionen des auf fossilen Energien basierenden Kapitalismus zu erkennen und seinem Konzept der „rationalen Regulierung des sozialen Stoffwechsels“, das die Beziehungen zwischen der Menschheit und der Natur charakterisiert, die volle Kraft zu geben. Mehrfach wurde die Frage nach den möglichen Auswirkungen der Verknappung der Ölvorräte auf die Krise des Kapitalismus diskutiert, doch die Mehrheit der Rednerinnen und Redner tendierte eher dazu, diese Frage angesichts der Bedeutung der noch vorhandenen Kohlevorräte zu relativieren.

#### ÖKOSOZIALISMUS

Michael Löwy and Joël Kovel, die beiden wichtigsten Organisatoren des kürzlich gegründeten Ökosozialistischen Netzwerks, berichteten über die ökosozialistische Perspektive, insbesondere im Hinblick auf die sich entfaltende Klimakrise. In einem Bericht mit dem Titel „Worst-Case-Szenarien und Ökosozialismus“ unterstrich Löwy, inwieweit die Entwicklungen der globalen ökologischen Krise die Dringlichkeit einer Änderung der Gesellschaft verstärken. Die Diskussion behandelte vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen mit den pessimistischen Prognosen in der Mobilisierung und in der politischen Debatte gearbeitet werden kann; einige Genossinnen und Genossen wiesen vor allem die negativen Auswirkungen hin, die von Angstreflexen ausgelöst werden können. Der Herausgeber der Studie „Kapital, Natur, Sozialismus“, Joël Kovel, versuchte, eine globale Vision der ökosozialistischen Perspektive zu umreißen. Die Diskussion befasste sich vor allem mit der Theorierelevanz der Analyse der Natur als Wert und den Risiken eines solchen Ansatzes.

#### BEWEGUNG GEGEN DEN KLIMAWANDEL

Schließlich behandelte das Seminar aus verschiedenen Blickwinkeln die Frage der Kämpfe und des Aufbaus einer Bewegung gegen den Klimawandel. Terisa Turner, Professorin an der Universität von Guelph (Kanada) und ökofeministische Aktivistin, analysierte ausführlich und spannend eine Reihe von Mobilisierungen in den Ländern des Südens und des Nordens über die Aneignung oder Nutzung von Ölvorräten und unterstrich die Schlüsselrolle von Frauen in diesen Kämpfen, zum Beispiel in Nigeria. Pierre Rousset studierte die Bilanz der großen Mobilisierungen nach Naturkatastrophen: Er stellte konkrete Beispiele einer internationalistischen Nord-Süd-Solidarität vor, insbesondere nach der Tsunami-Katastrophe in Asien und dem Erdbeben in Kaschmir. Er betonte die Bedeutung des Aufbaus internationaler Solidarität beim Auftreten solcher Ereignisse, eine Solidarität, die sich nur auf wirklich verwur-





Hurrikan Rita  
(2005)

zelte Volksbewegungen stützen kann. Manolo Gari, Mitarbeiter des Gewerkschaftsinstituts für Arbeit, Umwelt und Gesundheit (ISTAS) der Commissions Obreras (im spanischen Staat), entwickelte aus seiner Sicht die Notwendigkeit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu einer Öko-Gewerkschaftsbewegung. Mit der Begründung, dass es für die Gewerkschaftsbewegung wichtig sei, die Klimafrage aufzugreifen und sie in den Mittelpunkt ihrer Orientierung zu stellen, betonte er die verschiedenen Aspekte der Frage, insbesondere bei Konflikten innerhalb von Unternehmen, und umriss die Aufgaben. Das Eingreifen der Gewerkschaften bei diesen Fragen wird entscheidend auf die Formen und Folgen der kapitalistischen Antworten sein. Er betonte vor allem die Forderung nach einem „gerechten Übergang“: Es sollten nicht die Lohnabhängigen sein, die die Kosten für die notwendigen Umwälzungen tragen. Dies bedeutet eine Kombination von Verteidigung der Beschäftigung und Schutz der Umwelt. Schließlich haben sich die anwesenden Genossen und Genossen über die aktuellen Mobilisierungen zur Klimafrage ausgetauscht, die in einigen Ländern Massencharakter annehmen, insbesondere in Australien, Belgien, Spanien und Großbritannien. Alan Thorntonn gab einen aktuellen Bericht über

den Stand der Mobilisierung in Großbritannien, wo im Februar eine Konferenz von 300 GewerkschafterInnen stattfand.

Obwohl wir es bedauerlich finden können, dass die Diskussion über die im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel aufzustellenden Forderungen noch nicht weiter entwickelt ist und dass noch nicht genügend Teilnehmer aus den Ländern des Südens kamen, wurde dieses Seminar dennoch von allen Teilnehmenden als bemerkenswerter Erfolg gewertet. Jeder wollte, dass in zwei Jahren ein neues Seminar veranstaltet wird, in der Hoffnung, dass es bis dahin Fortschritte beim Aufbau einer Massenmobilisierung zu Klimafragen geben wird. Bereits diese vier Tage der Diskussionen hatten ein erstes konkretes Ergebnis, da die anwesenden Mitglieder der Vierten Internationale, in einer Sitzung, die die Bilanz des Seminars diskutierten, den Entwurf einer Resolution ausarbeiteten, die den Leitungsgremien der Internationale vorgelegt wurde, die sie inzwischen auch beschlossen haben.

Laurent Garrouste ist Mitglied der Ökologie-Kommission der LCR (französische Sektion der Vierten Internationale)

*Übersetzung: Björn Mertens*

## ABO-BESTELLUNG

Ich bestelle

- Jahresabo (6 Doppelhefte) € 20
- Solidarabo (ab € 30) € ....
- Sozialabo € 12
- Probeabo (3 Doppelhefte) € 10
- Auslandsabo € 40

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

### Vertrauensgarantie

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei inprekorr (inprekorr, Hirtenstaller Weg 34, D-25761 Büsum) schriftlich widerrufen kann.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Im Falle einer Adressenänderung bin ich damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost Postdienst meine neue Anschrift dem Verlag mitteilt.

Datum, Unterschrift

Überweisung an  
Neuer Kurs GmbH,  
Postbank Frankfurt/M.  
(BLZ 500 100 60),  
KtNr.: 365 84-604

Zahlung per Bankeinzug  
Hiermit erteile ich bis auf Widerruf die Einzugsermächtigung für mein Bank-/Postgirokonto

bei

in

Konto-Nr.

BLZ

Datum, Unterschrift

Das Abonnement (außer Geschenkabo) verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

# Wie der Mensch zur Ware wird – „It’s a Free World“ von Ken Loach

Nach seinem letzten Film (*The Wind that Shakes the Barley*), der vom Widerstand der Iren gegen die englische Besatzung in den 1920er Jahren erzählt, greift Ken Loach wieder ein aktuelles Problem auf, den Liberalismus der Gegenwart, den er einer schonungslosen Kritik unterzieht.

Katowitz in Polen. Angie, Angestellte in einer Zeitarbeitsvermittlung, wirbt EmigrantInnen an. Sie vermittelt Krankenschwestern als Putzfrauen und Au-pair-Mädchen. Aber Angie ist auch alleinerziehende Mutter, die verzweifelt versucht, das Aufsichtsrecht über ihren Sohn, das den Großeltern zugesprochen wurde, wiederzuerlangen. Sie verliert ihre Stelle, nachdem sie einen Vorgesetzten hat abblitzen lassen, und muss wieder um ihren Platz in der Gesellschaft kämpfen. Schließlich ringt sie sich dazu durch, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, gemeinsam mit ihrer Mitbewohnerin und Freundin Rose. Anfangs noch sympathisch, großzügig und anziehend, arrangiert sich Angie immer mehr mit den Verhältnissen, deren Opfer sie noch kurz zuvor war, und verkauft sich scheinbar mit Leib und Seele. Um immer mehr Geld in immer kürzerer Zeit zu verdienen, entschließt sie sich, Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis auszubeuten, und geht sogar so weit, sie zu denunzieren, um an ihre Wohnungen ranzukommen. Um dem Elend um jeden Preis zu entrinnen, vertritt sie schließlich diejenigen, denen sie eigentlich helfen wollte.

## DIE LOGIK DES SYSTEMS ...

Ken Loach wählt diesmal nicht das Opfer zur Hauptfigur sondern den Ausbeuter. Eine ungewöhnliche, aber sorgfältig angelegte und ausgearbeitete Wahl, wobei uns Angie noch nicht einmal unsympathisch daherkommt: Sie ist kein Ungeheuer, sondern kämpft nur um eine bessere Existenz. Eigentlich ist sie ja nur das perfekte Erzeugnis der aktuellen Verhältnisse. Um Kundschaft

zu kriegen, muss sie konkurrenzfähig sein, und um konkurrenzfähig zu sein, glaubt sie Dinge tun zu müssen, die sie verabscheut. Sie kassiert die Steuern von den ArbeiterInnen, ohne sie an den Staat abzuführen, sie bringt die ArbeiterInnen in Elendsquartieren unter, für die sie horrenden Mieten kassiert, sie stellt Leute ein, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben etc. Ihre Herangehensweise ist ganz einfach und entspricht im Grunde den Regeln des Warenaustauschs: Kaufe so billig als möglich und verkaufe so teuer als möglich.

Ken Loach über seine Protagonistin: „Ich denke, dass sich das Publikum mit Angie identifizieren kann. (...) Man kann sie nicht einfach ablehnen und behaupten, es gäbe keine Gemeinsamkeiten zwischen ihr und uns. Denn das System funktioniert nur dank solcher Angies – Leuten also wie Sie und mich.“

Angies Welt ist nicht die der skrupellosen Vorarbeiter und Schichtführer oder der mafiösen Clans, die bedenkenlos Gewalt anwenden. Sie umgeht das Gesetz eher, als dass sie es herausfordert. Diese „gemäßigte“ Version der Ausbeutung der FremdarbeiterInnen ist hinterhältiger, weil sie weiter verbreitet ist und eher toleriert – oder besser: ignoriert – wird. Angie stellt eine moderne und mutige Frau dar, die in der Not fähig ist, von der Seite der Unterdrückten auf die der Unterdrückten zu wechseln.

Ken Loach verdammt nicht Angie, sondern das System, das ihren Egoismus hervorruft und ihr Alibis und Rechtfertigungen für ihre Schandtaten liefert.

„It’s a Free World!“ – ein ironischer Titel, der uns eine Gesellschaft vorführt, in der sich Freiheit auf freie Marktwirtschaft reimt. Die „Freiheit“ der ArbeiterInnen besteht darin, ihre Familien zurückzulassen, um sich in anderen Ländern ausbeuten zu lassen. Die Freiheit der Unternehmer wiederum besteht darin, stehlen, betrügen und die Anderen

reinlegen zu dürfen, ohne sich übermäßig Verdruss zu bereiten.

Angies Vater, der auch eine Hauptrolle in dem Film spielt, offenbart seiner Tochter seine Bestürzung: wie kann sie nur alle sozialen Errungenschaften negieren, die im 20. Jahrhundert so hart erkämpft wurden?! Angie gebraucht diese schrecklichen Worte, um sich von ihren Taten weißzuwaschen: „Wir leben in einer freien Welt ...“ Somit unterstreicht sie den Graben, der sich binnen kurzer Zeit zwischen zwei Generationen von ProletarierInnen aufgetan hat.

Was die Stärke des Films ausmacht, sind nicht nur die kraftvollen Dialoge, die nüchtern und eindrucksvoll daherkommen, sondern auch das ausgewogene Spiel der Darsteller. Um dies zu erzielen, blieb nur, sie in die Entstehung zu involvieren. Ken Loach sucht nicht nach berühmten Namen sondern nach Charakteren. Als er Kierston Wareing für die Rolle der Angie aufgab, stand sie zwei Monate vor der Prüfung als Rechtsanwaltsgehilfin, und er ließ sie in bestimmten Szenen mehr improvisieren, als dass sie das Drehbuch wiederkäuen musste. Ein anderes Beispiel ist Angies Vater, der von einem ehemaligen Gewerkschaftsvertreter der Werftarbeiter verkörpert wird und insofern glaubwürdig wirkt, wenn er seiner Tochter vorwirft, die Verhältnisse der Arbeiter zu verraten.

Um ein allzu einstudiertes Spiel zu vermeiden, wurden die DarstellerInnen täglich mit ihren Auftritten neu konfrontiert und die Dreharbeiten vollzogen sich in der chronologischen Abfolge, auch wenn dies kostentreibend war. Wenn Gewaltszenen gedreht werden mussten, konnte es sogar passieren, dass die DarstellerInnen gänzlich unvorbereitet waren.

BerufsschauspielerInnen und LaiendarstellerInnen gerieten auf diese Weise auf einer Ebene aneinander, die frei improvisiert und kaum ausgeleuchtet wurde, um somit die „geringstmög-

liche Distanz zwischen Kino und sonstiger Welt“ zu erzielen.

Unter diesen Bedingungen erzielt man besonders authentische Schauspielergewinne.

## DIE UNSICHTBARE AUSBEUTUNG

Das Ende des Films liefert uns keine Lösung, was wenig ausmacht. Bestehen bleibt, dass der Mensch zur Ware

wird. Überlassen wir das Schlusswort Paul Laverty, dem Drehbuchautor: „Es sind viele Personen wie Angie erforderlich, um die komplexe Maschinerie am Laufen zu halten, die über outsourcing und weitere Untervergabe von Arbeit uns am Ende ermöglicht, unser frisch zubereitetes Sandwich zu kaufen, unser Tiefkühlhähnchen und unser Schälchen Erdbeeren. Diese in unserem Alltag unsichtbare und ausgebeutete Arbeitskraft spielt in allen Belangen un-

seres Lebens eine Rolle. Vielleicht brauchen wir die Unverfrorenheit dieser Angies, die den Drecksjob an unserer Stelle übernehmen und uns nicht konfrontieren mit den schmutzigen Details, die in den Umschlagplätzen außerhalb der Städte vor sich gehen ...“

Quelle: *SolidaritéS* Nr. 120 (Januar 2008), S. 18

Übersetzung: MiWe

## Fortsetzung von Seite 52

Sicherlich sind die Bedingungen des Klassenkampfes für die ArbeiterInnenklasse ungünstiger, aber inzwischen haben neue Generationen von AktivistInnen neue Erfahrungen gesammelt. In jedem Land gibt es AktivistInnen, Strömungen, Organisationen, die eigenständige Wege suchen, um eine politische Alternative zum Kapitalismus aufzubauen oder wieder aufzubauen, eine Alternative auch zur traditionellen Linken, die den Neoliberalismus akzeptiert hat.

Wir sind viele in Europa, die wir diese Herausforderung aufgreifen. Im Gegensatz zu all dem Abschwören und Anpassen bekräftigen wir, dass die Antwort, die den sozialen Kämpfen gerecht wird, darin besteht, eine Gesellschaft aufzubauen, die frei ist von Ausbeutung und jeglicher Form der Unterdrückung, in der an die Stelle des Profits die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse tritt. Das war die Hoffnung in den revolutionären Kämpfen der 60er Jahre und mehr denn je steht dies heute in der Zeit der Dampfwalze des neoliberalen Kapitalismus auf der Tagesordnung.

Der Jahrestag von 1968 ist eine gute Gelegenheit, sich zu treffen, um die in Europa stattfindenden Kämpfe zu unterstützen und die antikapitalistische Linke in all ihren Komponenten zu versammeln.

Wir müssen feststellen, dass diese antikapitalistische Linke – trotz einiger Erfolge – gespalten und zersplittert ist.

Politischer Austausch und erst recht gemeinsame Aktionen sind äußerst begrenzt. Sicherlich, es gab internationale Treffen anlässlich der Weltsozialforen in Mumbai und Porto Alegre. In Europa hat die antikapitalistische Linke (Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken, EAL) mehrere Versammlungen mit einer Reihe von Strömungen und Organisationen durchgeführt. Aber wir denken, dass in der heutigen Situation in Europa neue Gelegenheiten existieren, um sich zu treffen, sich auszutauschen und zu debattieren, vorausgesetzt, dass diejenigen es wünschen, und dazu wollen wir den Jahrestag des „Mai 68“ nutzen. Wir brauchen unbedingt eine freie und offene Diskussion aller Kräfte, die heute die Welt radikal verändern wollen.

Diese Diskussion könnte den Austausch über die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen in sozialen und Umweltfragen verbinden mit denen des Kampfes gegen den Krieg und den Möglichkeiten gemeinsamer Initiativen bei den nächsten europäischen Wahlen sowie mit einer Diskussion zu grundsätzlichen Fragen:

- Welches Programm gegen die kapitalistischen Umstrukturierungen?
- Welche neuen Methoden, Formen und Inhalte, um eine Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen neu aufzubauen?
- Wie können wir eine Politik der Aktionseinheit der linken Kräfte verbinden mit der Absage, sich an Mit-

te-Links-Regierungen oder sozial-liberalen/neoliberalen Regierungen zu beteiligen?

- Welcher Prozess der revolutionären Transformation?
- Welcher Sozialismus des 21. Jahrhunderts?
- Welche neuen Parteien brauchen die ArbeiterInnen und die Jugend im Kampf gegen den Kapitalismus?

Das sind einige der Fragen, die im Zentrum einer politischen Alternative stehen und die wir mit allen fortschrittlichen, antikapitalistischen und revolutionären Kräften diskutieren möchten. Sicherlich können diese Fragen nicht alle an einem Wochenende diskutiert und noch weniger gelöst werden, aber wir möchten einen Prozess der gemeinsamen Aktion und der Diskussion wiederbeleben.

Wir richten deswegen diese Einladung für ein internationales europäisches Treffen am 30./31. Mai – 1. Juni 2008 in Paris an all die politischen Kräfte, die eine neue antikapitalistische Alternative aufbauen wollen.

Politisches Büro der LCR, Paris, den 21. Januar 2008

Ligue communiste révolutionnaire,  
2, rue Richard Lenoir – 93100 Montreuil sous Bois

Tel. : + 33/01 48 70 42 30

Fax : + 33/01 48 59 39 59 lcr@lcr-rouge.org

<http://www.lcr-rouge.org>

Übersetzung: D. B.

# Spekulation und Börsenkräche: Jetzt reicht es!

## Europäische Petition

Die entfesselten Finanzmärkte zerstören die Gesellschaften. In aller Stille, täglich und überall, wo die Aktionäre Druck auf die Unternehmen und damit auf die Beschäftigten ausüben, um ihnen eine höhere Rentabilität abzupressen. Spektakel und Getöse begleiten die heftigen Krisen, in denen das unfassbare Ausmaß der spekulativen Gier und deren Folgen für Wachstum und Beschäftigung schonungslos offenbart wird. Arbeitslosigkeit, Verelendung und zunehmende Ungleichheit: Die Beschäftigten und die Ärmsten haben die Zeche für die Spekulation und die aus den Börsenkrächen resultierenden Verluste zu zahlen.

Seit zwanzig Jahren durchlaufen die Weltfinanzmärkte eine Krise nach der anderen: 1987 Börsenkrach, 1990 Immobilienkrise in den USA, Europa und Japan, 1994 Sturz der US-Staatsanleihen, 1998 weltweite Krise der Finanzmärkte, 2000-2002 Platzen der Internetblase und 2007-2008 schließlich Immobilienkrise, die sich möglicherweise zu einer weltweiten Krise der

Finanzmärkte ausweiten wird. Warum diese ständige Wiederholung? Weil die freie Zirkulation des Kapitals und die „Innovation“ der Finanzmärkte keinerlei Einschränkung mehr unterliegen. Den Zentralbanken, die zugelassen haben, dass die Spekulationsblasen sich aufblähen, bleibt nun keine andere Wahl, als den illiquiden Banken und Spekulationsfonds zu Hilfe zu eilen.

Wir werden nicht untätig auf die nächste Krise warten und sind nicht bereit, weiterhin die eklatanten Ungleichheiten und Risiken hinzunehmen, die die Finanzmärkte hervorrufen. Wenn Deregulierung zwangsläufig zu Instabilität führt, wie sollen dann die inhaltslosen Aufrufe zu „Transparenz“ und moralischem Verhalten etwas ändern und verhindern, dass dieselben Ursachen erneut dieselben Wirkungen erzeugen? Um dem ein Ende zu setzen, müsste man die Grundfesten des Systems angreifen, das heißt die Strukturen radikal verändern.

Jegliche Veränderung innerhalb der Europäischen Union scheidet an dem

unbegrenzten Schutz, den die EU-Verträge dem Finanzkapital gewähren.

Deshalb fordern wir als Bürger Europas die Abschaffung von Artikel 56 des Lissaboner Vertrages. Denn dieser untersagt jedwede Beschränkung des Kapitalflusses und ermöglicht so den ungehinderten Zugriff des Finanzkapitals auf die Gesellschaft. Weiter fordern wir, die Niederlassungsfreiheit zu beschränken (Artikel 48). Denn sie versetzt das Finanzkapital in die Lage, sich dort anzusiedeln, wo es die besten Bedingungen vorfindet. Wenn Freiheit nur bedeutet, dass die Herrschenden – das Finanzkapital – den Rest der Gesellschaft versklaven dürfen, lehnen wir das ab. Unter Freiheit verstehen wir Freiheit vom Joch der Profitmaximierung.

29. März 2008

Die Initiatoren und Erstunterzeichner

*Quelle: <http://www.stop-finance.org>*

## Einladung zum internationalen Treffen „Mai 1968 – Mai 2008“ in Paris am 30./31. Mai und 1. Juni 2008

Liebe Genossinnen und Genossen, Mai 1968 – Mai 2008: Vor 40 Jahren veränderte sich die Situation in Europa schlagartig. Mai 1968 in Frankreich, der schleichende Mai in Italien, der Prager Frühling, die Studenten und Arbeiterrevolten in fast allen Ländern Europas. Die revolutionären Ideen betraten mit Macht wieder die gesellschaftliche und politische Szene in Europa. Heute geht es nicht in erster Linie um ein Gedenken, sondern um die politische Notwendigkeit, an einer radikalen Bewegung des Klassenkampfes, für Demokratie und für den Sozialismus wieder anzuknüpfen.

Die Welt hat sich seitdem verändert. Die Gegenoffensive der herrschenden

Klassen, die Ende der 1970er Jahre einsetzte, hat zur kapitalistischen Globalisierung geführt, in der die neoliberalen kapitalistischen Konterreformen die Szene beherrschen. Die Sozialdemokratie hat sich an den neoliberalen Kapitalismus angepasst und sich in eine sozialliberale bzw. neoliberale Kraft transformiert. China ist zu einem der Schlüsselländer der kapitalistischen Globalisierung geworden. Aber trotz der imperialistischen Dampfwalze existiert der gesellschaftliche und politische Widerstand weiter: hier und da Streiks der ArbeiterInnen, ein Auflehnen der Jugend, das sich in der Antiglobalisierungsbewegung ausdrückt, Antikriegsbewegungen gegen die Intervention der USA

im Irak und in anderen Teilen der Welt – kurz die Ablehnung dieser neuen Weltordnung durch Millionen und Abermillionen von Menschen.

In den Parteien, die sich auf den Sozialismus beziehen, gibt es viele Menschen, die meinen, dass der Realismus es gebietet, sich mit den Kräften des Kapitals zu arrangieren und einen Kompromiss mit dem System zu finden und schließlich – mit dem Verweis auf das angeblich kleinere Übel – Regierungen zu unterstützen, die sich zwar links nennen, aber in Wirklichkeit die bürgerliche Ordnung aufrecht erhalten und eine neoliberale Politik umsetzen.

*Fortsetzung auf Seite 51*